Die Rolle der Gemeinde in der internationalen Verständigung nach dem zweiten Weltkrieg gezeigt am Beispiel der deutsch-französischen Verständigung

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der Philosophischen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität zu München

vorgelegt von
Hansjürgen Garstka
aus Regensburg

Herausgegeben von der
Internationalen Bürgermeister-Union

Stuttgart 1972

Die Rolle der Gemeinde in der internationalen Verständigung nach dem zweiten Weltkrieg gezeigt am Beispiel der deutsch-französischen Verständigung

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der Philosophischen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität zu München

vorgelegt von
Hansjürgen Garstka
aus Regensburg

Herausgegeben von der
Internationalen Bürgermeister-Union

Stuttgart 1972

Referent: Prof. Dr. Nikolaus Lobkowicz
Korreferent: Prof. Dr. Hans Maier

Tag der mündlichen Prüfung: 9.2.1972

UNIV.
LEIDEN
BIBL.

Vorwort des Herausgebers

Auf der Jubiläumssitzung zum 20jährigen Bestehen der Internationalen Bürgermeister-Union, die im November 1968 am Gründungsort, dem Mt. Pèlerin ob Vevey, stattfand, regte der Mitgründer der IBU, der Berner Schriftsteller Eugen Wyler, die Herausgabe einer wissenschaftlichen Arbeit über die Pioniertätigkeit der Gemeinden zur Förderung der deutsch-französischen Verständigung und europäischen Zusammenarbeit an.

Die deutsche Sektion der IBU griff diese Anregung gern auf. Herr Professor Hans Maier, Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft der Universität München, der jetzige bayerische Kultusminister, war bereit, ein entsprechendes Thema als Dissertation an einen Doktoranden im Fach Politische Wissenschaft zu vermitteln. Ihm sowie dem Referenten der Dissertation , Herrn Prof. Nikolaus Lobkowicz, gilt der aufrichtige Dank der IBU.

Dank sei vor allem auch den Ehrenpräsidenten der IBU Eugen Wyler und dem inzwischen verstorbenen Professor Dr. Hans Zbinden, Bern, sowie dem Direktor des Deutsch-Französischen Instituts Ludwigsburg, Dr. Fritz Schenk und allen Städten, Gemeinden und Landkreisen gesagt, durch deren Mitwirkung diese Arbeit ermöglicht wurde.

Last not least dankt die IBU Hansjürgen Garstka, der in seiner Dissertation neben der Dokumentation eine Reihe für die weitere Verständigungsarbeit der Gemeinden wichtiger Erkenntnisse erarbeitet hat.

Stuttgart, im Februar 1972

H. Engelhardt

Die folgende Arbeit geht auf eine Anregung des Geschäftsführers der deutschen Geschäftsstelle der Internationalen Bürgermeister-Union, Direktor Heinz Engelhardt, Stuttgart, zurück; ihm sei für seine Unterstützung an dieser Stelle gedankt.

Der empirische Teil der Untersuchung beruht auf einer Umfrage unter den 406 deutschen Gemeinden, die im Frühjahr 1969 eine Städtepartnerschaft mit einer französischen Gemeinde unterhielten; als Grundlage diente der im Anhang abgedruckte Fragebogen. Geantwortet haben 208 Gemeinden, deren Namen ebenfalls im Anhang aufgeführt werden.

Zwei Interviews mit den Herren Prof. Hans Zbinden und Eugen Wyler, die im Sommer 1969 in Bern durchgeführt wurden, trugen zur Bereicherung des historischen Teils bei.

Die Erstellung der Arbeit wurde von der Internationalen Bürgermeister-Union finanziell unterstützt.

Diese Arbeit wurde der Philosophischen Fakultät der Universität München als Dissertation vorgelegt.

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41546014_0080

Auf Initiative der Berner Schriftsteller Eugen Wyler und Dr. Hans Zbinden trafen sich französische und deutsche Bürgermeister erstmals nach dem Kriege zur

Round-Table-Konferenz auf dem Mont Pèlerin
ob Vevey am Genfer See
vom 9. - 14. Juni 1948.

Auf dieser Konferenz wurde die Internationale Bürgermeister-Union gegründet.

Aus den Statuten der IBU:

§ 1
Name und Rechtsnatur der Union

Die Internationale Bürgermeister-Union für deutsch-französische Verständigung und europäische Zusammenarbeit (IBU) - Union Internationale de Maires pour la compréhension franco-allemande et le rapprochement des peuples d'Europe (UIM) - ist eine Körperschaft des privaten Rechts (vgl. Art. 60 Abs. 1 schweiz. Ziv.Ges.Buch).

§ 2
Zweck des Vereins

Die Union bezweckt die Pflege freundschaftlicher Beziehungen unter ihren Mitgliedern mit dem Ziel, durch enge persönliche Zusammenarbeit in allen den Gemeinden obliegenden Aufgaben auf der Grundlage abendländischer Kultur zu einer dauernden Verständigung, insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich, zum europäischen Zusammenschluß und damit zur Sicherung des Friedens, zur Wahrung der persönlichen Freiheit und der Menschenrechte beizutragen.

§ 3
Sitz der Union

Sitz der Union ist der jeweilige Wohnort des Schweizer Präsidenten.

Aus den Richtlinien für die praktische Arbeit der IBU

Die Union will die schöpferische Kraft der Gemeinden im zwischenstaatlichen Leben in erster Linie für die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland mobilisieren und einsetzen, um unabhängig von den wechselnden Situationen der hohen Politik eine kontinuierliche Entwicklung der Annäherung beider Länder zu gewährleisten und damit die Grundlage für eine europäische Zusammenarbeit zu sichern.

Die Gemeinden, als Zellen des Staates und den Bürgern am nächsten stehende Verwaltung, sind allein in der Lage, die Verständigung durch friedliche Zusammenarbeit von Gemeinde zu Gemeinde, von Bürger zu Bürger von unten her aufzubauen. Die Gemeinde allein kann die für die Verwirklichung der Ideale der Verständigung notwendige Breitenwirkung innerhalb des Gemeinwesens durch die Mitarbeit aller Bürger erreichen.

Die der Gemeinde innewohnenden geistigen Kräfte, aber auch ihr wirtschaftliches Potential, müssen für die Idee der friedlichen Zusammenarbeit eingesetzt werden. Ideale allein sind wertlos, wenn nicht zu ihrer Verwirklichung alle vorhandenen geistigen und wirtschaftlichen Mittel ausgeschöpft werden.

Eine ihrer dringendsten Aufgaben sieht die Union in der geistigen Heranbildung der Jugend, die zu gegenseitiger Achtung und Wertschätzung gegenüber den Nachbarnationen erzogen werden muß. Nur so können die Jahrhunderte alten Schranken des Mißtrauens zwischen den Völkern Europas in Zukunft beseitigt werden, nur so kann die angestrebte Einigung Europas Wirklichkeit werden und dauerhaft bleiben.

Die Union hält sich bei ihrer Arbeit streng an den kommunalen Rahmen. Sie ist bestrebt, die Erörterung aller politischen Probleme, für deren Lösung sie nicht zuständig ist, auszuschalten.

GLIEDERUNG

Einleitung

1. Die Idee der internationalen Verständigung bis Ende des 2. Weltkriegs

1.1. Internationale Verständigung und Friedensbewegung

1.1.1. In den theoretischen Auseinandersetzungen

1.1.2. In der praktischen Politik

1.2. Internationale Verständigung und Nationalismus

1.2.1. FRIEDRICH WILHELM FOERSTER

1.2.2. RICHARD COUDENHOVE-KALERGI

1.2.3. "Wirtschaftsverständigung"

1.2.4. Verteidigung des Nationalstaats

1.2.5. Zusammenfassung

1.3. "Verständigung" im Dritten Reich

2. Beginn und Hintergrund des ersten kommunalen Engagements

2.1. Neubeginn der Verständigungsidee

2.1.1. Ausgangssituation

2.1.2. Die Schweizer Hilfe

2.2. Wiederentdeckung der Gemeinde

2.2.1. Gemeinde als Fundament des Staates

2.2.2. "Gemeindefreiheit und Völkerfrieden"

2.2.3. Auseinandersetzung mit dem Antinationalismus

2.3. Beginn der kommunalen Verständigungsbemühungen

2.3.1. Bürgermeister entdecken eine Aufgabe

2.3.2. Das erste Verständigungsgespräch: Mont Pèlerin

2.3.3. Formulierung konkreter Aufgaben: Bürgenstock

2.4. Die neue Bedeutung von "Internationaler Verständigung"

3. Organisierte Formen kommunaler Verständigungsarbeit

3.1. Internationale Bürgermeister-Union

3.2. Rat der Gemeinden Europas

3.3. Internationaler Gemeindeverband und Weltbund der Partnerstädte

3.4. Kommunale Aktivitäten in Europarat und EWG

3.5. Tendenzen kommunaler Arbeit im internationalen Bereich

4. Die deutsch-französischen Städtepartnerschaften als Beispiel für den Niederschlag der Verständigungsidee in der Praxis

4.1. Material

4.2. Die deutsch-französischen Städtepartnerschaften

4.2.1. Begriff

4.2.2. Zustandekommen und Arbeitsweise

4.2.3. Quantitative Ausdehnung

4.2.4. Beteiligung einzelner Institutionen am Zustandekommen

4.3. Ziele und Funktionen der Partnerschaften

4.3.1. Entwicklung in Motivation und Zielsetzung

4.3.2. Schlüsse für den Begriff der internationalen Verständigung

4.4. Die praktische Arbeit

4.4.1. Einfluß von Strukturähnlichkeiten der Partnerstädte

4.4.2. Partnerschaftsveranstaltungen

4.4.2.1. Trägerschaft

4.4.2.2. Zahl der Begegnungen

4.4.2.3. Zahl der Teilnehmer

4.4.2.4. Intensität der Begegnungen

4.4.3. Ausdehnung und Propagierung

4.5. Auswirkungen
4.5.1. Die Bereitschaft, die Sprache des Partners zu lernen
4.5.2. Der Abbau von Vorurteilen aus der Sicht der Beteiligten
4.5.3. Wertung der Antworten
4.5.4. Partnerschaft und internationale Verständigung

5. Die Stellung der Gemeinde im heutigen Kontext der internationalen Verständigung

5.1. Internationale Verständigung als Gesinnungswandel

5.2. Erziehung zur internationalen Verständigung

5.3. Gemeinde als optimale Vermittlungsebene

5.4. Verständigungsbereitschaft und öffentliche Friedenspolitik

Anhang

Bibliographie

Einleitung

Die Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen nach dem zweiten Weltkrieg ist gekennzeichnet von vielfältigen Integrationsbemühungen. Besonders deutlich wird das in Westeuropa, wo sie sich bereits in festen, ohne großen Schaden für die einzelnen Nationen nicht mehr revidierbaren Formen niedergeschlagen hat. Eine der wesentlichen, wenn nicht die wichtigste Voraussetzung war dabei die Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich.

Diese Annäherung blieb nicht auf die politische Ebene beschränkt. Im Gegenteil, eine genaue Betrachtung zeigt, daß die politische Annäherung der Annäherung an einer anderen gesellschaftlichen Ebene erst nachfolgte: der Annäherung im individuellen, zwischenmenschlichen Bereich. Dies ist ein deutlicher Unterschied zu den politischen Bemühungen um ein "rapprochement franco-allemand" zur Zeit Briands und Stresemanns, als die geistige Situation in beiden Völkern noch von Aggressionsgelüsten und Bedrohungsvorstellungen geprägt war.

Die Annäherung im zwischenmenschlichen Bereich, die nach dem zweiten Weltkrieg zwischen der deutschen und der französischen Nation stattgefunden hat, spielte sich nicht ohne organisatorische Stütze ab. Mehrere private und halböffentliche Institute, Vereinigungen und andere Stellen hatten sich dieser Aufgabe angenommen.

Einen wesentlichen Anteil daran hatte eine Körperschaft, von der vor dem zweiten Weltkrieg im zwischenstaatlichen Bereich kaum die Rede war: die Gemeinde. Zunächst engagierten sich Bürgermeister als die staatlichen Funktionsträger, die in den ersten Jahren des Wiederaufbaus die wichtigsten Aufgaben zu meistern hatten. Ihr Interesse an einer Verbesserung zwischenstaatlicher Beziehungen übertrug sich auf die von ihnen mitverwalteten Körperschaften. An theoretische Erörterungen um Struktur und Bedingung eines demokratischen Staates anknüpfend, wurde man sich der Funktion bewußt, die die Gemeinde als Vermittler zwischen Staat und Bürger übernehmen konnte. Auch die zunehmende Übertragung von Aufgaben auf die inzwischen wiedererrichteten Staatsgewalt änderte daran nichts, im Gegenteil, sie ließ die eigentümliche Stellung der Gemeinde als bürger-

nahe Körperschaft noch deutlicher werden: die Verflechtung von privater Initiative und hoheitlicher Aufgabenerfüllung machte es möglich, private Kräfte in immer größerem Umfang zu mobilisieren.

Diese Entwicklung erfordert es, in einer theoretischen Reflexion darüber, was internationale Verständigung heute sein kann, der Gemeinde eine bestimmte Stelle zuzuordnen. Diese Einordnung bleibt nicht theoretisch: sie läßt sich in der Realität nachweisen in der Entwicklung der sogenannten "Städtepartnerschaften", in der die Verflechtung zwischen privater und staatlicher Intention eine zentrale Rolle spielt. Die so gewonnenen Ergebnisse könnten einen Weg aufzeigen, der auch in anderen Staaten und zu anderen Zeiten eingeschlagen werden könnte, um zwei miteinander verfeindete Staaten einander näherzubringen, zwischen ihnen eine Atmosphäre der Verständigung herzustellen.

Die Darstellung dieser Entwicklung gruppiert sich um die Idee der "internationalen Verständigung". In ihrem Namen wurden die Bemühungen um eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich unternommen.

Dabei genügt es nicht, nur das zu Rate zu ziehen, was über internationale Verständigung nach dem zweiten Weltkrieg geschrieben und gedacht wurde. Für das Verständnis der Entwicklung müssen auch die zuvor geäußerten Gedanken skizziert werden, um den Fortschritt in den neuartigen Gedankengängen nach 1945 sichtbar zu machen.

Aus diesem Grund wurde der Arbeit ein erster Teil vorangestellt, in dem sehr knapp auf einzelne Strömungen der Diskussion um die Idee der internationalen Verständigung eingegangen wird. Diese Strömungen, unterschiedlich in ihrer Zwecksetzung und dem Stellenwert, den sie im politischen Tagesgespräch hatten, haben alle gemeinsam, daß "internationale Verständigung" einseitig auf das Gebilde "Staat" hin bezogen wurde. Elemente des Systems, in dem internationale Verständigung etabliert werden sollte, waren die Staaten. Der Bürger wurde entweder überhaupt nicht, oder wenn, dann nur als Funktionsträger für die zwischenstaatlichen Beziehungen gesehen.

Diese Auffassung änderte sich nach dem zweiten Weltkrieg grundlegend. Mehr und mehr wurde "internationale Verständigung" auf den einzelnen Bürger bezogen, erschien Verständigung zwischen Staaten nur noch als Resultante einer Änderung von Geisteshaltungen der Bürger. Die Etablierung einer Verständigung zwischen Menschen, die unabhängig von politischen Schwankungen, und unter Umständen entgegen politischer Räson von Dauer sein soll, entwickelte sich nun als Zielwert.

Bei der Vermittlung dieser Geisteshaltung kann die Gemeinde eine bedeutende Rolle spielen, und sie hat diese Möglichkeit in der Beziehung zwischen Deutschland und Frankreich wahrgenommen. Ausgehend von der These, daß Kommunikation und Kontakt zwischen Menschen unterschiedlicher Nationen Aggressionslüste und Bedrohungsvorstellungen abbauen helfen, mühten sich die Gemeinden, mit Hilfe dauerhafter Kontakte mit Gemeinden des anderen Staates die Bürger beider Nationen in ihrer jeweils eigenen Umwelt miteinander in Kontakt zu bringen.

Die Darstellung ihres Beitrags zur internationalen Verständigung muß beginnen mit den theoretischen Auseinandersetzungen, die nach dem zweiten Weltkrieg geführt wurden, zum wesentlichen Teil einer Aufarbeitung und Kritik jener Idee, die zum Thema internationale Verständigung vor dem zweiten Weltkrieg vertreten wurden. Auf diesem theoretischen Fundament wurden erste praktische Beziehungen angeknüpft, wurden im gegenseitigen Gespräch organisatorische Formen gesucht. Die entscheidende Entdeckung dabei waren die Möglichkeiten, die in auf Gegenseitigkeit beruhenden Veranstaltungen ruhen. Der "Austausch" wird zum zentralen Begriff dieser Bemühungen. Es etablierten sich Institutionen, die diesen Austausch propagierten und in die Wege leiten halfen.

Ausgangspunkt war eine Round-table-Konferenz, die im Juni 1948 auf dem Mont Pèlerin ob Vevey in der Schweiz stattfand. Schweizer Schriftsteller hatten deutsche und französische Bürgermeister zu einem Gespräch zusammengebracht, bei dem die Möglichkeiten erörtert werden sollten, wie Deutschland und Frankreich wieder aneinander angenähert werden könnten. Aus dieser Konfe-

renz entwickelte sich die Tradition der Deutsch-französischen Bürgermeisterkongresse, die in der Internationalen Bürgermeister-Union ihr organisatorisches Gerüst fanden.

Angesichts der Bedeutung, die der IBU in der Geschichte der internationalen Gemeindebeziehungen zukommt, wurde der Darstellung ihrer Entwicklung breiterer Raum gewidmet. Wenn die europäische Gemeindekonferenz in ihrer Sitzungsperiode vom 28.-31.10.1968 in der Resolution Nr. 61 (1968) ihrer Überzeugung Ausdruck verleiht, "daß die Schaffung eines europäischen Bewußtseins und der europäischen Einheit zu einem großen Teil von der Vervielfältigung der menschlichen Kontakte zwischen den verschiedenen Ländern abhängt und daß das System des Austausches auf interkommunaler Basis eine der rationellsten Möglichkeiten darstellt"[1], dann sind das Gedanken, die zum ersten Mal in der IBU gedacht wurden.

Als der ideale Rahmen, in dem solche Austauschveranstaltungen zu realisieren waren, stellten sich die "Städtepartnerschaften" heraus. Sie gaben einerseits Gewähr für eine gewisse Dauerhaftigkeit der Beziehungen, andererseits die Möglichkeit, durch demonstrative Veranstaltungen das Interesse der Bürger zu wecken. Durch die Einbeziehung privater Vereine gelang es zudem, Schichten zu erreichen, die sonst Bemühungen um eine Auseinandersetzung mit den Problemen anderer Nationen eher aus dem Weg gehen.

Die Untersuchung dessen, was mit Hilfe von Städtepartnerschaften in den Jahren 1951 bis 1970 ins Werk gesetzt wurde, bringt eine Bestätigung der theoretisch entwickelten Ideen um internationale Verständigung. Wenn auch manches zweifelhaft bleibt, so ist zumindest erreicht worden, daß in den Gemeinden, und damit auf der bürgernächsten hoheitlichen Organisationsebene, die Bedeutung der Verständigung zwischen einzelnen Bürgern erkannt wurde.

[1] Europarat: Drucksache Nr. 11 943

Abschließend wird die Entwicklung noch einmal zusammengefaßt und in eine Erörterung über die Idee der internationalen Verständigung, wie sie sich heute darstellt, eingefügt.

1. Die Idee der internationalen Verständigung bis Ende des 1. Weltkriegs

1.1. Internationale Verständigung und Friedensbewegung

Die Ursprünge der Diskussion um die internationale Verständigung sind nicht zu trennen von der Diskussion um Schaffung und Erhaltung des Friedens. Die Untersuchung der vielfältigen geistigen Bemühungen um die Friedenssicherung ergibt, daß die Begriffe "Frieden" und "Internationale Verständigung" zunächst nahezu synonym verwendet wurden.

1.1.1. In den theoretischen Auseinandersetzungen

Die Forderung nach Errichtung eines immerwährenden Friedens unter den Völkern war schon immer erhoben worden. Allerdings handelte es sich bis zum Ende der Napoleonischen Kriege stets um die Erörterung eines ethischen Postulats, etwa im Rahmen des Naturrechts oder innerhalb des Aufbaus eines ethischen Universalsystems.[1] Seit 1815 dagegen formierten sich, beginnend mit religiös orientierten, radikal-pazifistischen Gruppen (z. B. Quäker), Gesellschaften, die sich die Schaffung und Erhaltung des Friedens explizit zum Ziel setzten. Während des ganzen 19. Jahrhunderts verzeichneten diese Gesellschaften eine steigende Popularität. Dabei verschoben sich die geistigen Auseinandersetzungen weg von der zunächst propagierten, radikalen Friedensidee der Anfangsjahre hin zu einer Friedensidee, die mehr die organisatorische Sicherung als die Erörterung des Zieles selbst im Auge hatte.[2]

Die Ersetzung kriegerischer Auseinandersetzungen durch Schiedsgerichtsverfahren stellte daher einen zentralen Diskussionsgegenstand dar. Diese Entwicklung fand ihren Höhepunkt in den Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907, einen Höhepunkt, der an sich ein Ausgangspunkt hätte sein

[1] vgl. zur Diskussion in der Neuzeit z.B. HUGO GROTIUS: De iure belli ac pacis. 1625; IMMANUEL KANT: Zum ewigen Frieden. 1795.

[2] zur gesamten Entwicklung der Friedensidee im 19. Jahrhundert vgl. A.C.F.BEALES: The History of Peace. London 1931; FRANCIS STEWART/L.LYONS: Internationalism in Europe 1815-1914. Leyden 1963 (v.a.S.309-370).

können; die hochgespannten Erwartungen, die die Pazifisten in die Konferenzen gesetzt hatten, gingen nicht in Erfüllung. Die Regierungen machten nur äußerst schleppend, und dann nur in Bagatellfällen von der Internationalen Gerichtsbarkeit Gebrauch. Erst 1909 wurde mit der Casablanca-Entscheidung in einem ernsthaft friedensgefährdenden Streit, eine Entscheidung gefällt.

Unabhängig von dieser Entwicklung, die gekennzeichnet ist von einem steigenden Eindringen von Diplomaten in die organisierten Friedensbemühungen, konstituierten sich in ganz Europa private Vereine, die sich wieder mehr die pazifistische Intention der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu eigen machten. Diese zweite Gründungsphase ist gekennzeichnet durch ein zunehmendes Engagement der Wissenschaft. In wissenschaftlichen Vereinigungen, z. B. dem "Verband für Internationale Verständigung", wurde versucht, den derzeitigen theoretischen Stand der Friedensbemühungen festzuhalten.

Hier wird die Gleichstellung von "Frieden" und "Verständigung" deutlich. In einer größeren Abhandlung sieht ROBERT PILOTY [1] die Verständigung als Negierung des Kampfes, als "jede Art der Erledigung von Geschäften ohne willkürlichen, physischen Zwang"[2]. Diese Umschreibung von Verständigung unterscheidet sich aber nicht vom Begriff des zwischenstaatlichen Friedens.

Die internationale Verständigung wird in striktem Gegensatz gesehen zum innerstaatlichen Leben. Während im innerstaatlichen Leben die Austragung von Konflikten bereits durch das Recht in feste Bahnen gelenkt wird, nimmt sich "die losere, bewegliche Ordnung des internationalen Lebens wie ein unfertiger politischer Gärungsprozeß" aus[3]. An der interna-

[1] ROBERT PILOTY: Formen internationaler Verständigung. Stuttgart 1913.

[2] PILOTY S. 5

[3] PILOTY S. 3

tionalen Verständigung sind nur zwei Institutionen beteiligt: die Diplomatie und die internationalen Organisationen, die bestimmte praktische Zwecksetzungen haben, wie z. B. Verkehrsorganisationen, Veröffentlichungsorgane, Wasserregulierungsorganisationen. Der einzelne Bürger hat beim Vorgang der internationalen Verständigung keine Funktion, er hat an dem guten oder schlechten Verhältnis, das seine Nation mit einer anderen hat, Anteil.

Die Diplomatie als die althergestammte zwischenstaatliche Funktionsträgerin wird als die wahre Vermittleren von Verständigung und Frieden verherrlicht: Ihr "kommt die Aufgabe zu, die reinen Ideen der Menschlichkeit aus der abstrakten Welt der Begriffe in Taten umzusetzen und die zunächst nur empfundenen höchsten Werte des kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Lebens als ewige Wahrheiten zu erkennen und durch ihre Politik zu zeitlichen Wirklichkeiten zu gestalten".[1)]

Die internationalen Organisationen, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in steigendem Umfang gegründet wurden, werden weit skeptischer betrachtet, vor allem im Hinblick auf den Souveränitätsverlust, den ein Staat bei der Übertragung bestimmter Aufgaben auf eine übernationale Organisation erleidet. Die Vorteile für den Einzelstaat werden jedoch als überwiegend anerkannt: "Es bricht sich immer mehr die Erkenntnis Bahn, daß der Staat seiner nationalen Aufgabe in vielen Richtungen nur durch Anerkennung der Forderung des Staatszweckes auch im Bereich der internationalen Gemeinschaft gerecht werden kann!"[2)]

Bei PILOTY zeigt sich ein weiterer Aspekt der Diskussionen um internationale Verständigung zu dieser Zeit. Zwischenstaatliche Bemühungen wurden ausschließlich daran gemessen,

1) PILOTY S. 9

2) ULLMANN, E. VON: Völkerrecht. Tübingen 1908. S. 372.

welchen Wert sie für die jeweiligen Nationalstaaten hatten. Verständigung wurde nicht als Selbstzweck angesehen, sondern als Mittel, den Nationalstaat selbst zu stärken. Internationale Organisationen werden nicht gegründet, um eine Integration der Völker vorzubereiten, sondern weil der Vorteil für den Nationalstaat die Gründung bzw. den Beitritt zu internationalen Organisationen gebietet.

1.1.2. In der praktischen Politik

Die Synonymie der Begriffe "internationale Verständigung" und "Friede" sowie die Beschränkung auf den zwischenstaatlichen Bereich mit Ausklammerung des einzelnen Bürgers zeigt sich nicht nur in wissenschaftlichen Äußerungen, sondern auch im Sprachgebrauch der internationalen Politik. Ein gutes Beispiel stellen Vorgeschichte und Verhandlungen der "Deutsch-französischen Verständigungskonferenz" am 11.5.13 in Bern dar.

Nachdem Deutschland und Frankreich zu Beginn 1913 verstärkte Rüstungsbemühungen unternahmen, in Deutschland und Frankreich Rekruten eingestellt und die Dienstzeit verlängert wurde, luden am 9.4.1913 dreizehn Mitglieder des schweizerischen Nationalrates die Mitglieder des deutschen Reichstages, der französischen Deputiertenkammer und des französischen Senats zu einer Konferenz ein, die der "Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich über die Rüstungsfrage" dienen sollte. Die Konferenz fand Pfingsten 1913 in Bern statt. Aus Deutschland nahmen 34 Reichstagsabgeordnete aus den Reihen der Sozialdemokraten und der Fortschrittlichen Volkspartei, aus Frankreich 156 Deputierte und 24 Senatsmitglieder teil.

In seiner Eröffnungsansprache teilte der Schweizer Nationalrat ROBERT GRIMM noch einmal die Ziele der Konferenz mit: "den Weg friedlicher Verständigung anzubahnen, um dem unheil-

vollen, Kraft und Leben der Völker bedrohenden Wettrüsten Einhalt zu gebieten".[1] Diese Verbindung von Abrüstung und Verständigung kommt noch deutlicher zum Ausdruck in der Begrüßung in deutscher Sprache, die Nationalrat HERMANN GREULICH hält:
"Wenn man die gegenwärtige Gestaltung des bewaffneten Friedens als einen schweren Notstand bezeichnen darf, so ist zu sagen, daß er die Schweiz - obgleich sie keine Gebiete, weder in der Nähe noch in der Ferne erobern will - geradeso unerträglich belastet, wie die anderen Länder. Das und die neutrale Stellung unseres Landes berechtigt uns wohl, in freier, nichtamtlicher Weise unsere guten Dienste für eine Verständigung unter Vertretern zweier Nachbarvölker anzubieten, deren friedliches Verhältnis von ganz besonderer Bedeutung für uns ist."[2]

In seiner Begrüßung im Namen der Stadt Bern führt Nationalrat GUSTAV MÜLLER aus: "Die Stadt Bern ... würde es mit Stolz und Freude begrüßen, wenn es hier ... gelänge, die Grundlage zu einer dauernden Verständigung zweier gleichwertiger Kulturnationen zu finden, eine Verständigung, die gleichbedeutend wäre mit einer sicheren Garantie für die Erhaltung des europäischen Friedens."[3]

In seiner Erwiderung wies zwar im Namen der anwesenden deutschen Reichstagsmitglieder AUGUST BEBEL darauf hin, daß "Mittel und Wege" gesucht werden müßten, "um endlich zwischen den beiden ersten Kulturnationen Europas ein freundliches Nebeneinanderleben und ein freundliches Verstehen zu erreichen".[4] Aber auch er sieht die Verständigung, die dazu erreicht werden müßte, nur auf dem Hintergrund des Krieges, der nun (nach "42 Jahren, in denen eine Nation um die andere den Wettlauf in den Rüstungen begann;")[5] wieder drohend bevorstand.

[1] Deutsch-französische Verständigungskonferenz. Protokoll S.3
[2] aaO S.7
[3] aaO S.10
[4] aaO S.12
[5] ebd.

Auch die Umwelt brachte zu dieser Zeit den Verständigungsgedanken mit der Forderung nach Frieden und Abrüstung in unmittelbaren Zusammenhang. Sehr deutlich wird das in den Sympathiekundgebungen, die in Bern von allen Vereinen einliefen, die sich die Friedenssicherung zum Ziel gesetzt haben. So telegraphiert Bertha von Suttner für die Wiener Friedensgesellschaft "Die Friedensfreunde der ganzen Welt müssen Ihrem weisen und vornehmen Unternehmen beipflichten; unsere Wünsche begleiten Sie".[1)]

Am Ende der eintägigen Konferenz stand die Verlesung einer Resolution, die am Nachmittag in Geheimsitzungen von den Abgeordneten beider Länder verarbeitet worden war. Ihr siebter Abschnitt lautete: "Sie (die Konferenz) ist überzeugt, daß eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich die Verständigung zwischen den großen Mächtegruppen erleichtert und damit die Grundlage für einen dauernden Frieden schaffen wird."[2)]

Zusammenfassend läßt sich damit sagen, daß die Diskussionen um die "internationale Verständigung" Diskussionen um die Verhinderung von Kriegen und um Abrüstung waren. Zwischenstaatliche Mechanismen zur Verhinderung gewaltsamer Auseinandersetzungen standen im Mittelpunkt des Interesses.

Die Idee des Nationalstaates selbst wurde nicht angetastet. Der Begriff der internationalen Verständigung bezog sich vielmehr gerade auf den Nationalstaat, der bei Auseinandersetzungen mit einem anderen Staat an bestimmte Verfahren gebunden werden sollte.

Der einzelne Bürger nahm an der Verständigungsarbeit nicht teil; diese spielt sich vielmehr auf der Ebene der staatlichen Diplomatie und der internationalen Organisationen ab.

1) aaO S.21

2) aaO S.25

Die Errungenschaften der internationalen Organisationen wurden nur von den Pazifisten selbst als erster Schritt zu einer internationalen Integration und damit im Zusammenhang mit der internationalen Verständigung gesehen.[1] Für die unmittelbar Beteiligten, die Diplomaten und Staatsführungen, wog nur der Vorteil, der den Nationalstaaten selbst durch diese Organisationen erwuchs.

1.2. Internationale Verständigung und Nationalismus

Der Schock des verlorenen Ersten Weltkrieges stellt die Selbstverständlichkeit, mit der das Nationalstaatsprinzip zum Ausgang jeder Bemühung um Völkerverständigung genommen wurde, für viele Autoren in Frage. Beispielhaft sollen zwei markante Figuren aus der Ideengeschichte der Völkerverständigung zwischen den Weltkriegen herausgegriffen und beleuchtet werden: FRIEDRICH WILHELM FOERSTER und RICHARD COUDENHOVE-KALERGI. Daneben wird die Stimme eines Verteidigers des Nationalstaatsgedankens, ARNOLD BERGSTRÄSSER, gestellt.

1.2.1. FRIEDRICH WILHELM FOERSTER

Am radikalsten unternahm es der Pädagoge FRIEDRICH WILHELM FOERSTER, den Nationalismus als das eigentliche Hindernis einer echten Völkerverständigung aufzuzeigen. Dabei war es für ihn in erster Linie der deutsche Nationalismus der "Tradition Bismarck-Treitschke"[2], durch den "jeder Versuch einer Völkerverständigung großen Stils im Keime erstickt worden war". Der Nationalismus habe "Europa in einen Exerzierplatz verwandelt und alle besten Kulturkräfte der beiden

[1] vgl. z. B. H.LA FONTAINE/P.OTLET (La 2me session du Congrès Mondial (der Union des associations internationales). In: La vie internationale III (1913) S.524:"C'est dans la mise en contact de plus en plus intime des nations, dans la mise en commun de leurs expériences et des oeuvres réalisées par elles, que l'internationalisme trouvera sa grandeur et sa force, et ainsi surgira, de toutes les civilisations reconciliees et unies, la civilisation universelle" (zit. nach LYONS S. 366)

[2] FRIEDRICH WILHELM FOERSTER: Mein Kampf gegen das militaristische und nationalistische Deutschland. Stuttgart 1920. S. 14

Nachbarn lahmgelegt".[1] In vehementen Worten prangerte er den - zunächst überwunden geglaubten[2] - "von Preußen gebrachten künstlichen Nationalismus und Militarismus"[3] als den eigentlichen weltgeschichtlichen Irrtum in Europa an.

Die Lösung sieht FOERSTER in der Rückkehr Deutschlands zu seiner eigentlichen weltpolitischen Mission. In Anlehnung an KONSTANTIN FRANTZ[4] sieht er diese Mission in der Vermittlung föderalistischer Traditionen, die von jeher im deutschen Geist verankert gewesen seien. Die Anknüpfung an das völkerverbindende Denken der Vorbismarckzeit, wurde gesehen als erster Schritt zu einer endgültigen Verständigung der europäischen Völker untereinander.

Der erste Schritt dazu wäre die "rückhaltlose Aussöhnung mit dem französischen Volke".[5] Diese Aussöhnung könne aber "kein bloßer politischer Akt sein, kein Vertrag, kein diplomatischer Notenwechsel ... Die Aussöhnung mit dem französischen Volke kann nur durch das alte deutsche Gemüt erfolgen, nur durch Worte und Taten, die aus dieser Tiefe kommen."[6] Diese Worte und Taten werden nicht genau bezeichnet. FOERSTER bietet keine Lösungen für konkrete Verständigungsarbeit an. Für ihn ist Völkerverständigung

1) FOERSTER aaO S. 211

2) FOERSTER aaO S. 260 f: "Das Land der europäischen Mitte allein kann in dieser Krisis die Aufgaben lösen, jene geistige Grundlegung und jene religiös-sittliche Vertiefung der Weltorganisation zu vollbringen, durch die allein der Starrkrampf der Völker-Selbstbehauptung gelöst wird ... Das Bewußtsein dieser neuen und zugleich so alten Mission steht unverkennbar dicht vor dem Durchbruch, es sind nur noch wenige Hemmungen zu überwinden, die es dem deutschen Volke zur Zeit noch verwehren, die ganze Aussichtslosigkeit und Verderblichkeit seines Nationalismus bis auf den Grund zu erkennen; ist das erst geschehen, so wird die wahre deutsche Natur unaufhaltsam herausbrechen und wird, vertieft durch erschütterndes Leid und schwer erlebtem Irrtum, von neuem die Mittlerin der Welteinigung werden."

3) FOERSTER aaO S. 205

4) u.a. KONSTANTIN FRANTZ: Die Weltpolitik. 1882/1883.

5) aaO S. 211

6) aaO S. 212

gleichbedeutend mit der Rückkehr zur Menschlichkeit, sie liegt darin, "daß der mitteleuropäische Mensch wieder wahrhaft Mensch wird und Technik und Organisation wieder dem Leben der Seele und dem höchsten Gut der Seele unterwirft."[1)]

Noch deutlicher drückt es FOERSTER 1937 aus: "Das Problem der deutsch-französischen Verständigung ist überhaupt kein blosses politisches Teilproblem. Seine Lösung setzt zuerst voraus, daß Deutschland von seinem Wahn bekehrt werde und zu seinem besten Wesen zurückkehre - was nur durch weltgeschichtliche Vollstreckungen und durch keine conversations geschehen wird. Jenes Wiederfinden der beiden Völker setzt auch voraus, daß Frankreich zu sich selbst zurückfinde und aus 150 Jahren revolutionärer Abstraktion gerettet werde, was nur möglich ist, wenn das andere Frankreich aus der Enge der bloßen Gegenwirkung erlöst wird und die zwar verflachte und vom Ganzen abgespaltene, aber dennoch christliche Wahrheit erkennt und vertieft, die hinter der revolutionären Welt verborgen ist und ihr weltgeschichtliche Sprengkräfte geliehen hat."[2)]

Damit wird der eigentliche Kern der Ideen FOERSTERs deutlich: Er sieht eine Verwirklichungschance für eine echte Völkerverständigung nur in der Wiedererrichtung eines christlich orientierten, einheitlich strukturierten, sich in seinen einzelnen Bestandteilen gegenseitig ergänzenden und befruchtenden Staatsorganismus. Die radikale Ablehnung des Nationalismus ist mit der Hoffnung verbunden, daß ein emotionsloses, nur auf Menschlichkeit und Bildung gerichtetes Staatensystem auch jetzt noch errichtet werden kann.

1) aaO S. 259

2) FOERSTER: Europa und die deutsche Frage. Luzern 1937.

1.2.2. RICHARD COUDENHOVE-KALERGI

Weder die Motivation FOERSTERs noch die Vorschläge zur Realisierung der Völkerverständigung werden von RICHARD COUDENHOVE-KALERGI geteilt, der in der Errichtung von "Paneuropa" ebenfalls über die Konstituierung eines einheitlichen Staates internationale Verständigung erreichen will. Er teilt nicht die Motivation, da es ihm nicht um die Errichtung eines an alte Tradition anknüpfenden, einer einheitlichen Idee nachstrebenden Staatenorganismus geht. In der Ablehnung des einzelstaatlichen Nationalismus stimmt er allerdings mit FOERSTER überein. COUDENHOVE-KALERGI will vielmehr Europa als einen politischen Machtfaktor konstituieren, der neben den anderen bestehenden oder aufkommenden Machtblöcken noch Bestand haben kann. Die Realisierung sieht er nicht allgemein in der Niederzwingung des Nationalismus, sondern in der Konstituierung eines neuen, europäischen Nationalismus.

Schockiert vom Erlebnis des ersten Weltkrieges, versuchte der gebürtige Tscheche zunächst durch Kontakte mit den Staatsführungen selbst, dann mit Hilfe der Bewegung "Pan-Europa", die er ins Leben rief, für die politische Einigung Europas zu werben.[1)]

Auch er betont, daß Ausgangspunkt einer solchen Einigung die Bereinigung des Verhältnisses Deutschland-Frankreich sein müsse. Der "Weg der Versöhnung"[2)] müsse von beiden Seiten entschlossen beschritten werden. Für Deutschland bedeute das die "... friedliche Verständigung und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Frankreich, Zahlung einer angemessenen Reparationssumme, Verständigung mit Polen und der Tschechoslowakei durch Ablehnung jedes Irredentis-

[1)] vgl. zum Werdegang COUDENHOVE-KALERGIs seine teilweise autobiographische Abhandlung: Paneuropa. 1922-1966. Wien/München 1966.

[2)] RICHARD COUDENHOVE-KALERGI: Pan-Europa. Wien 1923. S.128

mus, demokratische Innenpolitik, pazifistische Außenpolitik, Schiedsgerichts- und Garantievertrag, Eintritt in den Völkerbund und Ablehnung eines russischen Bündnissen".[1)]

Diese Aussöhnung ist allerdings nicht zu erreichen ohne die Überwindung des Chauvinismus auf beiden Seiten. Dieser Chauvinismus sollte dabei nicht von der jeweiligen Gegenseite, sondern im eigenen Lande bekämpft werden: "Die Rollen bei diesem Feldzug müssen so verteilt werden, daß die deutschen Pan-Europäer die deutschen Chauvinisten bekämpfen - die französischen Pan-Europäer die französischen Chauvinisten; eine umgekehrte Taktik würde der paneuropäischen Sache mehr schaden als nützen."[2)]

COUDENHOVE-KALERGI geht nicht so weit, den Nationalismus überhaupt zu verwerfen. Im Gegenteil, er spricht ihm für das Geistesleben große Bedeutung zu: "Die Nation ist ein Reich des Geistes; alle moderne Kultur in Europa ist national; es muß also jeder, der Ehrfurcht empfindet vor dem Geist - auch Ehrfurcht empfinden vor dem nationalen Gedanken."[3)] Was COUDENHOVE-KALERGI dagegen überwinden will, ist der Nationalismus der Einzelstaaten. Seine Wunschvorstellung, die er auch heute noch nicht realisiert sieht[4)], ist die Förderung eines europäischen Patriotismus, die Ersetzung des staatlichen Nationalismus durch einen europäischen: "Der nationale Chauvinismus kann nicht durch einen abstrakten Internationalismus niedergekämpft werden - sondern durch Vertiefung und Erweiterung der nationalen Kultur zu einer europäischen; durch die Verbreitung der Erkenntnis, daß alle nationalen Kulturen Europas eng und unentwirrbar zusammenhängende Bestandteile einer

1) COUDENHOVE-KALERGI aaO S. 130 f
2) COUDENHOVE-KALERGI aaO S. 134
3) aaO S. 140
4) COUDENHOVE-KALERGI: Paneuropa. 1922-1966. S. 95

großen und einheitlichen europäischen Kultur sind."[1]

Die Berechtigung, dies zu fordern, sieht COUDENHOVE-KALERGI in der abendländischen Geschichte Europas: "Die abendländische Kultureinheit gibt uns das Recht, von einer europäischen Nation zu sprechen, die sprachlich und politisch in verschiedene Gruppen gegliedert ist. Gelingt es diesem paneuropäischen Kulturgefühl, sich durchzusetzen, so wird jeder gute Deutsche, Franzose, Pole und Italiener auch ein guter Europäer sein."[2]

1.2.3. "Wirtschaftsverständigung"

Die Überwindung des Nationalismus der Einzelstaaten bei COUDENHOVE-KALERGI ist umfassend gemeint: sie zieht sich durch alle Gebiete staatlichen Lebens. Weniger umfassend sind die Bemühungen, die eine internationale Verständigung nur auf Teilbereichen staatlichen Lebens fordern. So gab es deutliche Bestrebungen zu einer Vereinheitlichung und Koordinierung der europäischen Nationalwirtschaften, die z. B. auf der Weltwirtschaftskonferenz in Genf deutlich zum Ausdruck kamen. Der Forderung nach einer wirtschaftlichen Vereinigung wurde auch von den deutschen Sozialisten unterstützt. So schrieb der sozialistische Reichstagsabgeordnete GEORG LEBEDOUR[3]: "Aus der Anerkennung der jetzt sogar im kapitalistischen Rahmen zutage getretenen Verschmelzungsbedürfnisse französischer und deutscher Produktionsgebiete müssen wir die Folgerung der Vereinigung Europas zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet ziehen. Sie würde ja sowieso ohne weiteres verwirklicht werden, sobald in allen Ländern der Sozialis-

[1] COUDENHOVE-KALERGI: Pan-Europa. 1923. S. 142
[2] aaO S. 144
[3] GEORG LEBEDOUR: Wirtschaftseinigung Europas. In: Klassenkampf (1923)

mus zur Herrschaft gelangt ... Aber jetzt schon, wo wir noch innerhalb kapitalistischer Staatsgebilde um die Macht zu kämpfen haben, können wir an die kapitalistisch organisierten Staaten Europas die Forderung des wirtschaftlichen Zusammenschlusses richten."

Eine theoretische Aufarbeitung dieser Bemühungen leistete EMIL MAYRISCH[1], der als Vorbedingung für die "Wirtschaftsverständigung" die Gleichartigkeit der vitalen Interessen nannte.

1.2.4. Verteidigung des Nationalstaates

Gerade an der "Wirtschaftsverständigung" setzt ARNOLD BERGSTRÄSSER in seiner Abhandlung "Sinn und Grenzen der Verständigung zwischen Nationen"[2] seine heftige Kritik an. Ihm erscheint als Gegensatz zum Nationalismus nur die Gleichförmigkeit der einzelnen Staaten: "Welche Verarmung des Menschen würde diese Gleichheit bedeuten, wenn sie durchführbar wäre ... Aber noch wird eine solche Entwicklung gehemmt von der formenden Gewalt des nationalen Ganzen, das auch gegenüber einer scheinbar der Sache nach national so indifferente Seite des Lebens, der Wirtschaft, seine zwar in Grenzen, aber doch entscheidend bestimmende Kraft erweist."[3] Diesen Vorwurf erhebt BERGSTRÄSSER nicht nur gegenüber Vereinigungsbestrebungen, die einen ganzen Aufgabenbereich des Staates betreffen, sondern auch gegenüber den auf ganz beschränkte Aufgaben festgelegten internationalen Organisationen. Er wirft ihnen vor, sie übersähen die Schwierigkeiten, die von der 'kulturellen Sonderart des Nationalen' herrühren.[4]

[1] EMIL MAYRISCH: In: Europäische Revue (Februar 1928)
[2] München/Leipzig 1930
[3] aaO S. 57
[4] vgl. aaO S. 65

Auf der anderen Seite widmet BERGSTRÄSSER erstmals dem Individuum Raum. Verständigung zwischen einzelnen Nationen müssen sich auf der "geistigen Ebene" abspielen, d. h. Verständigung ist nicht nur als Abstraktum, als Bezeichnung einer Relation zwischen Staaten, sondern auch als Herstellung von Beziehungen zwischen Einzelmenschen zu sehen.

Dieser Aspekt der internationalen Verständigung wird bei BERGSTRÄSSER jedoch mit großer Zurückhaltung betrachtet. Er will die Kontakte beschränken auf die Schicht der Intellektuellen, die als einzige zu einer echten Verständigung beitragen können: "Es gehört sowohl eine starke eigene Sicherheit als ein ausgebildetes Vermögen psychologischer Art dazu, an sich selbst festzuhalten und zugleich den anderen zu verstehen. Damit ist die Möglichkeit des gegenseitigen Verstehens von Nationen beschränkt auf eine verhältnismäßig kleine Schicht, innerhalb deren die nötigen Voraussetzungen für diesen Vorgang geschaffen sind. Je intensiver die Masse herangezogen werden muß zum disziplinären Aufbau des nationalen Lebens, desto schwieriger wird es sein, das Element der Achtung vor dem Fremden in ihrem Bewußtsein durchdringen zu lassen, das noch ganz erfüllt ist von der Aufgabe, das eigene nationale Sein voll zu ergreifen."[1)]

Der Sinn der Begegnung wird in der Ausschaltung ideologisch bedingter Vorurteile gesehen. Aber es sei fragwürdig und nütze weder dem Menschen noch irgendeiner Sache, Kinder und Ungereifte in fremde Länder zu schicken, da für sie ja das Wesentliche an der "Begegnung" nicht zu vollziehen sei.[2)]

[1)] aaO S. 61

[2)] aaO S. 66

Der Deutsche habe es dabei besonders schwer: "Der Deutsche, der in das Ausland geht, wird zwar wegen seines Könnens und wegen seiner Leistungen geschätzt und geachtet werden. Das Urteil aber, das man über ihn bildet, wird schließlich davon abhängen, wie er als Persönlichkeit wirkt, in welchem Grade er hier Vertreter seiner Nation weniger durch sein Wissen als durch sein Leben sein kann: ... Es ist klar, welche Verantwortung der Deutsche mit einem Auslandsaufenthalte übernimmt. Das Gefühl dieser Verantwortung ist nach dem Kriege doch so stark verbreitet gewesen, daß an vielen Deutschen beobachtet wurde, wie sehr sie sich bewußt waren, "Vertreter" zu sein."[1)]

Konsequenterweise sind alle jene, die durch Begegnung mit anderen Völkern der Verständigung dienen sollten, nach "strengen Maßstäben" auszusuchen. Aber auch hier wird die Verständigung nicht als Selbstzweck gesehen, sondern in die Staatsräson der jeweiligen Nation eingegliedert: "Da wir die nationalstaatliche Ordnung des modernen Europa nicht als unerwünschtes Hindernis für eine vernünftige Weltorganisation, nicht als das abzulehnende Ergebnis einer klassenmäßigen Gesellschaftsordnung, nicht als einen Atavismus betrachten können, sondern in ihr wesentlich schöpferische Kräfte der Wirksamkeit noch entgegenwachsen sehen, ist für uns die Frage von besonderer Bedeutung, inwiefern die Begegnung nationaler Kulturen zu ihrem eigenen Wachstum in einer Beziehung steht".[2)] Weiter unten heißt es: "Es ist die geistige und politische nationale Lebenseinheit, von der aus die Möglichkeiten der Verständigung begrenzt werden, und von der sie ihren Sinn erhält."[3)]

1) aaO S. 66 f

2) aaO S. 72

3) aaO S. 87

Verständigung heißt demnach Bereicherung und Festigung des eigenen Lebens: "Die Begegnung, um die es sich handelt, ist nicht gebunden an persönliches Zusammentreffen zu denken, so sehr sich auch gerade darin ihre volle Wirkung zur Äußerung bringen kann. Wir verstehen unter ihr den Vorgang überhaupt, in dem eine fremde nationale Kultur für die Bildung der eigenen im Menschen Bedeutung gewinnt."[1)]

Von daher wird des verständlich, daß Verständigung als "Angelegenheit der geistigen Oberschicht"[2)] eingestuft wird. Eine politische Veränderung ist damit nicht verbunden: "In der Auseinandersetzung zwischen nationalen Kulturen bedeutet Verständigung soviel wie gegenseitige Klarheit über die verschiedene Bedingtheit, den verschiedenen Aufbau der geistigen Welt, in der beide leben und an deren Unterschieden durch den Akt der Verständigung ja nichts geändert werden soll oder kann."[3)] Damit ist ein Anschluß hergestellt an die Vorkriegsauffassung, die Verständigung nur als Abwehr von Kampfsituationen verstand.

1.2.5. Zusammenfassung

Die Zusammenschau dieser Strömungen ergibt, daß zu Zeiten der Weimarer Republik über den eigentlichen Inhalt von internationaler Verständigung tiefgehende Meinungsverschiedenheiten bestanden.

Jenseits dieser Polarisierung läßt sich jedoch wiederum eines erkennen, worüber sich alle Autoren auch in der Zeit zwischen den Weltkriegen einig waren. Sie setzten damit die geistige Tradition der Zeit vor 1914 in einem entscheidenden Punkt fort: Bezugspunkt der Ideen, die um die Völkerverständigung kreisten, war und blieb der Staat. Wenn radikales Umdenken gefordert wurde wie von FRIEDRICH WILHELM FOERSTER, so war es doch Deutschland, das durch ein neues Verständnis wieder,

1) aaO S. 72 f
2) aaO S. 78
3) aaO S. 77 f

wie in den Jahren des Heiligen Römischen Reiches, eine integrierende Funktion in der Völkerfamilie übernehmen sollte. Wurden vorsichtig, wie von BERGSTRÄSSER die persönlichen Kontakte der einzelnen Bürger in den Verständigungsgedanken eingebracht, blieben sie ebenfalls letztlich bezogen auf die Staatsräson. Eine eigentliche Wende in der Auffassung dessen, was internationale Verständigung sein sollte, war noch nicht erreicht. Die Elemente des Spieles, dessen Ziel Völkerverständigung lauten sollte, blieben weiterhin die einzelnen, voneinander abgegrenzten Staaten.

1.3. "Verständigung" im Dritten Reich

Wie so vieles, wurde auch die Idee der internationalen Verständigung in den Strudel nationalsozialistischer Verfremdung von Gedankengut gerissen und damit völlig pervertiert.[1] Der Begriff der internationalen Verständigung wurde vor allem im Hinblick auf Frankreich gebraucht, das bei der Eroberung von "Lebensraum" im Osten eine bestimmte Rolle im nationalsozialistischen Welttheater zu spielen hatte.[2]

Schon am 23.3.1933 hatte HITLER verkündet, die deutsche Regierung sei bereit, jedem Volk die Hand zu einer aufrichtigen Verständigung zu reichen. Die Verkündigung des Austritts aus dem Völkerbund beginnt mit den Worten: "Die deutsche Regierung und das deutsche Volk sind sich einig in dem Willen, eine Politik des Friedens, der Versöhnung und Verständigung zu betreiben als Grundlagen aller Entschlüsse und jeden Handelns". Die Vokabel "Verständigung" taucht regelmäßig im Zu-

[1] vgl. zum Folgenden: H.E.LICHTEN: "Collaboration" - Phantom und Wirklichkeit. Offenbach 1948.

[2] vgl. HITLER: Mein Kampf. S.741: "So sehr wir heute auch alle die Notwendigkeiten einer Auseinandersetzung mit Frankreich erkennen, so wirkungslos bliebe sie in der großen Linie, wenn sich in ihr unser außenpolitisches Ziel erschöpfen würde. Sie kann und wird nur Sinn erhalten, wenn sie die Rückendeckung bietet für eine Vergrößerung des Lebensraumes unseres Volkes in Osteuropa."

sammenhang mit dem Abschluß neuer aggressiver Akte auf (z. B. vor dem Einmarsch in die Resttschechei am 9.10.38: "Als starker Staat sind wir jederzeit zu einer Verständigung mit unseren Nachbarn bereit.").

Erst seit März 1939 wurde dieser Begriff aus dem nationalsozialistischen Vokabular gestrichen.

2. Beginn und Hintergrund des ersten kommunalen Engagements

2.1. Neubeginn der Verständigungsidee

2.1.1. Ausgangssituation

Nachdem die geistige Lähmung, die die Niederlage nach dem 2. Weltkrieg hinterlassen hatte, nachließ, wurden bald Stimmen laut, die sich mit dem künftigen Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich befaßten. Unter diesen Stimmen befanden sich solche, die ein eindeutiges, schonungsloses Schuldbekenntnis der Deutschen verlangten. Zu ihnen gehörte der Publizist PAUL DISTELBARTH.[1] Er schrieb, als erstes müsse die eigene Situation klargestellt werden. Aber "auch diesen Versuch kann nur unternehmen, wer sich nicht davor fürchtet, alle Dinge bei ihrem richtigen Namen zu nennen, das heißt: harte und bittere Wahrheiten auszusprechen, Wahrheiten, die dem Selbstbewußtsein des deutschen Bürgers wehe tun und ihn demütigen, weil er sich gerade Frankreich gegenüber, das er weit überflügelt zu haben glaubte, daran gewöhnt hatte, eine gönnerhaft herablassende Haltung anzunehmen, die in Wirklichkeit auf keiner echten Überlegenheit beruhte, sondern etwas durchaus Parvenühaftes hatte - es war die Überlegenheit von Herrn Neureich. Vor allem gilt es, unserer Unkenntnis und Überheblichkeit, unserem Dünkel, auf den Leib zu rücken. Das ist nur mit einem scharfen Messer möglich, mit klaren Worten, die nichts beschönigen und nichts bemänteln, die unbarmherzig in allen romantischen Nebel hineinleuchten. Das ist sehr schmerzhaft."[2]

An eine Aussöhnung zu denken, schien DISTELBARTH verfrüht; von Seiten der Deutschen die Hand auszustrecken, erschien nicht angemessen: "Den Franzosen von Verständigung reden, uns bei ihnen anbiedern, ist ausgeschlossen. Es wäre auch

[1] PAUL DISTELBARTH: Franzosen und Deutsche, Bauern und Krieger. Stuttgart/Hamburg 1946

[2] DISTELBARTH aaO S. 9

würdelos."[1] Zunächst müsse zwischen den Völkern wieder Vertrauen hergestellt werden. Diese Aufgabe erfordere "guten Willen, Klugheit, Ausdauer und Geduld. Sie wird auch Selbstüberwindung und Opfer fordern, Opfer vor allem der Eigenliebe." [2]

Wohl nicht alle Deutschen haben diese schonungslose Offenlegung der Situation nachvollzogen. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, daß zunächst Hilflosigkeit bezüglich dessen bestand, wie die praktische Verständigungsarbeit eingeleitet werden könnte.

2.1.2. Die Schweizer Hilfe

In dieser Situation erwies es sich als große Hilfe, daß sich einige Schweizer Intellektuelle für das Schicksal Deutschlands nach dem Untergang interessierten. Das Motiv dazu mag aus der Einsicht gestammt haben, daß die Schweiz in vieler Hinsicht an der kulturellen und geistigen Kraft des deutschen Nachbarn Anteil hat und vielleicht haben muß.[3] Dazu kam die kulturgeschichtliche These, daß "die Frage nach der abendländischen Zukunft ... zu einem wesentlichen Teil enthalten (ist) in der Frage nach der deutschen Zukunft".[4]

Die Hilfe, die von diesen Schweizern angeboten wurde, bewegte sich zunächst im Rahmen der "re-education"-Arbeit, die von den Besatzungsmächten als ein Versuch gestartet wurde, die Denkart der Deutschen durch Erziehung zu ändern. Mit der Begründung, "die 5000 Demokraten dürften nicht zu Grunde gehen",[5] willigten sie in dieses Unternehmen ein. Mittelpunkt der Veranstaltungen waren Vortragsreihen in allen deutschen Städten. Unter Leitung des Berner Schriftstellers Prof. Hans Zbinden wurde ein Vortragsdienst eingerichtet, in dessen

1) aaO S. 208
2) aaO S. 216
3) vgl. dazu HANS ZBINDEN: Um Deutschlands Zukunft. Heidelberg 1947. S. 8 f.
4) ZBINDEN aaO S. 9
5) ZBINDEN in einem Gespräch mit dem Verf. am 16.8.69 in Bern.

Rahmen sich eine Reihe interessierter Schweizer Intellektueller zu dieser Vortragsarbeit bereiterklärten.

Gleichzeitig hatte ZBINDEN auch Gelegenheit, in England in deutschen Kriegsgefangenenlagern ähnliche Vorträge zu halten. Die Arbeit wurde im Rahmen der Veranstaltungen in Wilton Park durchgeführt. Diese Veranstaltungen, an denen ein internationales Publikum teilnahm, wollten einen Beitrag zur Völkerverständigung leisten. Zu den Zielen schreibt H.KOEPPLER: "The conferences are a British contribution to the creation of an informed international public opinion, a publik opinion which is concerned with the health of every society. By being informed and conscious of the misunderstandings and differences between individual nations, Wilton Park is already well on the way to providing that basis of understanding and knowledge without which effective co-operation is impossible."[1)]

2.2. Wiederentdeckung der Gemeinde

2.2.1. Gemeinde als Fundament des Staates

Das Gedankengut, das von den Schweizern vermittelt wurde, war geprägt von den Ideen, die während der Kriegsjahre in der Schweiz zum Wesen des Staates und der Demokratie entwickelt wurden. Gerade die Jahre der "erzwungenen Abschließung" waren dort wahrgenommen worden "als eine Gelegenheit zu fruchtbarer Rückschau, zur Besinnung auf ... (die) tragenden Kräfte, als Ansporn zu innerer Erstarkung und zu Selbstvertrauen".[2)]

Ein zentrales, wenn nicht das wichtigste Ergebnis überhaupt dieser Reflexionen waren die Thesen, die zur Stellung der Gemeinde im Staat und zu ihrer Bedeutung für die

1) H.KOEPPLER: The Aims of Wilton Park. In: Wilton Park (hg. v. The Central Office of Information, London). London 1964. S. 4.

2) ZBINDEN aaO S. 8 f.

Demokratie entwickelt worden waren. Sie knüpfen an eine Tradition an, die sich auf ALEXIS DE TOCQUEVILLE zurückführt. Bei ihm ist zu lesen: "Und doch ruht die Kraft der freien Völker in der Gemeinde. Die Gemeindeeinrichtungen sind für die Freiheit, was die Volksschulen für die Wissenschaften sind; sie machen sie dem Volk zugänglich; sie wecken in ihm den Geschmack an ihrem freiheitlichen Gebrauch und gewöhnen es daran. Ohne Gemeindeeinrichtungen kann sich ein Volk eine freie Regierung geben, aber den Geist der Freiheit besitzt es nicht."[1] Daneben kann der deutsche (FREIHERR VON STEIN) und englische Einfluß nicht übersehen werden.[2]

Die entscheidende Aufarbeitung und Verallgemeinerung dieser Ideen leistete in der Schweiz ADOLF GASSER. Er stellt in seinem Werk "Die Gemeindefreiheit als Rettung Europas"[3] den "liberalisierten Obrigkeitsstaat" mit "zentralistischer Befehlsverwaltung" der "kommunal-föderativen, von unten her aufgebauten Demokratie" entgegen. In Anschluß an die Formulierung von TOCQUEVILLE führt er aus: "Indem der kontinentale Liberalismus in sinnwidriger Weise an den herrenrechtlichen Verwaltungsidealen der Vergangenheit festhielt, machte er einen neuen Triumph der herrenrechtlichen Verfassungsideale - früher oder später ganz unvermeidlich. Denn wo man nicht im lebendigen, übersichtlichen Kleinraum der autonomen Gemeinde zur Solidarität in Freiheit erzogen wird, wo man statt dessen in der Überfülle der gesetzli-

[1] ALEXIS DE TOCQUEVILLE: Über die Demokratie in Amerika. Erster Teil (hg. von I.P.MAYER mit THEODOR ESCHENBURG und HANS ZBINDEN; übersetzt von HANS ZBINDEN). Stuttgart 1959. S. 68.

[2] vgl. dazu ERNST UTZINGER: Die freie politische Gemeinde in der Schweiz und im Ausland. Zürich 1946 (u.a.S.82 ff).

[3] 2. Aufl. Basel 1947

chen Zweifelsfälle und der wichtigeren Ermessensfragen sich den Befehlen einer Beamtenhierarchie beugen muß, wo alle wahre administrative Verantwortung bei den stärkeren statt bei den schwächeren Gebietskörperschaften liegt, da kann nur das kollektive Machtbewußtsein gemeinschaftsbildend wirken."[1)]

Ausgehend von der Gemeinde entwickelt sich der demokratische "altfreie" Staat durch einen organischen Wachstumsprozeß, bei dem nun die durch den Kommunalismus gewährleistete Freiheit des Bürgers nicht mehr verloren gehen kann: "Der kollektive Wille zur Gesetzestreue, zum Vertrauen, zur Verträglichkeit wuchs hier überall von der freien Gemeinde aus in den nationalen Staatskörper hinein - und dank dem organischen Wachstum der kommunalen Gemeinschaftsethik, dieser überparteilichen Gewissensmacht, vom Kleinen ins Große entwickelten sich die altfreien Volksstaaten zu gesamt-nationalen Vertrauensgemeinschaften freier Menschen".[2)]

Diese Gedanken finden sich neben GASSER auch bei anderen Schweizer Staatstheoretikern, etwa EMIL BRUNNER[3)] oder WERNER NÄF.[4)]

1) aaO S. 161 f.

2) GASSER aaO S. 87

3) EMIL BRUNNER: Gerechtigkeit - eine Lehre von den Grundgesetzen der Gesellschaftsordnung. Zürich 1943: "Der totale Staat ist nicht erst 1917 oder 1922 oder 1933 entstanden; er ist langsam aus dem modernen Begriff der Staatssouveränität und aus dem Versagen der einzelnen und der Gemeinschaft geworden. Je mehr die Familien und die Gemeinden versagen, desto mehr muß der Staat tun."

4) vgl. etwa: WERNER NÄF: Die Schweiz im europäischen Umbruch. In: Neue Schweizer Rundschau (März 1941)

2.2.2. "Gemeindefreiheit und Völkerfrieden"

GASSER erweitert nun aber diese Gedanken, die zunächst relevant sind für die Gestaltung des Verwaltungsaufbaus des Staates, in alle Bereiche staatlicher Aufgaben hinein. Dazu gehört auch das Verhältnis zu den Nachbarstaaten. Aus diesem Grund kann GASSER den Gemeinden auch eine Aufgabe bei der Völkerverständigung zuordnen. Im Kapitel "Gemeindefreiheit und Völkerfrieden"[1] vertritt er die These, auch die Bereitschaft, "schwächere Volksgruppen und Völker mit Waffengewalt zu unterwerfen und zu beherrschen", könne "sublimiert" werden. Dies wird erreicht durch den gleichen Mechanismus, der auch den innerstaatlichen Frieden sichert: "Wer sich in der Gemeinschaft einer freien volksstaatlichen Ordnung wahrhaft geborgen fühlt, dem wird es nie an Gelegenheit fehlen, um im zivilen Leben seinen kämpferischen Idealen in wahrhaft fruchtbarer Weise genüge zu tun."[2] Der Weg zu einer Völkerverständigung in Europa könne demnach nur über ein "durchgreifendes Enthierarchisierungs- und Kommunalisierungsprogramm" erreicht werden. Dann könnten "Föderationen freier Volkskollektivitäten" entstehen. Dies hat zur Konsequenz, daß "einzig der Kommunalismus dank dem aus ihm fließenden 'ethischen Kollektivismus' die Völker des Abendlandes wahrhaft zu erziehen (vermag): sowohl zu disziplinierter Freiheit und demokratischer Gesinnung als auch zu sozialem Ausgleichswillen und außenpolitischer Friedlichkeit".[3] So"wird weder ein europäisches noch ein universales Allianzsystem von Dauer sein und den Völkerfrieden zuverlässig zu sichern vermögen, solange es autoritär verwaltete oder gar totalitär regierte Staatswesen in sich schließt; hierzu ist mit einiger Sicherheit nur eine Bundesordnung fähig, die ihre kommunalen Unterverbände

[1] aaO S. 244 ff.

[2] aaO S. 244

[3] aaO S. 252

allesamt im Geiste der justizstaatlichen und genossenschaftlichen Volkserziehung zusammenhält, also eine Föderation echter Föderationen verkörpert. Insofern darf man auch im Rahmen des internationalen Geschehens geradezu von einem "Primat der Innenpolitik" sprechen!"[1)]

2.2.3. Auseinandersetzung mit dem Antinationalismus

Diese Gedanken stehen deutlich in Widerspruch zu den Ideen, die zwischen den Kriegen zur internationalen Verständigung entwickelt wurden. Im Gegensatz zu COUDENHOVE-KALERGI, der direkt auf die Heranbildung eines europäischen Nationalgefühls abzielte, der stets in Blöcken und Einzelstaaten dachte, wird hier beim Aufbau des Verständigungsgedankens von der staatlichen Basis ausgegangen. Der Weg GASSERs geht von einem überschaubaren "Kristallisationszentrum" aus, von dem aus eine internationale Zusammenarbeit von innen nach außen errichtet werden kann. COUDENHOVE-KALERGI hatte sich dagegen zeit seines Lebens um die Gewinnung von Staatsleuten und Diplomaten gemüht.

Größere Passagen widmet ZBINDEN in seinem nach einer Rundreise durch Deutschland geschriebenen Buch "Um Deutschlands Zukunft" der Auseinandersetzung mit denen, die zwischen den Weltkriegen scharf gegen jeglichen Nationalismus polemisiert hatten. Zu ihnen gehörte in erster Linie FRIEDRICH WILHELM FOERSTER: "Es geht ... um eine Reinigung des Nationalismus, um seine Durchgeistigung mit einem kulturellen und sozialpolitischen Ideal, nicht aber um die Zerstörung berechtigter und fruchtbarer Nationalliebe. Darum ist der Asphaltkosmopolitismus materialistischer Abkunft, der heute wieder wie schon nach dem ersten Weltkriege, gegen den Nationalgeist angeht, zur Überwindung des deutschen Nationalismus am allerwenigsten berufen und dazu auch gar

1) ADOLF GASSER: Von den Grundlagen des Staates. Stuttgart 1950. S. 100

nicht fähig; nicht nur, weil er das Kind mit dem Bade ausschüttet und die krankhafte Entartung der Heimatliebe mit dieser selbst verwechselt, sondern weil er selbst ja getragen ist von dem gleichen materialistischen und zentralistischen Denken, das die Nationalliebe in imperialistisches Machtstreben und alldeutschem Wahn abirren ließ."[1)]

In deutlichem Unterschied zu den Ideen vor dem Krieg wird nun also versucht, einerseits an Vaterlandsliebe und Patriotismus festzuhalten, andererseits aber durch die Bekämpfung eines zentralistischen Staatsaufbaues die negativen Folgen auszuschalten, die der Nationalismus auf das Leben zwischen den Nationen hat.

Die Erziehung zu förderativem Denken hat nicht nur Auswirkungen auf das eigene Staatsleben, sondern wirkt sich auch aus auf die Beziehung zwischen den Angehörigen der einzelnen Völker. Diese Idee ist der Grund dafür, daß die an einer Wiederannäherung von Deutschland und Frankreich interessierten Schweizer Persönlichkeiten die Bürgermeister der deutschen und französischen Gemeinden als geeignete Adressaten ihrer Verständigungsbemühungen betrachteten.

2.3. Beginn der kommunalen Verständigungsbemühungen

2.3.1. Bürgermeister entdecken eine Aufgabe

Auf einer Reise, die die Oberbürgermeister von Frankfurt und München, KOLB und SCHARNAGL am 22.4.1948 über Bern führte, trafen sie sich mit ein paar Berner Schriftstellern, darunter EUGEN WYLER. Zu dem Kreis stieß der Pariser Publizist FERNAND FIZAINE. Die Runde diskutierte über die Frage, wie man etwas zur Verständigung der Völker und zum Wiederaufbau Europas beitragen könnte. Dabei entstand die Idee, deutsche und französische Bürgermeister auf neutra-

1) aaO S. 53 f.

lem Boden zu einem ersten Verständigungsgespräch zusammenzubringen.

Daß die deutschen Bürgermeister ihrerseits auch eine Verantwortung für die internationale Verständigung und die Bereinigung des zwischenstaatlichen Verhältnisses fühlten, kam nicht von ungefähr. Nach dem Zusammenbruch waren die Kommunen die einzige staatliche Verwaltungsebene, die funktionsfähig geblieben war.[1)]

Der totale Zusammenbruch war geradezu gekennzeichnet durch die völlige Zerstörung des Staatsaufbaus einerseits und der Erkenntnis, daß die Gemeinde schlechthin der Unterbau des Staates sei.[2)] Man ging so weit, daß eine Allzuständigkeit der Gemeinde diskutiert wurde.[3)]

Diese Theoretisierungen waren 1948 noch nicht geleistet. Die praktischen Ansätze dazu waren jedoch schon vorhanden. So führte ARNULF KLETT in seinem Rechenschaftsbericht über das erste Jahr des Wiederaufbaus 1946 in Stuttgart aus: "So traurig und niederschmetternd der Zusammenbruch unseres gesamten staatlichen Lebens war, er hatte für uns aber auch einen Vorteil: Wir mußten den Aufbau unseres Gemeinwesens von unten auf beginnen. Diese Tatsache, so traurig auch ihre Begleitumstände sind, begrüßen wir, denn wir glauben, daß so unser neues Gemeinwesen eine größere Festigkeit erhält."[4)]

1) vgl. HANS PAUL BARTH: Die Gemeinde in der Industriegesellschaft. Köln 1962.

2) u.a. OSKAR MULERT: Die Gemeinde als Unterbau des Staates. In: Der Städtetag 1948, S. 6 - 10.

3) OTTO ZIEBILL: Die staatspolitische Bedeutung der kommunalen Selbstverwaltung. In: Der Städtetag 1951, S. 245 - 249. Auch derselbe: Bürgerschaftliche Verwaltung. Stuttgart 1954.

4) ARNULF KLETT: Bürger-Gemeinde-Staat. Aus dem Wirken einer Stadtverwaltung in den Jahren nach dem Zusammenbruch. Stuttgart 1948, S. 105.

2.3.2. Das erste Verständigungsgespräch: Mont Pèlerin

Die Organisation des Verständigungsgespräches, das man bei dem Berner Gespräch ins Auge gefaßt hatte, brachte manche Schwierigkeiten auch materieller Art mit sich. EUGEN WYLER setzte sich tatkräftig für die Durchführung dieses Planes ein. Er gewann einerseits den Berner Schrifstellerverein, der zu dieser Zeit von HANS ZBINDEN geleitet wurde, das Patronat zu übernehmen, andererseits konnte er finanzielle Gönner finden, die die Durchführung des Planes überhaupt erst ermöglichten.

Die Auswahl des einzuladenden Kreises wurde von WYLER in Zusammenarbeit mit Pariser Stellen und dem Frankfurter Oberbürgermeister KOLB getätigt; auch FERNAND FIZAINE bot seine Dienste an. Die Beschränkung auf Vertreter Deutschlands und Frankreichs ging auf die Erkenntnis zurück, daß der Aufbau Europas und auch überhaupt die allgemeine Völkerverständigung eines Kristallisationskernes bedarf, "daß eine Einigung Europas nicht abstrakt möglich ist, sondern jede Einigung in der Geschichte aus einem Kristallisationskern herauskommen muß; dieses Zentrum ist selbstverständlich da zu suchen, wo die zwei wichtigsten und stärksten Mächte des europäischen Kontinents liegen, das sind Frankreich und Deutschland".[1)]

Die ursprüngliche Idee, die Bürgermeister der jeweils bedeutendsten Städte der beiden Länder zu versammeln, konnte nur auf deutscher Seite durchgeführt werden. So erklärten sich die Bürgermeister von Berlin (Luise Schroeder), Braunschweig (Ernst Böhme), Frankfurt (Walter Kolb), Köln (Ernst Schwering), Ludwigshafen (Valentin Bauer), Mainz (Emil Kraus), Mönchen-Gladbach (Wilhelm Elfes), München

1) HANS ZBINDEN am 12.5.1958 in Freudenstadt; vgl. 10 Jahre IBU. S. 22

(Karl Scharnagl) und Stuttgart (Arnulf Klett) bereit. Es blieb lange offen, ob die Franzosen überhaupt gewillt waren zu kommen. Die Veranstalter der Konferenz waren bis zur letzten Minute im Zweifel, ob die Veranstaltung überhaupt zustande kommen würde. Schließlich stand die Teilnahme einer französischen Delegation fest. Sie setzte sich zusammen aus Funktionären des französischen Bürgermeisterverbands, Association des maires de France (Generalsekretär Le Gallo, Bürgermeister von Boulogne-Billancourt und Kommiteemitglied Coudry, Bürgermeister von Saint-Florentin), der Verwaltung (M. Marchal, Finanzministerium; G. Henri Ulver, Stadtverwaltung von Paris) und der Nationalversammlung (M. Beugniez, Bürgermeister von Noyelles-Godault); dazu kam Bürgermeister Gazeau aus Senlis.

Die "Round-table-Konferenz französischer und deutscher Bürgermeister" begann am 9.6.1948 auf dem Mont Pèlerin ob Vevey in der Schweiz und dauerte bis 14.6.1948. In seiner Eröffnungsansprache wies EUGEN WYLER darauf hin, wie sehr in den Völkern auf die erste Geste einer Verständigungsbereitschaft gewartet würde: "Der Nachbar wartet auf ein gutes Wort, auf eine dargebotene Hand. Und glaubt es mir, ich habe es aus französischen und deutschen Mündern vernommen, ich las es aus ihren Augen, ich sah es in den Gebärden, daß jenseits der Grenzen überall im einfachen Volk viel guter Wille bereit ist, daß verschüttete Herzen warten, viel Sehnsucht, die sich erfüllen möchte."[1] Zum Vorsitzenden der Konferenz wurde HANS ZBINDEN gewählt. In seiner Ansprache ging er auf die Bedeutung dieser Konferenz ein: "Diese Begegnung zwischen Vertretern französischer und deutscher Städte ist ein Versuch und ein Wagnis - weil sich hier zum ersten

[1] Chronik der IBU. S. 3

Mal seit dem zweiten Weltkriege auf neutralem Boden verantwortliche Magistraten der beiden ehemals feindlichen Länder wieder gegenübertreten zu einem offenen Gespräch, zu einer Fühlungnahme im Dienste von Erfahrungen und Wünschen. Ein Novum - weil sich hier nicht Parlamentarier, Politiker und auch nicht Vertreter der Literatur und Wissenschaft treffen, sondern Repräsentanten von Städten und Gemeinden, also jener Kernzellen, die nach unserer demokratischen und speziell schweizerischen Auffassung die eigentlichen Grundlagen des Freiheitsstaates bilden."[1)]

Die Konferenz verlief zunächst gar nicht so harmonisch. Sie war zunächst gekennzeichnet von Verhaltenheit der Beziehungen, von mehr oder weniger verdeckten Vorhaltungen und Vorwürfen der beteiligten Franzosen. Erst allmählich konnte sich, begünstigt durch zunächst einzelne, zufällige Kontakte (Bürgermeister Kolb und Bürgermeister Beugniez stellten plötzlich fest, daß sie sich aus der Besatzungszeit kannten) eine wärmere Atmosphäre entwickeln. Auch die Franzosen fanden menschliche Worte, "die jedes Eis hätten brechen müssen".[2)]

Am zweiten Tag wandte man sich den kommunalpolitischen Problemen zu, die Übereinstimmungen und Unterschiede der Aufgabenbereiche klar werden ließen. Am dritten Tag konnte man feststellen, daß sich eine Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens und Verstehens eingestellt hatte. Man beschloß, die Arbeit fortzusetzen und mehr Bürgermeister anzusprechen. Zur Organisation der weiteren Arbeit wurde ein Informations- und Verbindungsbüro ins Leben gerufen, das "Beziehungen mit den Bürgermeistern aller auropäischen Länder aufnehmen möge". Die Leitung wurde von EUGEN WYLER übernommen.

1) abgedruckt in: HANS ZBINDEN. Im Strom der Zeit. Bern/München 1964. S. 150

2) Chronik der IBU. S. 10

Das Echo auf diese Zusammenkunft in der Öffentlichkeit war nicht begeistert, aber wohlwollend. Es konnte noch niemand damit rechnen, daß dieses erste Treffen in eine immer weiter um sich greifende Bewegung einmünden würde. So sendete der Norddeutsche Rundfunk am 16.6.1948 einen Vortrag von HEINRICH HERMES, in dem es hieß:"Wenn man das Resultat darum nach konkreten Resolutionen mißt, so ist das Päckli nicht so groß, das die Teilnehmer aus beiden Ländern mit nach Hause bringen. Die einzige Resolution, die gefaßt wurde, drückt den Wunsch aus, unter der Leitung des Schriftstellers Eugen Wyler in Bern ein ständiges Informations- und Verbindungsbüro zu schaffen, das dazu dienen soll, die auf dem Mont Pèlerin geknüpften Verbindungen lebendig zu erhalten. Und darauf dürfte es ankommen." Der Deutsche Presse-Dienst schrieb im dpd-Brief/ Inland am 24.6.1948: "Für denjenigen aber, der erlebt hat, wie die deutsche Delegation am ersten Tag der Konferenz um ihren Tisch saß, voller Unsicherheit, ob die Herren aus Frankreich überhaupt kommen würden, und es wahrscheinlich auch verständlich gefunden hätten, wenn sie nicht gekommen wären- für den steckt in diesem Anfang, der praktisch den Versuch bedeutet, Europa einmal nicht vom Dach her, sondern von unten herauf wieder zusammenzuführen, eine Möglichkeit, die keiner unterschätzen sollte." WALTER HENKELS schrieb als journalistischer Beobachter der Konferenz am 24.6.1948 in der Westdeutschen Rundschau: "Die erste Zusammenkunft auf dem Mont Pèlerin heißt uns hoffen. Bürgermeister machten den Anfang."

Zur Unterstützung der Verständigungsarbeit war eine "Schweizer Stiftung für zwischenstaatliche Verständigung" gegründet worden. In einem Brief an "alle Friedensfreunde des In- und Auslandes", in dem EUGEN WYLER um Unterstützung der beginnenden Arbeit warb, legte er noch einmal den Zweck dieser Arbeit dar: "In erster Linie will sie der Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich als dem Kernproblem europäischer Festigung dienen und in diese Arbeit nach Möglichkeit andere Nachbarvölker einbeziehen; im weiteren will sie beitragen,

zwischen den Städten befreundeter Länder engere geistige Bande zu knüpfen und den Gedanken der Gemeinde als Grundzelle und Lebensträger des gesunden Staatslebens fördern; darüber hinaus endlich möchte sie Vereinigungen, Institute, Firmen und Einzelpersönlichkeiten aus allen Arbeitsgebieten verbinden zur Vertiefung kultureller Beziehungen und aller jener Bestrebungen, die der Pflege menschlicher Würde in Politik, Staat und Wirtschaft förderlich sind."

2.3.3. Formulierung konkreter Aufgaben: Bürgenstock

Entsprechend dem Auftrag, den die Konferenz auf dem Mont Pèlerin dem Verbindungsbüro gegeben hatte, lud EUGEN WYLER ein Jahr später, vom 10. bis 15.6.1949, wiederum französische und deutsche Bürgermeister zu einer Konferenz in die Schweiz ein. Tagungsstätte war diesmal der Bürgenstock am Vierwaldstättersee.

Der Kreis der Interessenten hatte sich erweitert. Bei der deutschen Delegation waren neue Städte vertreten (Aachen, Bochum, Dortmund, Düsseldorf, Freiburg, Nürnberg, Saarbrücken), ebenso bei der französischen Delegation (Mulhouse, Bois-Colombes, La Flèche, Montbéliard). Die Ausdehnung auf andere Staaten konnte nicht erreicht werden, lediglich der Bürgermeister von Innsbruck, Melzer, kam zum Bürgenstock. Die Verhandlungen waren gekennzeichnet von sachlichen Gesprächen, die äußere Form war nicht mehr so frei wie bei der ersten Konferenz, es wurden Referate angeboten, die anschließend diskutiert wurden. So standen folgende Themen auf der Tagesordnung: "Le rôle des communes dans la formation de l'esprit civique" (Bürgermeister Le Gallo, Boulogne-Billancourt), "Staatsbürgerliche und demokratische Erziehung der städtischen Jugend" (Walter Kolb), "Education civique et democratique de la jeunesse des Villes" (Bürgermeister Gazeau, Senlis) und "Zusammenarbeit und Ideenaustausch über die Arbeiten und Erfahrungen auf dem Gebiet der Kulturpolitik, Sozialpolitik und Hygiene (Arnulf Klett).

Die Resolution, die verabschiedet wurde, stellte im Gegensatz zur Resolution auf dem Mont Pèlerin inhaltliche Forderungen auf, es wurden erste Ideen für ein Programm zur Verwirklichung internationaler Verständigung entwickelt. Folgende Aufgaben wurden vorgesehen:

- Gründung eines Deutsch-Französischen Bürgermeister-Komitees ("Verständigungskomitee")
- wechselseitige Mitteilungen über die Arbeit der nationalen Städteverbände
- wechselseitige Mitteilungen über wichtige Gesetze und Verordnungen, die die Gemeindeverwaltung betreffen
- wechselseitige Berichte über die Arbeitsweise der Gemeinden und überörtlichen Zweckverbände
- Gründung einer gemischten Kommission zur Ausarbeitung vergleichender Untersuchungen über die Gemeindeverwaltung in Deutschland und Frankreich
- Organisation von deutsch-französischen Sonderkongressen zum Studium einzelner Probleme der Gemeinde
- Austausch von sorgfältig ausgewählten Studenten, Professoren, Schriftstellern und anderen Vertretern des geistigen Lebens
- Austausch von sorgfältig ausgewählten Vertretern der Presse und des Rundfunks
- wechselseitige Förderung des Jugendwanderns

Nach diesen Aufgaben war vorgesehen, den kommunalen Erfahrungsaustausch zu institutionalisieren und auszubauen.

Mit dieser Resolution war der Schritt getan von einer nur theoretischen, auf die geistige Auseinandersetzung zwischen den beteiligten Personen beschränkten Konferenz zu einer Organisation, die gezielt die durch die Gemeinde ansprechbaren Personenkreise in die Verständigungsarbeit hineinziehen will. Welche genauen organisatorischen Vorkehrungen dazu zu treffen waren, war noch nicht klar. Die Idee, ausgewählte Personen zusammenkommen zu lassen, war noch unausgegoren und zunächst ohne konkrete Verwirklichungsmöglichkeit.

2.4. Die neue Bedeutung von "Internationale Verständigung"

An dieser Stelle läßt sich eine erste Zusammenfassung der neuen Ideen geben, um die die Diskussion um internationale Verständigung bis 1949 durch die Bürgermeisterkonferenz auf dem Mont Pèlerin und dem Bürgenstock erweitert wurden: Der Versuch, auf Nationalismus überhaupt zu verzichten (wie dies FOERSTER gefordert hatte) oder durch Appell an die Vernunft ein europäisches Nationalgefühl zu etablieren (wie dies COUDENHOVE-KALERGI wollte) schien nicht realisierbar. Der Patriotismus wurde als unverzichtbare Kraft erkannt, der allerdings alleine noch keine Bedeutung für die Verständigung hat. Die Verständigung mit anderen Nationen ist dagegen ein Vorgang, der eng verknüpft ist mit der Konstitution des Staates selbst. Ähnlich wie ein freier Staat nur lebt aus der gelebten Demokratie von unten her, kann internationale Verständigung auch nur über die Kraft der freien Gemeinde erreicht werden.

Der Bürgermeister, der "Meister der Bürgerstätte, der erste Arbeiter des Alltags", der "Stund um Stund am praktischen Werktisch der Bürgergemeinschaft"[1] steht, spielt dabei die vermittelnde Rolle. Bei ihm sind in idealer Form die Voraussetzungen vorhanden, "in freundschaftlicher Gesinnung sich die Hand zu reichen und einen beschwerlichen, aber guten Weg des Aufstiegs gemeinsam zu gehen". Auf dieser Vorarbeit in den Städten und Gemeinden könnten dann die Staatsmänner und Regierungen das offizielle Verständigungswerk aufbauen.

Damit wurde aber der Begriff der internationalen Verständigung, wie er vor Ende des zweiten Weltkrieges verstanden wurde, einer Wandlung unterworfen. Zwar existiert immer noch jene "offizielle", politische Verständigung zwischen zwei Nationen. Ihr zur Seite wird jedoch, zunächst nur aufgefaßt als vorbereitende Schaffung eines

[1] EUGEN WYLER: Aufruf und Mahnung. Frankfurt 1953. S.9

Fundamentes, die Verständigung zwischen Funktionsträgern innerhalb des Staates gestellt.

Diese Sicht der Dinge konnte allerdings keine überdauernde Idee darstellen. Zwar lag die übermächtige Arbeit des staatlichen Aufbaus zunächst in den Händen der Bürgermeister, und das auch in weitaus höherem Maße in Deutschland als in Frankreich. Mit zunehmender Verfestigung der politischen Staatsorganisation wurden jedoch mehr und mehr Aufgaben wieder von zentraleren Stellen wahrgenommen. Der Ermessensspielraum der Gemeinden wurde kleiner; ja, das Hauptaugenmerk wurde weniger und weniger darauf gelegt, wie die Gemeinde mit all den Aufgaben, die sie hat, fertig werden könne, als vielmehr darauf, wie sie die Aufgaben bei sich behalten könne, wie das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinde zu wahrenund zu verteidigen sei.

Die Bewegung, die durch die Verständigungskonferenzen 1948 und 1949 eingeleitet wurde, kam jedoch nicht zum Halten. Sie setzte sich vielmehr in eine Richtung fort, die zunächst noch nicht in ihrer vollen Bedeutung erkannt wurde: Die persönliche Verständigung der einzelnen Individuen, die zunächst nur auf Bürgermeister beschränkt blieb, wurde nach und nach als das erkannt, was die eigentliche Grundlage einer bleibenden Verständigung zwischen zwei Staaten ist.

3. Organisierte Formen kommunaler Verständigungsarbeit

3.1. Internationale Bürgermeisterunion

Der auf dem Bürgenstock gegründete Verständigungsausschuß trat vom 28. bis 30. Januar zum ersten Mal auf französischem Boden zusammen: Die Stadtverwaltung von Paris hatte den Ausschuß zu einer Sitzung ins Pariser Rathaus eingeladen. Auf dem Programm stand, wie auch auf der nächsten Sitzung am 24. und 25. März 1950, die Vorbereitung der 3. französisch-deutschen Bürgermeisterkonferenz in Stuttgart.

Diese Konferenz stellte in mehrerer Hinsicht einen entscheidenden Schritt dar. Zum ersten Mal tagte sie auf deutschem Boden. War bereits mit der Sitzung des Verständigungsausschusses in Paris ein Zeichen gesetzt worden, so wurde es jetzt für die gesamte Öffentlichkeit deutlich, daß die Bemühungen um eine deutsch-französische Verständigung Boden gewonnen hatten und nun in größerem Umfang fortgesetzt werden konnten.

Wichtiger als der nur symbolisch bedeutsame Ort war das Ergebnis dieses Kongresses: Die Delegierten, inzwischen bereits 20 französische und 28 deutsche sowie der Bürgermeister von Saarbrücken, beschlossen die Gründung der "Internationalen Union von Bürgermeistern zur deutsch-französischen Verständigung", deren Bezeichnung im Februar 1951 abgeändert wurde in: "Internationale Bürgermeister-Union für deutsch-französische Verständigung und europäische Zusammenarbeit" ("Union internationale de maires pour la comprehension franco-allemande et le rapprochement des peuples d'Europe"). Alle Bürgermeister aus Deutschland, Frankreich und anderen Ländern wurden eingeladen, der Union als persönliche Mitglieder oder im Namen ihrer Städte beizutreten.

Die Aktionen, die gefördert werden sollten, blieben die gleichen wie in der Resolution auf dem Bürgenstock. Die Bedeutung von Austauschveranstaltungen wurde jedoch unterstrichen: Die Besuche jugendlicher Menschen sollen bevorzugt gefördert und veranstaltet werden, in den Austausch sollen nun Lehrlinge und Arbeiter einbezogen werden.

Nach dem Kongreß in Stuttgart konsolidiert sich die Arbeit der IBU. Aus der anfangs mehr improvisierten Schaffung von Gelegenheiten zu persönlichen Kontakten zwischen den Bürgermeistern war Verbandsarbeit geworden. Jährlich tagten mehrere Ausschüsse, Mittelpunkt der Arbeit nach außen hin blieben die Bürgermeisterkongresse, die zunächst jährlich, später nur noch alle zwei Jahre stattfanden.

Die erste Sitzung des Verständigungsausschusses nach Stuttgart fand am 25. und 26.7.1950 in Solothurn statt. Hier wurden konkrete Arbeitsergebnisse besprochen. Dabei wurde festgestellt, daß die Aufnahme der praktischen Verständigungsarbeit durch Jugendaustausch immer noch auf unüberwindliche Schwierigkeiten von seiten Frankreichs stieß.

Da machte ARNULF KLETT den Vorschlag, durch die Schaffung von "Korrespondenzstädten" eine Ausgangsbasis für Begegnungen zwischen Franzosen und Deutschen zu schaffen. Durch brieflichen Kontakt könnten erste Beziehungen geknüpft, könnten Probleme und Schwierigkeiten mitgeteilt werden. Diese Idee wurde weiterverfolgt, ein eigener Ausschuß, der sich um Möglichkeiten zur Durchführung mühte, wurde konstituiert. Die Diskussionen über die Etablierung von Korrespondenzstädten zogen sich noch lange hin. Eine neue Idee, daraus entwickelt, verdrängte die Idee von den Korrespondenzstädten jedoch mit der Zeit: Die der "Städtepartnerschaften".

Sie wurde zunächst auf dem 4. Bürgermeisterkongreß in Locarno nur informell erörtert. Durch eine feierliche Zeremonie zum Gedächtnis für Aristide Briand und Gustav Stresemann erhielt dieser Kongreß eine besondere Note. Das Wort vom "Locarno von unten", das die Arbeit in der IBU darstelle, wurde geprägt.

Erst im Jahre 1952 wurde auf dem 5. Bürgermeisterkongreß in Innsbruck der Erörterung von Partnerschaften (noch immer "Korrespondenzstädte" genannt) breiterer Raum gewidmet: EMIL KRAUS, der Oberbürgermeister von Frankenthal/Pfalz führte aus: "Wenn wir im Ziel und in den Motiven klar sind, dann kann uns nichts beirren im Einsatz für die kommunale Zusammenarbeit zwischen den Bruder- und Schwesterstädten. Im Gegenteil! Je mehr wir unten die Basis für die kommunale Zusammenarbeit in der täglichen Kleinarbeit zu schaffen versuchen, um so mehr wird dieser Geist der Bürgerlichkeit von unten nach oben auch in die große Politik hineinstrahlen. Darum stehe ich nicht an zu behaupten: Gerade wenn der politische Horizont umwölkt ist, wenn Rückschläge in der Politik auftreten, wenn es scheint, daß Nationalismus und Erbfeindschaft wieder triumphieren wollen, dann müssen wir, so schwer es auch sein mag, umso intensiver in unserer persönlichen Kleinarbeit vorankommen, weil letzten Endes nur durch dieses stetige und dauerhafte Zusammenarbeiten von Mensch zu Mensch und von Gemeinde zu Gemeinde ein solides Fundament gelegt wird, auf dem alle politischen Gegensätze eines Tages schließlich friedlich überwunden werden können."[1] Mit den Richtlinien für die praktische Arbeit der Bürgermeister-Union, die im gleichen Jahr aufgestellt wurden, wurde der auf dem Bürgenstock ausgearbeitete Katalog von Aufgaben erheblich erweitert. Als wichtigster Punkt wurde neu aufgenommen die "Schaffung von Städtepaaren strukturell ähnlicher Städte ("Korrespondenz-

[1] In: Deutschland-Frankreich (DF) 2 (1958) S. 7

städte")".[1]

Die ersten Partnerschaften, die dann tatsächlich durch die direkte Mitwirkung der IBU zustandekamen, fußten auf der persönlichen Bekanntschaft der Bürgermeister, die sich auf dem 6. Bürgermeisterkongreß in La Baule, dem ersten auf französischem Boden, persönlich kennengelernt hatten (vgl. u.).

Wie weiter unten noch darzustellen sein wird, breiteten sich die Städtepartnerschaften von da an immer weiter aus, ja sie rückten in den Mittelpunkt der Arbeit der IBU. Ein Blick in die Zeitschrift "Deutschland-Frankreich. Beiträge zur Europäischen Einigung.", die seit 1958 erscheint, zeigt, daß Berichte über Partnerschaftsfeiern und Austauschveranstaltungen einen immer breiteren Raum einnehmen.

Diese Entwicklung ist begleitet von einer Änderung der Sicht der Partnerschaft, auf die am Ende des vorigen Kapitels bereits hingewiesen wurde. Stand am Anfang der Diskussionen noch die Gemeinde im Vordergrund und ihre elementare Stellung im Staatsaufbau, so wird jetzt mehr und mehr der einzelne Bürger betont, in dessen Gesinnung der europäische Gedanke verankert werden soll. Aufgrund ihrer eigentümlichen Stellung hat die Gemeinde die Chance, die Entstehung einer solchen Gesinnung zu fördern.

Die IBU selbst sieht sich jetzt als eine Institution, die sich um die Aufrechterhaltung des derzeitigen Standes und um die Beeinflussung künftiger Generationen müht.[2]

Im übrigen beginnt die Arbeit der IBU immer mehr, der anderer Zweckverbände zu ähneln. Die Zielsetzung wurde endgültig auf das Verhältnis Deutschland-Frankreich beschränkt, nachdem sich andere Kommunalorganisationen um die Integration im europäischen Raum gekümmert hatten. Die Bürgermei-

[1] In: DF 14 (1963) S. 4

[2] vgl. dazu die Rede des Präsidenten der IBU, Stadtpräsident SIGMUND WIDMER, Zürich, auf dem XII. Internationalen Bürgermeisterkongreß in Menton über die "Möglichkeiten und Grenzen" heute, DF 21 (1968) S. 8

sterkongresse nahmen immer mehr den Charakter des Repräsentativen an, es war hier keine echte Arbeit mehr zu leisten, vielmehr die geleistete Arbeit darzustellen. Einen gewissen Abschluß der Gründungsphase stellte der Kongreß in Freudenstadt im Jahre 1958 dar, bei dem das zehnjährige Bestehen in aller Form gefeiert wurde, einschließlich der fälligen Ehrungen verdienter Mitglieder.

Die Zeit zum 20-jährigen Jubiläum in Menton zeigte noch deutlicher die Entwicklung fester Traditionen. Das eigene Aufgabengebiet war neu zu umschreiben, denn das, was ursprünglich Ziel war, war in vieler Hinsicht erreicht worden. An die Stelle der Überbrückung von Mißtrauen und Haß mußte die Bemühung um Erweiterung der Kenntnisse, um Erhaltung des guten Verhältnisses treten.

Dies mag der Grund sein, weswegen sich die IBU heute - neben Erweiterung und Intensivierung der deutsch-französischen Städtepartnerschaften - vor allem um die Ausbildung von Jugendleitern für deutsch-französische Jugendbegegnungen müht. Daneben sollen jährlich durchzuführende Studienreisen für Bürgermeister in Deutschland und Frankreich die Kenntnisse um das französische Kommunalsystem erweitern; dies ist eine Aufgabe, die angesichts der fortschreitenden europäischen Integration, auch auf dem Gebiet des Verwaltungsrechts, nicht zu unterschätzen ist.[1)]

3.2. Rat der Gemeinden Europas

Die IBU blieb nicht die einzige internationale, von den Gemeinden getragene Organisation. Ausgehend von einer anderen Motivation, nämlich dem Kampf für die Erhaltung und Ausweitung der Gemeindeautonomie in Europa, kamen auf die Initiative von ADOLF GASSER und dem Bürgermeister von Lyon, HERRIOT, am 1. Oktober 1950, also über zwei Jahre nach dem

1) vgl. das neue Arbeitsprogramm der IBU, abgedruckt in DF 21 (1968) S. 23

Mont Pèlerin und einige Monate nach Gründung der IBU in Stuttgart, sieben Personen zur Gründung eines Initiativausschusses zur Gründung einer Bewegung zur Förderung und Festigung der Gemeindeautonomie zusammen. Der Tagungsort lag ebenfalls in der Schweiz, in Seelisberg am Vierwaldstättersee.

Unter dem Vorsitz von ADOLF GASSER beschlossen sie, einen Kongreß nach Genf einzuberufen und schrieben in einer Erklärung: "Angesichts der drohenden Gefahr des Totalitarismus, der immer weiter um sich greift, selbst in den demokratischen Ländern, wo die internationale Spannung, die zu so viel anderen Faktoren noch hinzukommt, unaufhaltsam zur Erweiterung der Macht und der Druckmittel des Staates beiträgt, sind die Kommunen, soweit sie in der Lage sind, ihre Selbständigkeit zu bewahren, das höchste Bollwerk wahrer Demokratie und der freien Ausübung der Grundrechte und Grundfreiheiten des einzelnen. Durch seine Mitwirkung bei der Errichtung, Förderung und Festigung dieser Selbständigkeit leistet der Rat der Gemeinden Europas auf diese Weise einen wertvollen moralischen Beitrag zu dem derzeitigen historischen Kampf zur Verteidigung der höchsten Güter im Zusammenhang mit der Wahrung dieser Rechte und Freiheiten."[1] Der so ins Leben gerufene "Rat der Gemeinden Europas" hatte somit nur indirekt eine Funktion im Hinblick auf die internationale Verständigung. Allerdings heißt es am Ende der gleichen Erklärung: "Dadurch (durch die Mitarbeit in internationalen Organisationen) und ... durch seine Mitwirkung beim Abbau wirtschaftlicher Schwierigkeiten, die die einzelnen Nationen nur zu Gegnern machen, stellt der RGE im Leben Europas und der Welt einen mächtigen Friedensfaktor dar."[2]

[1] vgl. Der europäische Gemeindetag (EGT) 10 (1967) Heft 2, S. 96

[2] ebd.

Von Anfang an arbeitete der RGE eng mit dem Europarat zusammen; dies wurde dadurch begünstigt, daß der damalige Vorsitzende der Beratenden Versammlung des Europarates, der Belgier FERNAND DEHOUSSE, ein eifriger Vertreter des Kommunalgedankens war, und es die Gründer des RGE verstanden hatten, mit ihm Kontakt aufzunehmen.

Die Konferenz, zu der der RGE eingeladen hatte, kam am 28.1.1951 in Genf zustande. 68 Bürgermeister und andere Kommunalpolitiker aus acht europäischen Ländern und dem Saarland kamen zusammen und verabschiedeten das künftige Programm. Sie beschlossen folgende Ziele:

" - die kommunale Selbstverwaltung durchzusetzen und zu verteidigen
- den europäischen Geist in den Gemeinden, Gemeindeverbänden und Städten zu entwickeln, um so eine auf der Selbstverwaltung der Gemeinden, Gemeindeverbände und Städte aufgebaute Föderation der Staaten Europas Wirklichkeit werden zu lassen
- die Vertretung und Mitwirkung der Gemeinden, Gemeindeverbände und Städte in den europäischen und internationalen Organisationen sicherzustellen
- in die künftigen europäischen Institutionen eine repräsentative Versammlung der Gemeinden, Gemeindeverbände und Städte einzugliedern."[1)]

Ziel des RGE ist damit "der europäische Bundesstaat, dessen föderalistische Gliederung durch eine starke kommunale Selbstverwaltung mit freien, finanziell weitgehend unabhängigen Gemeinden gekennzeichnet sein soll".[2)]

Mittelpunkt der Arbeit des RGE blieben die sog. "Europäischen Gemeindetage", Großveranstaltungen, auf denen sich regelmäßig Tausende von Delegierten aus Gemeinden der europäischen Staaten treffen. Beim Bericht der Arbeitsgemein-

1) EGT aaO S. 98

2) TILMAN PÜNDER: Kommunale Auslandsarbeit. Sonderdruck aus: Der deutsche Städtetag 1968, Heft 6, S.2

schaft "15 Jahre gemeindliche Arbeit für Europa. Grundstein der Zukunft." an den 8. Europäischen Gemeindetag in Berlin im Jahre 1967 wurde das folgendermaßen begründet: "Der RGE trat auf als Bewegung, die es verstand, den Menschen das Gefühl ihrer Zugehörigkeit zu Europa zu geben, die es bei zahlreichen Gelegenheiten verstand, die Massen für den Dienst an Europa aufzurufen."[1] Die "Durchführung kommunaler, die Volksschichten erfassender Kundgebungen", wurde als ausdrückliches Ziel propagiert.[2]

Der RGE deutet damit zwar ebenfalls an, daß sich in die Bemühungen um eine echte Verständigungsarbeit einreihen will. Die Entwicklung der IBU, deren Bürgermeisterkongresse stets mehr nach innen wirkten als nach außen und die die Begegnung zunächst der Bürgermeister, dann der ganzen Bevölkerung als einen wesentlichen Bestandteil der Völkerverständigung ansah, wurde hier aber nicht nachvollzogen.

So wurde etwa auch die Begegnung von Bürgern selbst stets als zweitrangig hinter der Begegnung der Gemeindefunktionäre gesehen. Typisch dafür ist folgende These: "Im übrigen sind die Bevölkerungen umso europäischer eingestellt, als ihre Gewählten sich ganz dem Dienst an Europa verschrieben haben."[3] Daß dies in dieser Allgemeinheit sicher nicht richtig ist, bedarf keiner langen Erörterung.

Auch der RGE griff die Idee der Städtepartnerschaften auf. Auf dem Europäischen Gemeindetag Oktober 1964 in Venedig wurde den Gemeinden die Aufnahme von Städtepartnerschaften empfohlen. Aber auch dabei wurde zumeist das Repräsentative in den Vordergrund gestellt, etwa durch die Verleihung sog. "Europafahnen" an Städte, die sich besonders verdient gemacht haben.

1) EGT aaO S. 105
2) ebd.
3) EGT aaO S. 106

Im Gegensatz zur IBU ist der RGE nicht auf das Verhältnis Deutschland-Frankreich beschränkt; auch im Hinblick auf die Städtepartnerschaften zieht er den Abschluß sog. "Ringpartnerschaften", bei denen Gemeinden aus mehreren Staaten beteiligt sind, vor. Dies war Ausgangspunkt für ein Übereinkommen mit der IBU im Jahre 1958 ("Freudenstädter Vereinbarung"), in dem das Schwergewicht der deutsch-französischen Städtepartnerschaften bei der IBU, das der gesamteuropäischen beim RGE liegt.[1)]

3.3. Internationaler Gemeindeverband und Weltbund der Partnerstädte

Zwei weitere Organisationen, die sich um zwischenstaatliche Kontakte auf der Ebene von Gemeinden mühen, sollen nicht ausführlich erörtert werden. Es handelt sich um den Internationalen Gemeindeverband (IGV; International Union of Local Authorities: IULA) und um den Weltbund der Partnerstädte (Fédération Mondiale des villes jumelées: FMVJ).

Der IGV besteht bereits seit 1913 und ist im wesentlichen ein Fachverband, der sich um die wissenschaftliche Durchdringung von kommunalen Problemen und deren Dokumentation müht. Gewicht wird seit neuem auf die Unterstützung von Entwicklungsländern beim Aufbau von Kommunalverwaltungen gelegt. In diesem Rahmen unterstützt der IGV auch Partnerschaften zwischen europäischen und außereuropäischen Gemeinden. Ein Bezug zur internationalen Verständigung kann jedoch nur mittelbar erkannt werden.[2)]

Der Weltbund der Partnerstädte fördert direkt Partnerschaften zwischen Städten aller Nationen, mit der deklarierten Absicht "to develop understanding, mutual respect and friend-

1) vgl. DF 1 (1958 S.6

2) vgl. zur Geschichte und zur Arbeit des IGV H.J.D.REVERS: IULA 1913-1963. The Story of Fifty Years of International Municipal Co-operation. Den Haag 1963.

ship between the peoples ... thus opening the way towards complete understanding among the peoples of all nations".[1] Er konnte jedoch in der Bundesrepublik nicht Fuß fassen, da er - im Rahmen seiner allgemeinen Zielsetzung - auch Partnerschaften mit DDR-Städten herstellte und so von den westeuropäischen Gemeindeorganisationen geächtet wurde.[2]

3.4. Kommunale Aktivitäten in Europarat und EWG

Auch im Europarat regten einige Mitglieder bereits 1952 an, eine Sonderkommission für kommunale und regionale Angelegenheiten zu gründen, die Mittel und Wege zu einer Repräsentation der Gemeinden in den europäischen Institutionen finden sollte. Sie begründeten ihren Antrag ebenfalls damit, daß eine Einigung Europas nur dann Bestand haben könne, wenn sie von "unten nach oben erfolge". Ziel war, die Gemeinden direkt an der europäischen Willensbildung zu beteiligen.

Nachdem eine Umfrage unter den Gemeindeverbänden einhellige Zustimmung zu diesem Plan erbracht hatte, unternahm es die Beratende Versammlung des Europarates unter Vorsitz von CHABAN-DELMAS am 14.10.1955, in einer Resolution den Minister-

1) Partnerschaftsformel der FMVJ; abgedruckt in: Annuaire officiel des Villes jumelées 1964, S 116; siehe auch ROLF-RICHARD GRAUHAN: Die Verschwisterungen deutscher und französischer Gemeinden. S. 59 ff. In: Politische Dimensionen der europäischen Gemeinschaftsbildung (hg. von CARL JOACHIM FRIEDRICH). Köln/Opladen 1968. S.35-104; ferner PÜNDER aaO S.3)

2) Empfehlung Nr. 296 der Beratenden Versammlung des Europarates, angenommen am 26.9.1961; von der 4. Europäischen Kommunalkonferenz angenommen am 24.3.1962: "L'assemblée ayant pris conaissance des activités de la FMVJ ...; considérant le caractère particulier de ces activités, contraires aux objectives mêmes du Conseil de l'Europe qui sont fondamentelement opposés aux idéaux et aux régimes totalitaires; demande aux milieux intéressés et notamment aux pouvoirs locaux de prendre conscience du danger de ces activités; recommande au Comité des Ministres d'inviter les gouvernements des pays membres à s'abstenir de toute assistance directe en faveur de ces organismes."(DF 13 (1962) S.10). Vgl. dazu auch unten.

rat von der Notwendigkeit der Beteiligung kommunaler Kräfte zu überzeugen.[1] Gleichzeitig wurde mit dieser Resolution eine "Europäische Kommunalkonferenz" ins Leben gerufen, an der alle nationalen kommunalen Organisationen vertreten sein sollten.

Diese Konferenz trat am 12.1.1957 zum ersten Mal zusammen. 166 Repräsentanten europäischer Gemeinden nahmen zum ersten Mal die Gelegenheit wahr, ein Wort in der politischen Auseinandersetzung der Staaten mitzureden. Jeder Staat erhielt so viele Stimmen wie in der BV. Dabei nehmen die internationalen Gemeindeverbände einen Platz ein, der mit dem der Parteien in den Parlamenten verglichen wurde.[2] Zur Bedeutung führt FERNAND DEHOUSSE aus: "De notre commune fidélité à cette conception, votre présence à Strasbourg sera le signe tangible. Elle attestera que l'Europe que nous voulons bâtir sera une Europe respectueuse des structures intermédiaires entre l'Etat et le Citoyen, une Europe protectrice des libertés personelles dont ces collectivités ont été le berceau et sont souvent encore un asile."[3]

Zunächst richtete sich die Aktivität der Gemeindekonferenz auf die Ausarbeitung einer Charta. Sie wurde in der 3. Sitzung am 27.1.60 angenommen. Obwohl die BV den Text unverändert dem Ministerrat vorlegte (28.9.60), nahm sie dieser nur mit gewichtigen Abänderungen an. Im Entwurf wurde in der Präambel ein eindeutiges Bekenntnis zur europäischen Union abgelegt. Darin wurde die Rolle der Gemeinden fest umrissen. Der Ministerrat bestätigte in der endgültigen Präambel dagegen lediglich, daß die Gemeinden, "einen wesentlichen Beitrag zur Realisation der Ziele des

1) Resolution Nr. 76 (1955) der Beratenden Versammlung des Europarates
2) Documents de la Commission des Pouvoirs Locaux 13,39 S.5
3) FERNAND DEHOUSSE: L'Europe et le Monde. Paris 1960. S.159

Europarates" leisten können, wie sie in Art.1 definiert sind.

Auch aus den Änderungen des Textes spricht deutlich die Furcht des Ministerrats, sich eindeutig auf die europäische Union festzulegen. - Ganz im Gegensatz dazu die Forderungen der Gemeinde selbst:

von der Konferenz vorgeschlagen	Ministerrat
Art. 1 a Elle (la Conf.) tend à réalisier la participation des Pouv. L. à la construction de l'unité europ. et assure la défense des libertés et prérogatives locales qui sont l'un des fondements d'une Eur. libre.	La Conf. tend à assurer la participation des Pouv. à la réalisation des buts du CE tels qu'ils sont définis à l'Art. 1er de son Statut.

Die Zielsetzung der Europäischen Kommunalkonferenz liegt in der Propagierung der europäischen Idee, der Beschäftigung mit ökonomischen und sozialen Fragen, die das Leben der Kommunen direkt betreffen, sowie in Fragen der Gemeindeautonomie.[1)]

Die Förderung internationaler Verständigung wird im Zusammenhang mit der Propagierung der europäischen Idee gesehen. So versuchte man auch in der Europäischen Kommunalkonferenz, auf die Schaffung von Gemeindepartnerschaften hinzuwirken. Man sah in den Städtepartnerschaften eine gute Möglichkeit, die Idee der europäischen Einigung in der Bevölkerung zu verankern.

Im übrigen ist die europäische Kommunalkonferenz aber ganz auf die Wahrung der existierenden und der vermeintlichen Rechte der Gemeinden gegenüber dem Staat gerichtet. Dies wird besonders deutlich in einem Zukunftsausblick über die

[1)] vgl. ULRICH MENTZ: Les Pouvoirs Locaux et la Fédération européenne. Mémoire. Strasbourg 1962. S. 60 ff

Stellung der Gemeinde, vorgetragen in einem "Document d'information établi par le Secrétariat" über "Les activités du Conseil de l'Europe dans le domaine des affaires communales et régionales" vom 30.1.1969:[1] "Cette évolution (der Beschäftigung des Europarates mit kommunalen Problemen) reflète, à n'en pas douter, une prise de conscience de plus en plus vive chez les gouvernements et chez tous les responsables des affaires publiques de la fonction et de la place qui reviennent aux petites et moyennes collectivités territoriales dans une société de plus en plus complexe, où l'homme a de grandes difficultés pour protéger son milieu de vie, l'organiser selon ses aspirations."

Ziel ist: "Nulle mesure ne saurait être prise par un pouvoir central quelconque qui engage l'avenir d'une ou de plusieurs collectivités locales sans que les représentants de ces collectivités n'aient été préalablement consultés." [2]

Auch innerhalb der EWG versuchten die Gemeinden, Fuß zu fassen. Schon am 14.1.1957 gründete die Europäische Kommunalkonferenz ein Kommitee, das sich mit den Problemen der Montanunion auseinandersetzte (comité à six). Seine Aufgaben sollten sein die Erforschung der Probleme, die auf lokaler Ebene durch die Montanunion entstanden sind sowie die Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen Gemeinden und Montanunion. Die Aufgaben wurden nach Gründung der EWG auf die EWG hin erweitert. Die Kommunalkonferenz löste allerdings 1962 dieses comité auf, da der Ministerrat keine Mittel mehr zur Verfügung stellte.

Der Deutsche Städtetag und der Deutsche Landkreistag errichteten in Brüssel ein "Kommunales Informationsbüro bei der EWG". Dieses Büro ist jedoch ohne wirksamen Einfluß geblieben.

[1] S. 21

[2] HENRI CRAVATTE: La conférence européenne des pouvoirs locaux. In: L'aunnaire européenne X (1962) S. 43 - 68. S.44

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Arbeit dieser Gremien im Hinblick auf die internationale Verständigung kaum Bedeutung haben. Ihre Aufgaben erschöpfen sich (trotz der gegenteiligen Beteuerungen der Europäischen Kommunalkonferenz) auf die Vertretung kommunaler Interessen bei Europarat und EWG.

3.5. Tendenzen kommunaler Arbeit im internationalen Bereich

Waren die Jahre vor 1950 geprägt von der Entdeckung der Möglichkeiten, die die Gemeinde im Bereich der internationalen Verständigung hat, so stellen sich in den Jahren danach deutlich unterscheidbare Richtungen kommunaler Aktivitäten heraus. Dabei lassen sich zwei Hauptströmungen unterscheiden: zum einen die Tendenz, die Stellung der Gemeinde innerhalb der nationalen und innerhalb der europäischen Staatsorganisation zu festigen und auszubauen; zum anderen die Tendenz, die Möglichkeiten, die die Gemeinde als bürgernächste Staatsebene hat, für die internationale Verständigung um ihrer selbst willen fruchtbar zu machen.

Die erste Tendenz, von der die kommunalen Organisationsformen beim Europarat und bei der EWG, aber auch zum großen Teil der Rat der Gemeinden Europas eingenommen wird, ist für die internationale Verständigung nur insoweit von Belang, als der gemeinsame Kampf um ein gemeinsames Ziel an sich schon einen gewissen Integrationseffekt erzielt.

Die zweite Tendenz hat dagegen die Gemeinden zum Träger von Veranstaltungen werden lassen, ohne die die internationale Verständigung in Europa nach dem zweiten Weltkrieg sehr viel langsamer verlaufen wäre. Sowohl IBU als auch RGE haben sich dabei Verdienste erworben; weniger belastet durch den Kampf um die politische Stellung der Gemeinden, konnte sich die IBU aber mehr als der RGE um eine Beeinflussung der Bürger im Sinne der Vermehrung

einer europäischen und damit verständnisbereiten Gesinnung mühen. Die geistigen Auseinandersetzungen in der IBU zeigen daher deutlicher den Umschwung, den der Begriff der internationalen Verständigung nach dem zweiten Weltkrieg genommen hat: die Hinwendung der Bemühungen zum einzelnen Bürger.

Daß die Gemeinde dabei einen wesentlichen Beitrag leisten kann, das kann besser als bei den oben dargelegten theoretischen Erörterungen ersehen werden bei der nun folgenden Analyse der Arbeit der Städtepartnerschaften, die den zentralen Beitrag der Gemeinde zur internationalen Verständigung nach dem zweiten Weltkrieg darstellen.

4. Die deutsch-französischen Städtepartnerschaften als Beispiel für den Niederschlag der Verständigungsidee in der Praxis

4.1. Material

Ihren wichtigsten Niederschlag haben die Gedanken zu einer Einbeziehung der Gemeinde in die Bemühungen um internationale Verständigung in der Begründung sogenannter "Städtepartnerschaften" gefunden. An ihrer Entwicklung und ihren Zielen soll nun im folgenden nachgeprüft werden, ob die vorher herausgearbeiteten Entwicklungslinien hier fruchtbar geworden sind.

Wie bereits im Vorwort angedeutet, liegt den folgenden Ausführungen eine Umfrage unter allen deutschen Gemeinden zu Grunde, die mit einer französischen Gemeinde eine Partnerschaft unterhalten. Auf die Einbeziehung der französischen Gemeinde wurde bewußt verzichtet, da es in dieser Arbeit nur auf die Feststellung bestimmter Tatsachen ankommt, nicht darauf, ob diese Tendenzen tatsächlich auch in Frankreich ebenfalls zu verzeichnen sind. Die Einbeziehung dieser Frage hätte Nachforschungen bedurft, die in diesem Rahmen nicht durchführbar waren.

Von den 406 Gemeinden, die befragt wurden, haben 208 Gemeinden, deren Namen im Anhang aufgeführt sind, die Fragebögen beantwortet zurückgeschickt. Der Text des Fragebogens ist ebenfalls im Anhang abgedruckt.

Neben den Ergebnissen dieser Umfrage konnten die Ergebnisse einer ähnlichen Untersuchung beigezogen werden, die ROLF-RICHARD GRAUHAN 1964 durchgeführt und veröffentlicht hat.[1)]

[1)] Die Verschwisterung deutscher und französischer Gemeinden. In: Politische Dimensionen der europäischen Gemeinschaftsbildung. Köln/Opladen 1968. S. 35 - 104.

GRAUHAN ging bei seiner Untersuchung von einer Liste des RGE aus, die am 29.2.1964 insgesamt 158 Partnerschaften umfaßte. GRAUHAN richtete seine Fragen sowohl an die deutsche als auch an die französische Gemeinde. Er erhielt Antworten von insgesamt 94 deutschen Gemeinden, bei denen in 43 Fällen auch der französische Partner antwortete. Elfmal antwortete nur der französische Partner.[1)]

4.2. Die deutsch-französischen Städtepartnerschaften

4.2.1. Begriff

Eine Städtepartnerschaft ist eine verfestigte Form internationaler Beziehungen zwischen Gemeinden. Sie ist dadurch gekennzeichnet, daß zwei oder mehr Gemeinden in einem kontinuierlichen Kontakt zueinander stehen. Diese Kontakte beschränken sich nicht, wie in den Anfangsjahren der IBU beabsichtigt, auf einen schriftlichen Gedankenaustausch ("Korrespondenzstädte"), sondern Mittelpunkt der Partnerschaften sind die Begegnungen der Bürger untereinander.

Über die Bezeichnung solcher kontinuierlichen Kontakte herrscht in Deutschland Uneinigkeit, die mit den unterschiedlichen Zielsetzungen der diese Kontakte propagierenden Organisationen zusammenhängt. Der Begriff "Städtepartnerschaften" entstammt dem Wortschatz der IBU. Der RGE zieht dagegen den bildhafteren Ausdruck "Verschwisterung" vor, der von vornherein mit der Assoziation an mehrere Teilnehmer verbunden ist.[2)] Im Französischen wird einheitlich das Wort "Jumelage" verwandt, das mitunter unübersetzt ins Deutsche übernommen wird. Im folgenden sei der etwas weniger euphemistische Ausdruck "Partnerschaft" verwandt, wobei der Sinn dieses Wortes nicht auf die Verbindung von zwei Städten eingeschränkt werden soll.

1) vgl. GRAUHAN aaO S. 35

2) vgl. dazu auch GRAUHAN aaO S. 59 f.

4.2.2. Zustandekommen und Arbeitsweise

Die Entstehung von Partnerschaften hat einen ganz typischen Verlauf. Am Anfang steht, entweder auf deutscher oder französischer Seite, der Entschluß eine Partnerschaft einzugehen. Dieser Entschluß kann unterschiedlich motiviert sein. Die Untersuchung der Entstehungsgeschichten der Partnerschaften (s.u.) zeigt, daß dieser Entschluß häufig erst gefällt wird, wenn bereits bestimmte Kontakte mit der Partnergemeinde hergestellt sind - meist privater Art. In diesem Fall fällt die zweite Entstehungsphase weg - die Suche nach einem geeigneten Partner. Auf diese Phase wird, vor allem von der RGE, sehr viel Wert gelegt, obwohl der Strukturgleichheit der Gemeinden kaum Bedeutung zukommt, wie ebenfalls unten zu zeigen sein wird. Nachdem ein Partner gefunden ist, ergeben sich nun zwei Möglichkeiten: Entweder es wird zunächst versucht, zwischen den Bürgern der beiden Städte Kontakte herzustellen, oder zu Beginn wird eine sog. "Partnerschaftsfeier" auf offizieller Ebene veranstaltet. Diese Partnerschaftsfeiern werden auch von den Gemeinden durchgeführt, die zunächst private Kontakte herstellen wollen; sie stellen dann eine feierliche Bekräftigung der bisherigen Tätigkeiten dar.

Höhepunkt der Partnerschaftsfeiern ist regelmäßig die Unterzeichnung einer Partnerschaftserklärung, oft "Eid" ("serment de jumelage") bezeichnet. Diese Erklärungen enthalten neben der Verpflichtung, "die ständige Verbindung zwischen den beiden Städten zu pflegen" (Erklärung von Frankenthal bei der Partnerschaft mit Colombes) auch Aussagen über das Ziel der Partnerschaft. Auch hier gibt es charakteristische Unterschiede zwischen IBU und RGE, die für das Verhältnis, das diese Organisationen zum Gedanken der internationalen Verständigung haben, nicht ganz uncharakteristisch sind. Die Formel des RGE für diese Erklärung, die von den meisten unter Vermittlung des RGE zustande gekommenen Partnerschaften verwendet wird, enthält einen deutlichen Hinweis auf

die europäische Zwecksetzung: " ... nous prenons l'engagement solennel de maintenir des liens permanents entre les municipalités de nos deux villes, de favoriser en tous demaines les échanges entre leurs habitants pour développer par une meilleure compréhension mutuelle le sentiment vivant de la fraternité européenne, de conjuguer nos efforts afin d'aider dans la pleine mesure de nos moyens au succès de cette nécessaire entreprise de paix et de prospérité: L'union européenne" (Aus dem Eid von Konstanz). Die Erklärungen der Partnerschaften, die über die IBU zustandekamen, zeichnen sich dagegen durch einen klaren Hinweis auf die Aufgabe der deutsch-französischen Verständigung aus: "Unsere Ziele sind: unbelastet durch die Vorurteile einer leidvollen Vergangenheit, das gegenseitige Verständnis und die gegenseitige Achtung zwischen dem deutschen und dem französischen Volk zu fördern, ..." (Partnerschaftsurkunde von Amberg und Périgueux).

Völlig unabhängig von diesen politischen Zielsetzungen ist die Formel der "Fédération mondiale des villes jumelées". Diese Organisation propagierte die Begründung von Städtepartnerschaften lediglich um der Völkerverständigung schlechthin willen. Demzufolge ist auch die Anbahnung von Partnerschaften europäischer und nichteuropäischer Städte, auch die Partnerschaft von Städten verschiedener Gesellschaftssysteme, in den Zielsetzungen der FMVJ enthalten. Die FMVJ wurde,da sie konsequenterweise auch Partnerschaften mit Städten der DDR vermitteln wollte, von den beiden anderen Organisationen geächtet und konnte in Deutschland nicht Fuß fassen. Für das folgende sei aus diesem Grund nur zum Vergleich auf die Partnerschaftsformel der FMVJ hingewiesen: "We ... proclaim solemny ... our desire to respect the principles of the United Towns' Charter, in order to develop understanding, mutual respect and friendship between the peoples of ... and of ... thus opening the way

towards complete understanding among the peoples of all nations."[1)]

Die eigentliche Arbeit der Partnerschaften, für die der Austausch solcher Verpflichtungserklärungen nur den feierlichen Anfang bzw. die feierliche Bekräftigung darstellte, besteht in der Organisation von Begegnungen der Bürger der beiden Städte. Dabei sind zwei Arten von Begegnungsveranstaltungen zu unterscheiden[2)]: Begegnungen zwischen den Gemeinderepräsentanten und Begegnungen zwischen der Bevölkerung der Partnerstädte, die eigentlichen "Austausche". Während die offiziellen Begegnungen mehr Anregungs- und Manifestationscharakter haben, liegt in den Austauschen die eigentliche Bedeutung von Städtepartnerschaften für die internationale Verständigung.

Mit Partnersuche, Partnerschaftsfeier und -erklärung, Austauschveranstaltungen sind die einzelnen Phasen der Entwicklung einer Städtepartnerschaft abgeschritten. Im Hinblick auf die Zielsetzung dieser Arbeit ist eine Untersuchung der ersten beiden Phasen nicht so wichtig. Sie soll im folgenden daher nur insoweit durchgeführt werden, als die Kontaktstellen zwischen der Propagierung einer neuen Verständigungsidee, wie sie in den vorherigen Abschnitten dargelegt wurde, und der Realisierung in Städtepartnerschaften sichtbar werden.

Zunächst sei jedoch noch kurz auf die quantitative Ausdehnung von Städtepartnerschaften eingegangen.

4.2.3. Quantitative Ausdehnung

Eine nach Gründungsdatum geordnete Zusammenstellung von Städtepartnerschaften wurde öfter und von verschiedenen

1) Annuaire officiel des Villes jumelées 1964 (hg. von der FMVJ). S. 116

2) vgl. dazu auch GRAUHANS aaO S. 61 ff.

Stellen und Organisationen veröffentlicht.[1] Diese Aufstellungen weichen geringfügig voneinander ab. Dies liegt sicher einerseits am unterschiedlichen Informationsstand, auch an unterschiedlichen Festsetzungen der einzelnen Organisationen. Eine der Hauptschwierigkeiten liegt jedoch auch darin, zu welchem Datum der Beginn der Partnerschaft festgesetzt wird. Zwar eignet sich das Datum der offiziellen Partnerschaftsfeiern ganz gut; die diesen Ausführungen zu Grunde gelegte Untersuchung ergab jedoch, daß bei einem Viertel aller Partnerschaften (52 von 208) bereits vor der Partnerschaftsfeier Austauschprogramme stattgefunden haben.[2] Dies entspricht auch der propagierten Politik der beiden Organisationen IBU und RGE.[3]

[1] Die IBU führt eine Liste, die in regelmäßigen Abständen veröffentlicht wird, allerdings nur die deutsch-französischen Partnerstädte wiedergibt (die letzte Liste erschien im Februar 1971; der vorliegenden Arbeit liegt die Liste von März 1969 zu Grunde).
Der RGE führt ebenfalls eine solche Liste, die auch die Partnerschaften mit Gemeinden anderer Nationen umfaßt. Dies ist auch bei der Liste der FMVJ der Fall (veröffentlicht in den Annuaires Officiels des Villes Jumelées).
Es lag ebenfalls eine "Jahrestabelle der Partnerschaften" vor, die 1967 vom deutsch-französischen Dienst der Europress GmbH veröffentlicht wurde.
Unter dem Titel "Das Netz der Städtepartnerschaften" sind die bestehenden Partnerschaften auch abgedruckt in: Der Städtetag, zuletzt 1968, S. 125 ff.

[2] REHN (Internationale Städtebeziehungen. In: Kommunalwirtschaft 1968, S. 392 - 395) versucht sogar eine Klassifizierung der Kontakte zwischen zwei Städten, die vier Kategorien umfaßt: 1. die Kontakte von Grenzstädten, die meist bestehen, um konkrete kommunale Fragen, die beide Partner tangieren, zu lösen. 2. Kontakte im weiteren Grenzbereich. 3. Städtefreundschaften, eine Form "die über den Bereich des verwaltungsmäßig-zweckmäßigen in die Sphäre mitmenschlicher Begegnung vorstößt (S. 393); REHN versteht das unter Städtefreundschaften, was bei den internationalen Organisationen "Städtekontakte" genannt wird, also das Stadium der Beziehungen, in dem der Entschluß zu einer dauerhaften Partnerschaft noch nicht gefallen ist. 4. die eigentlichen Städtepartnerschaften.

(Fortsetzung s. nächste Seite)

Die Frage nach den Beziehungen vor der offiziellen Partnerschaftsfeier brachte folgendes Ergebnis:

keine Beziehungen vor dem offiziellen Abschluß	58
nur vorbereitende Beziehungen	69
schon vorher Austauschprogramme	52
Beziehungen vor dem offiziellen Abschluß unspezifiziert bejaht	24

Die vorbereitenden Beziehungen bestanden meist in vorbereitenden Besuchen der Bürgermeister oder einer anderen Gemeindedelegation in der in Aussicht genommenen Stadt.

Typisch ist die Antwort von Gerlingen auf die Frage: "Vor den offiziellen Partnerschaftsfeiern in Gerlingen und Vesoul bestanden praktisch keine Beziehungen, abgesehen von vorbereitenden Besuchen der Bürgermeister in der jeweiligen Partnerstadt. Insbesondere Bürgermeister Renet von Vesoul bestand darauf, ohne längere "Verlobungszeit" sofort die "Ehe" einzugehen. Dadurch wurden die großangelegten Partnerschaftsfeiern im Mai und Juni 1964, zunächst in Gerlingen, dann in Vesoul, die ersten Veranstaltungen der Partnerschaft."

Auf Grund dieser Schwierigkeiten wird in der folgenden Untersuchung diejenige Jahreszahl als Gründungsdatum zu Grunde gelegt, die die Gemeinden selbst als den Beginn der Partnerschaft bezeichnen. Damit kann allerdings keine

(Fortsetzung der Fußnote von Seite 61)
Dieser Klassifizierung wurde nicht gefolgt. Zum einen sind die Kontakte unter 1 und 2 zumeist inzwischen in offizielle Städtepartnerschaften verwandelt worden (vgl. Weil am Rhein/Huningue oder Völklingen/Forbach); zum anderen ist die Grenze zwischen Städtefreundschaften und Städtepartnerschaften nicht so eindeutig zu ziehen, wie oben dargelegt.

3) für den RGE vgl. die "Anmerkung zum Auskunftsbogen für eine europäische Ringverschwisterung" des RGE, abgedruckt bei GRAUHAN aaO. S. 100

umfassende Aussage über den Umfang der Städtepartnerschaften in den einzelnen Jahren gemacht werden. Um dennoch einen Überblick zu gewinnen, hier eine Aufstellung der Zahl der offiziellen Städtepartnerschaften nach den Unterlagen der IBU:[1)]

Tabelle 1

1950	1	1960	28
1951	0	1961	18
1952	1	1962	18
1953	3	1963	37
1954	3	1964	45
1955	5	1965	31
1956	8	1966	68
1957	6	1967	52
1958	17	1968	38
1959	18	1969	9

In der Entwicklung sind deutlich drei Phasen zu unterscheiden: Am Anfang ein sehr schlepppender Verlauf, Partnerschaften kamen nur sehr vereinzelt zustande. Mitte der fünfziger bis Anfang der sechziger Jahre belebt sich die Aufstellung und seit Abschluß des Deutsch-Französischen Vertrages gehen die Zahlen sprunghaft in die Höhe.

In den folgenden Untersuchungen soll von diesen drei Phasen ausgegangen werden. Als Grenzdatum soll dabei jeweils ein markantes Ereignis dienen. Die erste Phase umfaßt im folgenden die Jahre bis einschließlich 1955, dem Jahr des Inkrafttretens des Deutschlandvertrages. Seit diesem Datum besitzt die Bundesrepublik die volle Souveränität; die Beziehungen mit dem Ausland haben von da an einen anderen Stellenwert. Als zweites Grenzdatum wird das Jahr 1963 mit dem Abschluß des Deutsch-französischen Vertrages angenommen. Um wirklich nur die Partnerschaften zu erfassen, die nach Abschluß des Vertrages zustande kamen, soll die dritte Phase

1) vgl. dazu DF 22 (1969) S. 27

mit den Partnerschaften beginnen, die im Jahre 1964 abgeschlossen wurden.

4.2.4. Beteiligung einzelner Institutionen am Zustandekommen

Im folgenden soll nun festgestellt werden, welchen Anteil die einzelnen Organisationen am Zustandekommen der Partnerschaften haben. Damit wäre es möglich, einen Hinweis darauf zu erhalten, inwieweit die - mehr theoretisch fundierte - Arbeit der Austauschorganisationen, die im vorigen Kapitel behandelt wurden, für die Städtepartnerschaften fruchtbar wurde.

Dabei kann nur eine Aussage gemacht werden für die Gemeinden, die die Fragebögen beantwortet haben. Das Ergebnis läßt damit lediglich einen Schluß auf die Anteile der einzelnen Vereinigungen zu.

Die Frage zielte zunächst darauf ab, herauszufinden, ob beim Abschluß der Partnerschaft IBU oder RGE in irgendeiner Weise beteiligt waren. War dies nicht der Fall, so war zu untersuchen, welche anderen Vereinigungen noch mitwirkten.

Vgl. nun zum folgenden Tabelle 2.

Zunächst fällt der hohe Anteil derjenigen Partnerschaften auf, die durch rein private Kontakte ohne Einschaltung einer Organisation oder Vereinigung irgendeiner Art zustande kamen. Dies war bei 66 von 202 Partnerschaften, bei denen Angaben vorliegen, der Fall. Es handelt sich meist um zufällige Kontakte zwischen Privatpersonen, hier wieder meist der Bürgermeister der beiden Städte. Es muß allerdings angenommen werden, wie auch in all den anderen Fällen, an denen die Austauschorganisationen nicht direkt beteiligt waren, daß die Idee, eine Partnerschaft zu schließen, indirekt von diesen Organisationen übernommen wurde. Eine schlüssige diesbezügliche Motiv-

Tabelle 2

	IBU	RGE	FMVJ	DFG	EU	
vor 1956	3	2		1		
vor 1964	22	8	2	1	3	
1964 und später	14	9		3	1	
sa.	39	19	2	5	4	
						Reg.partnerschaften
						dt. Gemeinde
						frz.
						Landkreise und Bezirke
						Privatpersonen
						Privatorganis.u.Vereine
						Schulen und VHS
						sa.

	17
	17
	11
	4
	66
	14
	4
	202

	12
	15
	5
	3
	35
	10
	2
	109

	5
	2
	6
	1
	29
	3
	1
	83

2	
1	
1	
10	

analyse konnte im Rahmen dieser Arbeit allerdings nicht unternommen werden.

Der Anteil der Partnerschaften, bei denen eine der beiden Organisationen direkt beteiligt war, ist relativ klein. Er geht zudem stetig zurück. Unter den Gemeinden, deren Antworten vorliegen, wurde der IBU in der ersten Phase 30 %, in der zweiten 26 % und in der dritten 13 % der Fälle eine Beteiligung bestätigt. Beim RGE liegen diese Zahlen noch niedriger: 20 %, 9,5 %, 8 %. Daraus ist wohl der Schluß zu ziehen, daß die von diesen Organisationen vertretenen Ideen mehr und mehr Allgemeingut wurden. Dies wird sehr deutlich, wenn man dieser Entwicklung die entsprechenden Zahlen für den Anteil von Privatpersonen und alleinigen Initiativen der Gemeinderäte gegenüberstellt: dieser Anteil stieg von 20 % und 37 % und schließlich sogar 46 % in der dritten Phase. Daraus ergibt sich auch, daß nicht einmal mehr für die Auswahl der französischen Partnergemeinde so sehr auf die Hilfe dieser Organisationen zurückgegriffen werden braucht. Da das Bemühen der Organisationen häufig dahin ging, strukturähnliche Gemeinden zu finden, läßt sich damit eine gewisse Übereinstimmung damit feststellen, daß der Strukturähnlichkeit beim Zustandekommen von Partnerschaften kaum Bedeutung zuzumessen ist.

Gegenüber dem Anteil der beiden Organisationen IBU und RGE sowie dem Anteil von Privatpersonen und Gemeinden selbst fallen die Anteile der übrigen Vereinigungen und Institutionen kaum mehr ins Gewicht. Von den Organisationen, deren Ziel direkt die Verbesserung der internationalen Verständigung ist, kommen nur der Deutsch-Französischen Gesellschaft (5 Partnerschaften) und der Europaunion (4 Partnerschaften) eine gewisse Bedeutung zu. In diesem Zusammenhang sind auch die Regionalpartnerschaften zu nennen, deren Zielsetzung die Begründung von Städtepartnerschaften mit umfaßt. Von ihnen wurden von den Gemeinden,

von denen Antworten eingingen, als Initiator genannt: Freundschaftskreis Rheinland-Pfalz - Burgund: 10 Partnerschaften, Internationales Austauschzentrum Nordrheinwestfalen - Nordfrankreich: 5 Partnerschaften, Comité Niedersachsen - Normandie: 1 Partnerschaft, Europäische Vereinigung für Eifel und Ardennen: 1 Partnerschaft.

Der Fédération mondiale des villes jumelées kommt auf Grund der bereits oben erwähnten negativen Propaganda nur eine geringe Bedeutung zu. Ihre Vermittlung wurde nur in zwei Fällen genannt.

Besonders zu erwähnen sind die Fälle, in denen die Initiative zum Abschluß einer Partnerschaft von einer französischen Gemeinde kam. Während dies vor 1956 nie der Fall war, wurde der französische Partner vor 1964 sechsmal, seither fünfmal von sich aus aktiv. Dies zeigt, daß die Bedeutung von Städtepartnerschaften spätestens seit der Konsolidierungsphase auch in Frankreich erkannt wurde.

Den Beteiligungen der anderen Organisationen kommt nur ein mehr oder weniger zufälliger Anteil zu. Es handelt sich dabei meist um Veranstaltungen, bei denen sich Deutsche und Franzosen trafen, sich kennenlernten und auf Grund ihrer privaten Kontakte dann die Idee einer Partnerschaft an die jeweilige Gemeinde herantrugen. Als Beispiel kann die Antwort von Schorndorf dienen, die auch einen Hinweis auf öfters erwähnte Vorgänge oder Beziehungen aus dem vergangenen Krieg enthält:
"Im 2. Weltkrieg wurden in Tulle an etwa 100 Geiseln Todesurteile vollstreckt ... Die Jugendgruppe des Schwäbischen Albvereins Schorndorf weilte 1965 im Rahmen eines Europäischen Folkloretreffens in Tulle und wurde in Kenntnis der Vorgänge des 2. Weltkriegs vom Bürgermeister der Stadt Tulle beauftragt, der Stadt Schorndorf eine Partnerschaft anzubieten."

Relativ häufig wurden Partnerschaften aus bereits vorher bestehenden Verbindungen von Schulen heraus entwickelt. Da solche Verbindungen meist nur Auswahlkriterium für die betreffende französische Stadt, nicht aber der eigentliche Anlaß für das Zustandekommen einer Partnerschaft waren, tauchen Schulen in der Tabelle 2 nur wenig auf.

Daß die in den vorherigen Abschnitten abgehandelte, theoretische Auseinandersetzung der Verbände IBU und RGE tatsächlich das Zustandekommen der Partnerschaften beeinflußt hat, wird allerdings durch die Darstellung des Zustandekommens der ersten Partnerschaften dargelegt: Das Verbindungsbüro (der späteren IBU) hatte bereits von der Gründung des Deutsch-französischen Instituts in Ludwigsburg am 2.7.1948 an, Kontakt mit diesem Institut aufgenommen. Die Mitarbeit des Instituts wurde vermittelnd und beratend herangezogen, etwa durch die Betreuung französischer und deutscher Bürgermeister, Präfekten und Abgeordneten, die im Rahmen der IBU zu Studienaufenthalten in Deutschland und Algerien weilten. Auch bei den Kongressen wirkten Mitarbeiter des Instituts mit. Auf diese Weise mit den Gedanken über die Bedeutung der Gemeinde für die Internationale Verständigung konfrontiert, regte das Institut bei der Stadt Ludwigsburg 1950 die Gründung der ersten Partnerschaft zwischen einer deutschen und einer französischen Stadt an. Auf Grund historischer Verbindungen wurde die Stadt Montbéliard ausgewählt.

Saarburg - Sarrebourg: Hierbei ist nicht nachweisbar, welchen Einfluß die Arbeit der Austauschorganisationen hatte. In den Sommerferien 1952 hatte die Pfadfindergruppe Sankt Georg aus Saarburg eine Reise nach Sarrebourg unternommen, bei der sie dem Maire ein Grußschreiben des Bürgermeisters ihrer Heimatstadt überreichte. Im darauffolgenden September kam es bereits zu

einer direkten Begegnung der Bürgermeister und von Ratsmitgliedern.

Heidenheim - Clichy-la-Garenne: Beim Internationalen Bürgermeisterkonkreß der IBU 1953 in La Baule lernen sich Bürgermeister Levillain und Oberbürgermeister Rau kennen. Die Partnerschaft, deren Beginn mit 1953 angesetzt wird, wurde erst im Jahre 1958, als schon viele Begegnungen stattgefunden hatten, besiegelt.[1)]

Die Partnerschaft zwischen Mainz und Dijon kam 14.9.1953 durch die private Initiative der Bürgermeister Felix Kir und Franz Stein zustande. Welchen Einfluß dabei die Ideen der Organisationen ausübten, konnte nicht festgestellt werden.

Die Partnerschaft Celle - Meudon kam ebenfalls zustande, nachdem sich Bürgermeister Leduc und Oberstadtdirektor Dr. Krohn beim internationalen Bürgermeisterkongreß in La Baule getroffen hatten.

Erst 1955 wurde die Empfehlung des RGE,[2)] Partnerschaften zu begründen, aufgenommen. Der Bürgermeister von Boulogne-Billancourt, Le Gallo, trat zu diesem Zweck an den Bezirksbürgermeister von Neukölln, Kurt Exner, ein persönliches Mitglied des RGE, zur Aufnahme von Partnerschaftsbeziehungen heran. Le Gallo hatte allerdings auch schon an der Round-Table-Konferenz auf dem Mont Pèlerin teilgenommen, die, wie oben dargelegt, zum Ausgangspunkt für die Gründung der IBU wurde.

Einen völlig anderen Ausgangspunkt nahm die Partnerschaft zwischen Herne und Hénin-Liétard. Bei einem großen Bergwerksunglück in Corrière im Jahre 1906 kam eine Rettungsmannschaft aus Herne zur Unterstützung angereist. Anläßlich einer Erinnerungsfeier 1955 wurde der Plan aufgenommen, eine Partnerschaft mit Corrière zu beginnen. Da diese Gemeinde für Herne zu klein war, kam eine Partner-

1) vgl. DF 14 (1963) 25

2) Sie wurde ausgesprochen auf dem 2. Europäischen Gemeindetag 1954 in Venedig, vgl. oben.

schaft mit der Nachbarstadt Hénin-Liétard zustande.

Die Partnerschaft Schwarzenbek - Aubenas war ebenfalls ein Echo auf die auf dem 2. Europäischen Gemeindetag des RGE ausgesprochenen Empfehlung, Partnerschaften abzuschließen. Das Generalsekretariat des RGE übernahm die Aufgabe, strukturähnliche Gemeinden zu finden. In diesem Fall handelte es sich um eine - nach der Empfehlung des RGE entsprechend der nicht auf das deutsch-französische Verhältnis beschränkten Zielsetzung - Ringpartnerschaft, an der auch die Städte Sierre (Schweiz) und Zelzate (Belgien) teilnahmen.

Diese Aufstellung soll genügen, um die Verflechtung zwischen theoretischer Forderung nach Partnerschaften und praktischer Durchführung zu demonstrieren. Auf Grund des vorliegenden Materials kann die These aufgestellt werden, daß zunächst die IBU, später auch die RGE einen entscheidenden Einfluß auf die Begründung der deutsch-französischen Städtepartnerschaften hatten.

4.3. Ziele und Funktionen

4.3.1. Entwicklung in Motivation und Zielsetzung

Die Beurteilung der Aktivitäten der Städte im Rahmen von Städtepartnerschaften muß ansetzen an der Frage, welche Ziele sich die Städte bei der Eingehung der Partnerschaften gesetzt haben.

Dabei kann man sich nicht begnügen mit der Feststellung, die Partnerschaften seien begründet worden, um der Verständigung zwischen Deutschen und Franzosen, oder weiter, um der internationalen Verständigung willen. Diese, sicherlich von den einzelnen Gemeinden als gemeinsames Oberziel anerkannte Zielsetzung kann mit unterschiedlichen Inhalten gefüllt werden.

In der vorliegenden Untersuchung wurde davon ausgegangen, daß die Wortprofile, die sich ergeben, wenn man die Begriffe zusammenstellt, die von den Gemeinden bei der Frage nach der Zielsetzung genannt wurden, einen Rückschluß auf das jeweilige Verständnis von "internationaler Verständigung" oder "Völkerverständigung"[1] zulassen. Daß von vielen Gemeinden mehrere Begriffe bei der Angabe der Zielsetzung nebeneinander verwendet wurden, schadet nicht, da es auf eine Zuordnung der einzelnen Gemeinden zu einem einzigen Ziel nicht ankam.

Ausgegangen wird von der Unterscheidung, ob die Ziele auf das Verhältnis Deutschland-Frankreich bezogen waren, oder ob sie jenseits des Verhältnisses zwischen zwei bestimmten Staaten in der Emanzipation der Einstellung des einzelnen Bürgers gegenüber den Angehörigen des anderen Volkes gesehen wurden.[2] Die erste Gruppe ist zu erweitern um die Zielsetzungen, die die

[1] "Internationale Verständigung" und "Völkerverständigung" sollen im folgenden synonym verwendet werden.

[2] GRAUHAN (vgl. aaO S. 46 ff.) glaubt in der Hauptsache zwei Motivationen zum Abschluß einer Partnerschaft finden zu können: im Wunsch, "etwas zur Bereinigung der vergangenen Konflikte zwischen den beiden (Deutschland und Frankreich) Völkern beizutragen" und im Wunsch, "überhaupt den Rahmen der eigenen Gemeinde zu sprengen". Während sich die eine Motivation mit der hier zugrunde gelegten ersten Zielgruppe deckt, konnte die zweite Motivation nicht nachgewiesen werden. Bei der Untersuchung wurde im Gegenteil deutlich, daß die Initiatoren der Partnerschaft in den Gemeinden internationale Kontakte gerade deswegen anknüpfen, weil sie glauben, auf Grund der gemeindespezifischen Arbeit einen Beitrag zur geistigen Emanzipation der Bürger leisten zu können. Der Rahmen der Gemeinde soll demnach nicht gesprengt werden, die Kontakte sollen sich vielmehr innerhalb dieses Rahmens bewegen. Diese eigentliche Zielsetzung taucht bei der Analyse GRAUHANs aber an keiner Stelle auf.
Die Einteilung GRAUHANs wurde auch von PÜNDER (aaO S. 3) übernommen, ohne daß sie dort eigens diskutiert würde.

Einigung Europa betrafen. Gemeinsam ist, daß in beiden Fällen die Zielsetzung der Partnerschaft verbunden wird mit der Bewältigung zwischenstaatlicher Probleme, im Gegensatz zur zweiten Gruppe, wo abgestellt wird auf die Bewältigung eines individuellen Problems.

Profil der in den Zielen angegebenen Begriffe aufgeschlüsselt nach dem Datum der Gründung der Partnerschaft

auf das Verhältnis Deutschland-Frankreich und die Europäische Einigung bezogen

	vor 1956	vor 1964	1964 u.später
Verständigung	2	22	8
Aussöhnung, Versöhnung		9	5
Abbau von Vorurteilen	2	10	4
Verbesserung der Beziehungen	1	3	2
Zusammenarbeit		3	3
Freundschaft	1	15	8
Untermauern des Vertrages		3	4
Europa, Europäische Einigung	3	25	29
	9	90	63

auf die Emanzipation des einzelnen bezogen

Kenntnis, Kennenlernen		6	6
Verstehen, Verständnis	1	3	2
persönliche Kontakte, Beziehungen der Bürger untereinander	3	10	26
Freundschaft	1	4	7
Jugendaustausch		19	12
sonstiger Austausch		12	11
	5	54	64

Völkerverständigung	6	29	30
Nutzen der Gemeinde		12	6
Frieden, Friedenssicherung, Zukunftssicherung	3	12	6

Nicht in einen dieser Bereiche eingeordnet wurde der Begriff "Völkerverständigung" selbst, da über ihn aus dem Profil erst Erkenntnis gewonnen werden sollte. Nicht berücksichtigt wurden ebenfalls die Zielsetzungen, die sich auf den Nutzen der Gemeinde beschränkten. Darunter fielen z. B. kommunalpolitischer Erfahrungsaustausch, Fremdenverkehr. Ein Ziel, das in keinem einzigen Fall erwähnt wurde, obwohl es sicherlich in der Realität ebenfalls eine gewisse Rolle spielt, ist die Befriedigung eines gewissen Repräsentationsbedürfnisses sowie der Wunsch, "sich gewissermaßen durch den Abschluß von Verschwisterungen einen Bereich 'auswärtiger Beziehungen' " anzueignen, "der ihr von Natur aus fehlt, und der umso mehr ihrem eigenen Prestige zuträglich ist, als die Partnerschaftsbeziehungen nicht die mit den auswärtigen Beziehungen unter den Staaten verbundenen Interessenkonflikte enthalten".[1)]

Geht man nach den Antworten, die von den einzelnen Gemeinden gegeben wurden, so spielen diese Zielsetzungen nur eine ganz untergeordnete Rolle. Kommunalpolitischer Erfahrungsaustausch wurde nur insgesamt neunmal, Ausweitung des Fremdenverkehrs nur zweimal genannt.

Ebenfalls nicht in die oben angedeutete Gruppierung der Ziele passen die Ziele "Frieden, Friedenssicherung, Sicherung der Zukunft". Ebenso wie "Völkerverständigung" selbst haben sie zunächst einen vagen Inhalt und können nur mit Hilfe konkreterer Zielsetzungen inhaltlich erschlossen werden. Ihnen kommt nur eine gewisse Bedeutung bezüglich der emotionalen Ausgangslage zu, in der die Städtepartnerschaften geschlossen wurden. Sehr charakteristisch ist, daß unter den Zielen von Städtepartnerschaften die Erhaltung des Friedens

[1)] GRAUHAN aaO S. 50

usw. von 30 % der Städte, die bereits vor 1956 Partnerschaften schlossen, genannt wurde, aber nur noch von 16 % der Städte, die die Partnerschaft zwischen 1956 und 1964, gar nur noch von 6 % der Städte, die die Partnerschaft 1964 und später schlossen.

Die Begriffsprofile sollen nun unter Berücksichtigung des Gründungsdatums der Partnerschaften einander gegenübergestellt werden. Dabei wird von der Einteilung in drei Phasen ausgegangen, die oben begründet wurde.

Bei dem Vergleich zeichnet sich eine deutliche Entwicklung im Verhältnis der den beiden Gruppen zuzuordnenden Begriffe zueinander ab. Während bei den Partnerschaften, die vor 1956 begründet wurden, deutlich der Bezug zu den Staaten Deutschland und Frankreich im Vordergrund stand, überwiegen die Zielvorstellungen, die auf die Emanzipation des einzelnen bezogen sind, bereits bei den Partnerschaften seit 1964. Das bedeutet, daß bei den Partnerschaften, die 1964 und später begründet wurden, bereits davon ausgegangen wurde, daß das Verhältnis Deutschland - Frankreich, also die Bewältigung vergangener Konflikte auf staatlicher Ebene, nicht mehr im Mittelpunkt zu stehen braucht. Vielmehr kommt es jetzt verstärkt darauf an, den einzelnen in Kontakt mit Bürgern der anderen Stadt zu bringen. Dieser Gedanke wird auch daran deutlich, daß die kräftigste Zunahme beim Begriffsfeld "persönliche Kontakte fördern, Beziehungen der Bürger untereinander herstellen, Beziehungen auf unterer Ebene anknüpfen" zu verzeichnen ist.

Nur in Verbindung damit ist die Aufnahme von "Jugendaustausch" und "Austausch" allgemein in die Zielvorstellungen der Gemeindepartnerschaften zu verstehen. Während der Jugendaustausch in den Jahren vor 1956 nie

als Ziel angegeben wurde, nannten von da an fast ein Viertel der befragten Gemeinden den Jugendaustausch direkt als Ziel. Dies hängt sicherlich zusammen mit der Erkenntnis, daß in organisierten Austauschveranstaltungen die Bürger der beiden Städte am ehesten miteinander in Kontakt gebracht werden konnten.

Damit läßt sich feststellen, daß die Idee der Partnerschaft immer mehr darin gesehen wurde, die Verständnisbereitschaft des einzelnen Individuums zu fördern. Das Bestreben, den Bürger in Kontakt zu bringen mit Angehörigen des anderen Landes, tritt immer mehr in den Vordergrund. Der Bezug zu konkreten Konflikten zwischen zwei Staaten und deren Bewältigung wird immer mehr in den Hintergrund gedrängt vor der Emanzipation des einzelnen auf das Verständnis des Bürgers des anderen Landes hin.

Diese Entwicklung, die sich schon bei den ursprünglichen Zielsetzungen der Partnerschaften abzeichnet, wird bestätigt in den Antworten, die die Gemeinden auf die Frage gaben, worin sie heute die Hauptfunktion der Partnerschaft sähen.

Das Verhältnis zwischen den Antworten, die die Hauptfunktion auf die Verbesserung des Verhältnisses zwischen Staaten beziehen, und denen, die in der Emanzipation des Bürgers die Hauptfunktion sehen, ist noch einmal entscheidend zu Gunsten des Einzelindividuums verschoben.

Als neue Kategorien kommen hier "Vertiefung der Beziehungen, Vertiefung der Freundschaft, Vertiefung des Verständnisses" hinzu, diese konnten bei der Gründung der Partnerschaft naturgemäß noch nicht als Zielsetzung angegeben werden.

Aber auch die Antworten, die die Funktion der Partnerschaft am Staat ansetzen, sind nun mehr auf den Bezug zum einzelnen hin orientiert. So steht bei der Beurteilung der Frage, welchen Anteil die Partnerschaften am Vollzug des Deutsch-Französischen Vertrages haben, eindeutig die Fundierung des Vertrages in der Bevölkerung im Vordergrund. Formulierungen wie "Volksnähe, Arbeit von unten her, individuelles Fundament für den Vertrag" finden sich häufig.

Die Hauptfunktion von Städtepartnerschaften nach der heutigen Sicht der Gemeinde

auf das Verhältnis Deutschland-Frankreich sowie Europa bezogen

Erleichtern des Vertrages	10
Fundament für den Vertrag	35
Aussöhnung mit Frankreich	2
Abbau von Vorurteilen gegenüber Frankreich	17
Europa	25
	89

auf den einzelnen bezogen

Kennenlernen	24
gegenseitiges Verständnis	19
persönliche Kontakte	44
Austausch	15
Vertiefung der Beziehungen	34
	136

Unabhängigkeit des Verhältnisses von der Politik	9
Friedenssicherung	7
Völkerverständigung allgemein	10

4.3.2. Schlüsse für den Begriff der Internationalen Verständigung

Die These, die oben zunächst wenig belegt aufgestellt wurde, bestätigt sich also jetzt in der Analyse der Zielsetzungen, die von den Gemeinden mit der Begründung der Städtepartnerschaften verbunden wurden. Die Profile der auf die Fragen nach "Ziel der Partnerschaft" und heutige "Funktion der Partnerschaft" gegebenen Antworten zeigen eine deutliche Bewegung von der Betrachtung der Staaten als Zielobjekt hin zur Betrachtung des einzelnen Individuums.

Daraus wird einerseits die bereits angesprochene Wandlung des Verständnisses von "Völkerverständigung" belegt, andererseits ergibt sich ein deutlicher Hinweis auf die Funktion, die der Beteiligung der Gemeinde an Bemühungen um internationale Verständigung zugemessen wird. Sie tritt auf als "Vermittler" einer Verständigung "von unten nach oben", die "unabhängig von den Schwankungen der Politik" bleibt.

Die Idee der Städtepartnerschaften ist damit keineswegs überholt. Da noch heute allerorten ein Defizit an Kenntnis und Verständnis des Franzosen besteht, ist ein Bedarf an praktischen Kontaktmöglichkeiten noch immer vorhanden. Auf die Frage, ob die Partnerschaften auch nach Abschluß des Deutsch-französischen Vertrages noch ihre Berechtigung haben, wurde von den Gemeinden einheitlich mit "Ja" geantwortet.

4.4. Die praktische Arbeit

4.4.1. Einfluß von Strukturähnlichkeiten der Partnerstädte

Der Erfolg von Städtepartnerschaften hängt von der Enge der Beziehungen ab, die zwischen den beiden Partner-

städten erreicht werden kann. Von vielen Autoren wird als eine der Grundbedingungen dafür eine Ähnlichkeit in der Struktur der beteiligten Gemeinden angenommen. Dies kann soweit gehen, daß für eine ideale Städtepartnerschaft sogar eine gewisse Übereinstimmung in der Religionszugehörigkeit der beteiligten Städte gefordert wird.[1)]

Bevor auf die einzelnen Veranstaltungen, die im Rahmen von Städtepartnerschaften durchgeführt wurden, eingegangen wird, soll zunächst nachgeprüft werden, ob der Strukturähnlichkeit tatsächlich eine solche Bedeutung zukommt.

Die Struktureigenschaften lassen sich in vier Kategorien einteilen:
- die Größe der Gemeinden
- die geographische Lage
- die ökonomische Struktur der Gemeinden
- sonstige Eigenschaften, die als Anknüpfungspunkte für Partnerschaften eine gewisse Rolle spielen; dazu gehören etwa historische Gegebenheiten, touristische Anziehungspunkte u.ä.

An den Städtepartnerschaften sind Gemeinden aller Größen beteiligt, die deutschen Millionenstädte Hamburg, München und Berlin ebenso wie Dörfer von weniger als 1000 Einwohnern (z. B. Dorn-Dürkheim oder Neipperg). Unter den Gemeinden, die die Fragebögen zurückgeschickt haben, ergab sich folgendes Bild:

unter 1000 Einwohnern:	3
unter 5000 Einwohnern:	31
unter 10000 Einwohnern:	34
unter 50000 Einwohnern:	93
unter 100000 Einwohnern:	12
unter 500000 Einwohnern:	28
unter 1 Mio Einwohnern:	4
über 1 Mio Einwohnern:	2

1) vgl. REHN aaO S. 394 f.

Bei den übrigen Gemeinden war die Einwohnerzahl nicht angegeben und nicht zu ermitteln. Berlin taucht unter den Millionenstädten nicht auf, da die Bezirke Neukölln, Reinickendorf und Steglitz selbständig Partnerschaften abgeschlossen haben.

Um den Einfluß von Strukturunterschieden beurteilen zu können, sollen die Städtepartnerschaften danach eingeteilt werden, in welchem Größenverhältnis die beteiligten Städte zueinander stehen.

Ausgegangen wird von einer Dreiteilung: 1. Partnerschaften, bei denen ein Partner nicht mehr als doppelt so groß ist wie der andere, 2. Partnerschaften, bei denen ein Partner nicht mehr als dreimal so groß ist und 3. Partnerschaften, bei denen der Partner mehr als dreimal so groß ist. In die eine Rubrik werden die Partnerschaften aufgenommen, in denen der französische Partner, in die andere, in denen der deutsche Partner größer ist. Aufgenommen sind nur die Gemeinden, in denen über die Größe des französischen Partners Angaben gemacht wurden.

Insgesamt 43 Partnerschaften bestanden zwischen Städten, die in etwa als gleich groß zu bezeichnen sind. Dies wurde dann angenommen, wenn die Einwohnerzahl der beiden Städte nicht um mehr als 10 % voneinander abwich. Bei den übrigen Partnerschaften ergab sich dann folgendes Bild:

	dt.Stadt größer	frz.Stadt größer
weniger als doppelt so groß	60	27
weniger als dreimal so groß	22	15
mehr als dreimal so groß	22	8

Der Anteil von Großstädten in der dritten Rubrik auf deutscher Seite ist wegen der geringen Anzahl französischer Großstädte ziemlich hoch: An den 22 in Frage kommenden Partnerschaften sind auf deutscher Seite zehn Großstädte beteiligt.

Um zu ergründen, ob sich ein erheblicher Unterschied in der Einwohnerzahl auf die Beziehungen zwischen den Partnerstädten hinderlich auswirkt, wurden die Stellungnahmen der 30 Städte in der dritten Kategorie einzeln untersucht. Dabei zeigte sich, daß bei einer einzigen Partnerschaft (Fellbach - Tain-l'Hermitage) die mangelnde Übereinstimmung negativ beurteilt wurde: "Die mangelhafte Identität nach Größe und Struktur wirkt sich sehr hindernd aus." In diesem Fall wich nicht nur die Größe, sondern auch die Wirtschafts- und Sozialstruktur stark voneinander ab (Fellbach weist eine starke Mischstruktur auf, da es eine Wohnstadt im Raum Stuttgart gleichzeitig mit Industrie, Gewerbe, Gartenbau und Landwirtschaft ist; in der Partnergemeinde leben dagegen nur Weinbauern und Arbeiter).

In allen anderen Städten wurden nachteilige Auswirkungen nicht empfunden, teilweise wurde diese Abweichung sogar als Vorzug gelobt (Freudenstadt - Courbevoie, 15000 bzw. 60000 Einwohner: "Die deutsche Jugend lernt das Leben in einer französischen Großstadt mit einer völlig anderen Struktur kennen; die französische Jugend macht Bekanntschaft mit einer Kurstadt internationalen Charakters in einer reizvollen Landschaft.")

Als typisch sind folgende Beurteilungen anzusehen:

"In der Struktur sind beide Gemeinden sowohl durch die Bevölkerungszahl und die Größe als auch durch ihre städtische Entwicklung unterschiedlich. Das hat die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Gemeinden bisher nicht beeinflußt." (Berlin-Reinickendorf - Antony, 231000 bzw. 55000 Einwohner).

"Die Frage, ob es vorteilhafter wäre, Partnerschaften mit Städten einzugehen, die eine ähnliche Struktur aufweisen, müßte einmal Gegenstand einer besonderen Untersuchung sein. Es läßt sich zu diesem Punkt unsererseits

nur sagen, daß wir mit unserer Partnerstadt Amiens ... ein besonderes enges und freundschaftliches Verhältnis haben". (Dortmund - Amiens, 650000 bzw. 125000 Einwohner).

Zwei Sonderfälle stellen die Partnerschaften Bermersbach - Andilly und Braunfels - Bagnols dar. Bei ersterer ist die deutsche Partnerstadt bedeutend größer (1150 gegenüber 200 Einwohnern). In diesem Fall kam die Partnerschaft zustande, weil Bermersbach der Kriegsgräberfürsorge besonders verbunden ist, in Andilly sich andererseits ein großer deutscher Soldatenfriedhof befindet. Die unterschiedliche Größe spielte bei der Anbahnung und Entwicklung der Beziehungen keinerlei Rolle. Bei den Städten Braunfels und Bagnols ist die deutsche Stadt mit 4000 gegenüber 30000 Einwohnern sehr viel kleiner. Während Bagnols eine Arbeiterwohnstadt ist, ist Braunfels ein eher beschaulicher Erholungsort. Es stellte sich heraus, daß Braunfels für die französische Partnerstadt ein idealer Erholungsort ist.

Einziges Hindernis, das mit der unterschiedlichen Größe der Städte zusammenhängt, ist die unterschiedliche Finanzkraft der beteiligten Städte. Darauf wurde auch öfter hingewiesen, so z. B. von Dortmund ("In gewisser Hinsicht sind die beschränkten finanziellen Möglichkeiten der kleineren französischen Stadt ein Hindernis auf dem Wege einer raschen Vermehrung der kulturellen Austauschvorhaben"), wo die deutsche, und von Hirschau (Partnerstadt: Kingersheim), wo die französische Stadt finanzstärker ist.

Vor einem abschließenden Urteil über den Einfluß der Größe ist noch eines zu berücksichtigen: bei den Partnerschaften mit erheblicher Abweichung der Einwohner-

zahl waren relativ häufig Städte vertreten, die dennoch wirtschaftliche oder soziale Strukturähnlichkeiten aufwiesen; hier wären z. B. zu nennen die Partnerschaften Augsburg - Bourges (200000 bzw. 70000 Einwohner, beides wirtschaftliche - Ausstellungen - und kulturelle - Schulen - Zentren), Bechtheim - St. Romain (1900 bzw. 380 Einwohner, Weinbau), Bremerhaven - Cherbourg (149000 bzw. 48000 Einwohner, Hafenstädte), Höxter - Corbie (32500 bzw. 5500 Einwohner, historische Anknüpfungspunkte), München - Bordeaux (1200000 bzw. 254000 Einwohner, kulturelle und wirtschaftliche Zentren im jeweiligen Südteil des ganzen Landes).

Auf Grund der eindeutigen Stellungnahmen der betroffenen Gemeinden kann jedoch dennoch die These aufgestellt werden, daß die unterschiedliche Größe der Partnerstädte auf die Entwicklung ihrer Beziehungen keinen Einfluß hat, soweit nicht in finanzieller Hinsicht die Ansprüche der einen von der anderen Gemeinde nicht erfüllt werden können.

Die beiden nächsten Kategorien, geographische und ökonomische Gesichtspunkte - sind voneinander nur theoretisch zu trennen. Da sich beide gegenseitig beeinflussen (z. B. Lage am Meer - Hafen- bzw. Badestadt), sollen sie im folgenden zusammen betrachtet werden.

Bei der Gegenüberstellung der Strukturen der deutschen und der französischen Partnerstadt zeigt sich, daß hier die Ergebnisse von 1. ebenfalls Gültigkeit haben: strukturellen Unterschieden kommt bei der Abwicklung der Partnerschaften kaum eine Bedeutung zu.

Als Beleg seien im folgenden die Antworten auf Frage 2b (Weist die Partnergemeinde eine ähnliche Struktur auf wie Ihre Gemeinde?) und auf Frage 2c (Sehen Sie darin

einen besonderen Vorzug oder ein Hindernis?) angeführt:

	Vorzug	Nachteil	egal
ähnliche Struktur liegt vor	83	-	31
ähnliche Struktur liegt nicht vor	21	5	45

Von insgesamt 71 Gemeinden, die angeben, daß die Struktur der Partnerstadt von der eigenen abweicht, empfinden also nur fünf diesen Umstand als ausgesprochenen Nachteil. Die Begründungen, sofern welche angegeben werden, sind unterschiedlich. Die Situation in Fellbach, wo sich die Aktivitäten im übrigen nahezu auf einen jährlich stattfindenden Schüleraustausch beschränken, wurde bereits oben angesprochen. In Celle (Partnerstadt: Meudon) werden fehlende kulturelle und schulische Voraussetzungen auf französischer Seite "in gewissem Umfang" als hinderlich empfunden; im übrigen stelle dies aber "nicht unbedingt ein Hindernis" dar. Auf der anderen Seite fühlt sich Schwäbisch Hall wirtschaftlich und kulturell von der Universitätsstadt Epinal überfordert. Fröndenberg (Partnerstadt: Bruay-en-Artois) und Groß-Umstadt (Partnerstadt: Saint-Péray) geben keine weitere Begründung an.

Sehr viele Städte betrachten es als Vorzug, daß die Partnerstadt eine (teilweise völlig) andere Struktur hat. Als repräsentatives Beispiel sei die Stellungnahme von Ansbach (Partnerstadt: Anglet) wiedergegeben: "Die Divergenzen im Erscheinungsbild, der geographischen Lage etc. betrachten wir als Vorzug und Anreiz. Wir wollten keine Partnerschaft mit einer Gemeinde von starker historischer Ausstrahlung, sondern eher das Gegenteil von Ansbach." Öfter wurde auf den "alten Grundsatz" hingewiesen, "daß sich Gegensätzliches anzieht". So schreibt Lörrach: "Wir sehen in dieser völligen Verschiedenheit eine Bestätigung des alten Grundsatzes, daß sich Gegensätze anziehen. Wir waren damals

beim Abschluß der Partnerschaft selbst erstaunt, daß Sens mit uns zufrieden ist. Man kann hier ruhig von einer ungleichen Ehe sprechen. Wenn wir auch einwohnermäßig und vielleicht finanziell stärker sind, so haben wir doch nicht diese glänzende 'Abstammung' aufzuweisen wie unsere Partnerin. Die bisherigen Begegnungen haben aber gezeigt, daß die Senser, wenn sie nach Lörrach gekommen sind, von der Schönheit der Landschaft, der Freundlichkeit der Menschen, den vielfältigen Möglichkeiten, die sich hier infolge unserer Grenzlage bieten, sehr angetan waren. Wir haben eben wieder andere Vorteile wie die Senonen. Und dies wird dort sehr dankbar anerkannt."

Zwei Gemeinden, bei denen die Strukturen mit denen der Partnerschaft sehr weitgehend übereinstimmen, erkennen dies zwar als Vorteil an, fragen aber, ob nicht eine Partnerstadt mit unterschiedlicher Struktur interessanter wäre. So schreibt die Wein- und Fremdenverkehrsstadt Bacharach (Partnerstadt: die burgundische Wein- und Fremdenverkehrsstadt Santenay les bains): "Vielleicht wäre die Partnerschaft interessanter, wenn jeder Ort eine andere Struktur hätte." Die Gemeinde Timmendorfer Strand (Ostseeheilbad, Partnerstadt Hyères an der Côte d'Azur) schreibt: "Der Vorzug scheint in den etwa gleich gelagerten Verhältnissen und in den gleichen Aufgaben einer Seebädergemeinde zu liegen. Andererseits kann man der Meinung sein, daß Küstenbewohner als Partner eine Gebirgslandschaft lieber hätten."

Aus all dem läßt sich der Schluß ziehen, daß auch Strukturähnlichkeiten kaum von irgendeinem Einfluß auf die Abwicklung und den Erfolg von Partnerschaften sein dürften. Die Bemühungen, die seitens der Partnerschaftsorganisationen auf die Suche nach strukturähnlichen Partnerstädten verwendet werden, scheinen demnach ziemlich überflüssig zu sein.

Zu behandeln bleiben die sonstigen Anknüpfungspunkte. Hier handelt es sich fast ausschließlich um bestimmte Umstände, die die Auswahl gerade der einen Partnerstadt erklären können, die aber kaum irgendeinen Einfluß auf Abwicklung und Erfolg der Partnerschaft haben können; es sei denn als Resultante, die an die betreffende Gegebenheit bestimmte strukturelle Besonderheiten der Städte knüpft. Zu nennen wäre hierbei etwa der Fremdenverkehr, der sich auf Grund der besonderen Gegebenheiten entwickelt.

Gleichwohl ohne Einfluß, seien hier einige dieser Gegebenheiten aufgezählt, die in den Fragebögen erwähnt wurden:

Aachen - Reims: Krönungsstädte

Baden-Baden - Menton: bedeutende Kurorte mit langer Tradition

Braunschweig - Nîmes: historische Bedeutung

Duisburg - Calais: Hafen

Fulda - Arles: alte Bischofssitze

Ludwigsburg - Montbéliard: ehemalige Residenzstädte

Speyer - Chartres: berühmte Kathedralen

Völklingen - Forbach: durch die deutsch-französische Grenze getrennte Nachbarstädte

Wetzlar - Avignon: Geschichte

Hierher gehört vielleicht auch ein Umstand, der zwar nicht im Fragebogen erwähnt wurde, der aber bei der Auswahl der Partnerstadt u.U. mitgewirkt hat: Schongau und Colmar sind Partnerstädte; Meister Martin Schongauer, dessen Vater zwar aus Augsburg stammt, der aber selbst kaum etwas mit Schongau zu tun hat, wurde in Colmar geboren.

4.4.2. Partnerschaftsveranstaltungen

Nach der Erörterung der formalen Frage nach der Bedeutung der Strukturgleichheit der Partnerstädte sollen die Veranstaltungen betrachtet werden, die im Rahmen der Partnerschaft durchgeführt werden. Um welche Veranstaltungen es sich dabei dreht, wurde oben bei der Beschreibung dessen, was unter Städtepartnerschaften zu verstehen ist, bereits erläutert.

Die Untersuchung gliedert sich in zwei Themenbereiche: zum einen, wer die einzelnen Veranstaltungen im Rahmen der Partnerschaft durchführt und wie die verschiedenen Artender Trägerschaft im Hinblick auf die Ziele der internationalen Verständigung zu würdigen sind, zum anderen, wie viele Bürger von diesen Veranstaltungen bereits erfaßt wurden und wie sich das Interesse der Bevölkerung selbst an den Partnerschaftsveranstaltungen darstellt. Dieser letzte Punkt leitet über zu einer grundsätzlichen Bewertung der Aktivitäten im Rahmen von Städtepartnerschaften im Hinblick auf ihre Zielsetzungen.

4.4.2.1. Trägerschaft

Bei der Trägerschaft von Partnerschaftsveranstaltungen lassen sich grundsätzlich zwei Fälle unterscheiden:
1. die, in denen die Organisation überwiegend von der Gemeinde wahrgenommen wird. Es handelt sich dabei keineswegs nur um die Formen des "Bürgermeistertourismus" und die Gemeinden, bei denen die Partnerschaft auf diese Art des Austausches beschränkt bleibt. Häufig beteiligt sich die Gemeinde auch aktiv am Zustandekommen von Treffen und Austauschen, deren Teilnehmer sich aus den Mitgliederbeständen einzelner Organisationen und Vereine rekrutieren. So werden zwar die Austausch-

programme in Bacharach der Privatinitiative vorbehalten, die Stadt übernimmt jedoch Organisationsaufgaben und die Betreuung der Franzosen in Bacharach. Nicht hierher gehören die Fälle, in denen die Gemeinde sich nur als Geldgeberin betätigt.

2. die Fälle, in denen die eigentlichen Austauschprogramme von Privatvereinen veranstaltet werden, und in denen die Gemeinde sich entweder überhaupt nicht mehr an den aktiven Partnerschaftsaufgaben beteiligt oder in denen sie sich auf den oben bereits angesprochenen Austausch von Gemeinderepräsentanten begnügt.

Diese beiden Fälle werden im folgenden getrennt behandelt.

Dreimal, im folgenden nicht berücksichtigt, entfalteten die Schulen die einzige Aktivität innerhalb der Partnerschaft; die Partnerschaft wurde nur im Hinblick auf diesen Schüleraustausch abgeschlossen.

Die Partnerschaften werden getragen:

	vor 1956	vor 1964	1964 u.später
überwieg.von Gem.	5	24	54
Gem.u.pr.gleich	3	36	26
Partnersch.verein		4	4
erst Gem.,dann pr.	1	12	10
sonst.öff.Einr. (Schulen)		1	2
Privatvereine überwieg.	1	7	12

In Prozenten der jeweiligen Gemeinden:

überwieg.v.Gem.	50 %	29 %	52 %
Gem.u.priv.gleich	30 %	43 %	24 %
Partnersch.verein		5 %	4 %
erst Gem., dann priv.	10 %	14 %	10 %
Schulen		1 %	2 %
überwieg.Priv.ver.	10 %	8 %	11 %

Der Umfang der Partnerschaften, in denen die Gemeinde alleine oder überwiegend die Veranstaltungen gestaltet, ist von der Gründungszeit der Partnerschaft abhängig. Während bei den bereits vor 1956 geschlossenen Partnerschaften von der Hälfte der betroffenen Gemeinden der eigene Anteil als überwiegend bezeichnet wurde, ist das bei den Partnerschaften zwischen 1955 und 1963 nur noch bei etwas mehr als einem Viertel der Fall. Erst dann steigt dieser Anteil wieder stark an. Daraus läßt sich eine Zunahme der aus bestimmten Repräsentationszwecken betriebenen Partnerschaften, andererseits aber auch eine gesteigerte Bereitschaft der Gemeinde selbst, die Verständigung als eine eigene Aufgabe aufzufassen, herauslesen. Allerdings sind auch hier die privaten Vereine nicht ausgeschlossen. Der Anteil der Gemeinden, die angaben, daß überhaupt keine privaten Organisationen an den Partnerschaftsveranstaltungen beteiligt sind, blieb relativ konstant. Wenn man von den früheren Partnerschaften absieht, in denen der Anteil noch geringer ist, sind es stets ca. 20 % der Partnerschaften, in denen die Veranstaltungen nicht nur überwiegend, sondern ausschließlich von der Gemeinde getragen werden.

Die Beteiligung privater Vereine und Organisationen macht dementsprechend die umgekehrte Bewegung mit. Waren zwischen 1955 und 1963 noch in 51 % der Fälle die Partnerschaften zusammen mit den Gemeinden oder ausschließlich in der Hand der Privatvereine, so fällt der Anteil nach 1956 auf 35 %. Lediglich der Anteil der Partnerschaften, in denen Programme ausschließlich oder zum überwiegenden Teil von Privatvereinen getragen werden, nahm geringfügig zu. In acht Gemeinden haben sich Vereine konstituiert, die aus Gemeinderepräsentanten und Vereins- oder Bürgerschaftsrepräsentanten bestehen (in

Zeltingen-Rachtig sind im Beirat des "Deutsch-Französischen Freundschaftskreises" alle örtlichen Vereinsvorsitzenden vertreten), und die sich die Pflege der Partnerschaft zur einzigen Aufgabe gemacht haben.

Auffällig ist, daß zwar von mehreren Gemeinden angegeben wurde, die Trägerschaft habe zwar zunächst in den Händen der Gemeinde gelegen, sei dann aber langsam in die Hände der Privatvereine übergegangen. Andere Gemeinden gaben an, daß diese Entwicklung anzustreben sei. Auf der anderen Seite nimmt aber der Anteil an Gemeinden, die eine derartige Antwort gaben, mit dem Gründungsjahr ab. Auch daraus kann geschlossen werden, daß der Gedanke an Raum gewinnt, daß die Ausdehnung in den internationalen Bereich mehr und mehr als akzeptable Aufgabe der Gemeinde angesehen wird.

Die Bedeutung der Trägerschaft der Partnerschaft tritt zurück hinter der Frage, in welchem Umfang die Vereine, gleich ob unter der äußeren Organisation der Gemeinde oder des eigenen Vorstands, an den Partnerschaftsveranstaltungen beteiligt sind.[1)]

An der Spitze der bei den Partnerschaften engagierten Vereine stehen die Sportvereine. Dies ergibt sich wohl daraus, daß im Sport am ehesten Kontakte geschaffen werden können. Auf der anderen Seite ist bereits darauf hingewiesen worden, daß im Hinblick auf das Ziel der

[1)] Die Stellung, die den Gemeinden bei der Abwicklung von Austauschveranstaltungen privater Verbände zukommt, beschreibt GRAUHAN (aaO S. 65) folgendermaßen: "Die Partnergemeinde bietet diesen privaten Gruppen einen Anknüpfungspunkt für die Aufnahme eines Kontaktes zu einer entsprechenden privaten Gruppe, der um seiner selbst willen nie zustande gekommen wäre."

Völkerverständigung der Sport als eher aggressionssteigernde Betätigung nicht als ideal anzusehen ist.[1] Die ursprünglichen Intentionen der IBU hatten aus diesem Grunde wenig Gewicht auf sportliche Veranstaltungen zwischen den Partnerstädten gelegt.[2] Dies wird auch daran deutlich, daß von den frühen Städtepartnerschaften nur eine die Beteiligung von Sportvereinen explizit erwähnt.

Ungeachtet dieser theoretischen Erörterungen verweisen inzwischen die Hälfte der Gemeinden, die eine Partnerschaft unterhalten, auf Kontakte der örtlichen Sportvereine. Ebenfalls in einem hohen Ausmaß sind Musik- und Gesangvereine an den Austauschprogrammen beteiligt. Von GRAUHAN[3] wurde bereits darauf hingewiesen, daß an Zustandekommen und Gestaltung der Partnerschaften häufig Kriegsversehrten-, Heimkehrer und Veteranenvereine beteiligt sind. Diese Beobachtung konnte in dieser Unter-

[1] vgl. dazu: THEODOR W. ADORNO in einem Vortrag am 18.4.66 im Hessischen Rundfunk: "Der Sport ist doppeldeutig. Auf der einen Seite kann er antibarbarisch und antisadistisch wirken ... Andererseits kann er in manchen seiner Arten und Verfahrensweisen Aggression, Roheit und Sadismus fördern, vor allem in Personen, die nicht selbst der Anstrengung und Disziplin des Sports sich aussetzen, sondern bloß zusehen; in jenen, die auf dem Sportfeld zu brüllen pflegen." (abgedruckt in: Sonnenberg. Briefe zur Völkerverständigung 45 (Juni 1968) S. I - VII (S. IV) sowie in: Zum Bildungsbegriff der Gegenwart. Frankfurt 1967)
Daß diese - theoretischen - Erwägungen in der praktischen Austauscharbeit bestätigt werden, zeigen Erfahrungen des deutsch-französischen Jugendaustausches (vgl. Kongreß 1968 DFJW S. 38)

[2] vgl. dazu etwa ZBINDEN in einem Antrag die Bürgermeisterkonferenz von Locarno: "Auch dem Sport kann nicht allzu große Bedeutung beigemessen werden. Er hat sich bisher für die internationale Verständigung nicht also so fruchtbar erwiesen, wie man dies hoffte. Denn die Wirkung internationaler Sportanlässe hängt ab vom Geist, in dem sie durchgeführt und erlebt werden. Bisher haben Olympiaden mehr dem Chauvinismus als wahrem übernationalem Geiste gedient."

[3] aaO S. 43

suchung bestätigt werden. Sie stehen nach Sportvereinen, Musikvereinen und den berufsspezifischen Vereinigungen an vierter Stelle. Daß berufsspezifische Vereinigungen so relativ häufig vertreten sind, wurde ebenfalls von GRAUHAN erwähnt. Die vorliegende Quantifizierung bestätigt auch diese Beobachtung.

In der Beteiligung von Interessenvereinen bis hin zu Hobbyvereinen (Briefmarkensammler, Taubenzüchter, Laienspieler) ist einer der Gründe für die Fruchtbarkeit von Städtepartnerschaften für die internationale Verständigung zu sehen. Über die gemeinsame Interessenlage gewinnen auch solche Personen, die sich im übrigen wegen Sprachschwierigkeiten und sonstiger Unbeholfenheiten im fremden Land nicht zurechtfinden können, Zugang zu den Menschen im anderen Land. Neben dieser geistige Barrieren überwindenden Funktion von Interessenvereinen kommt ihnen noch eine zweite Funktion zu. Solche Vereine sind, vor allem in kleineren Kommunen, oft das einzige Betätigungsfeld, in dem sich sozial wenig emanzipierte Personen an andere anschließen. Für Veranstaltungen, die den eigenen Horizont dieser Personenkreise ausweiten sollen, sind Vereine daher geeignete Vermittler.[1)] Da hier unter Gleichgesinnten intern keine Barierre überwunden zu werden braucht, fällt auch die Öffnung gegenüber sonst für die Betreffenden nicht ansprechbaren Fremden leichter.

Die Gemeinden erfüllen bei der Einbeziehung der Vereine in sozialemanzipatorische Aufgaben, wie der Einstellung gegenüber Angehörigen fremder Nationen, eine wichtige Funktion. Häufig existieren personelle Verbindungen zwischen Gemeinderatsmitgliedern und einzelnen Vereinen, zumindest hat die Gemeinde über Zuschußstellen, Kulturämter u. ä. einen unmittelbaren Kontakt zu den

[1)] Über das Verhältnis von Verein und Gemeinde vgl. OTTO ZIEBILL: Bürgerschaftliche Verwaltung. Stuttgart 1954. S. 53 ff.

Vereinen. Da das Verhältnis zwischen Gemeinde und Verein nicht unter in irgendeiner Weise beschränkendem Staatsreglement steht, können hier - oft außerdienstlich - wichtige Impulse vermittelt werden. Diese sicher häufig unbewußte Funktion verleiht so der Einbeziehung der Gemeinde in praktische Maßnahmen zur Völkerverständigung ein besonderes Gewicht.

Beteiligung von Vereinen an den Partnerschaften

	vor 1956	vor 1964	1964 u. später
Sportvereine	1	46	49
Musikvereine u. Gesangvereine	1	20	23
Veteranenvereine, Kriegsversehrte, Heimkehrer		9	9
berufsspezifische Vereinigungen, IHK		15	15
Feuerwehr	1	10	6
Rotes Kreuz, Angehörige von Krankenhäusern		5	4
Verkehrsvereine		1	1
Kirchen, religiöse Verbände		5	3
Jugendverbände	1	5	6
Wandervereine, Folklore	1	3	2
Hobbyvereine	1	3	3
Karnevalsvereine		2	1
Lions Club			2
Vereine unspezifiz.	6	13	20
keine Beteiligung privater Vereine	1	16	19

Neben der Funktion der Vereine, die sich wohl in der Mehrzahl aus nichtjugendlichen Mitgliedern zusammensetzen, ist eine ähnliche Funktion der Schulen zu beobachten, wenn auch hier die soziale Milieugebundenheit noch eher durchbrochen werden kann.

Beteiligung der Schulen an den Partnerschaften:

vor 1956:	5	=	50 %
vor 1964:	41	=	49 %
1964 und später:	39	=	36 %

Der Anteil der Gemeinden, die im Rahmen der Partnerschaft auch einen Schüleraustausch organisieren, bzw. in denen der Schüleraustausch schon vor der Partnerschaft bestand, ist ziemlich unabhängig vom Datum der Begründung der Partnerschaft. Lediglich seit 1964 ist ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Dies ist wohl ebenfalls auf die bereits oben angedeutete Entwicklung zur Zentrierung bestimmter Partnerschaftsaufgaben auf die Gemeinde zurückzuführen. Die Bedeutung des Schüleraustausches wird sehr hoch angesetzt, Antworten wie "(die Partnerschaft ist noch notwendig) vor allem als Aufgabe für die Nachkriegsjugend, die ohne psychologische Belastung aufgewachsen ist" (Hamburg) oder "Die Hauptfunktion sehen wir in dem sich laufend fortsetzenden Jugendaustausch." (Hattenheim) ist sehr oft vertreten. Der Schüleraustausch beschränkt sich dabei nicht nur auf Gymnasien, an denen bereits der Französisch-Unterricht eine Motivation zu einer Fahrt nach Frankreich schafft, sondern es werden auch Überlegungen angestellt, bereits Volksschulkinder in Kontakt mit Kindern aus der Partnerstadt zu bringen. So berichtet Gladbeck: "Wir überlegen zur Zeit, ob wir Schüleraustausche für Kinder im volksschulpflichtigen Alter wagen sollen, ganz einfach aus der Überlegung heraus, daß solche Kinder die wenigsten Hemmungen haben, diese Barriere zu überwinden. Hier stehen leider noch ein-

schlägige Bestimmungen im Wege."

An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, daß sich die Schüleraustausche nicht immer an der Partnerschaft der Gemeinde orientieren. In 24 Gemeinden unterhalten Schulen Austauschbeziehungen mit anderen Städten. Die Ursache ist in der organisatorischen Ferne von Gemeinde und Schule zu suchen, häufig auch in einem Mangel entsprechender Schulen in der französischen Partnergemeinde. Oft bestanden auch die Austauschbeziehungen von Schulen schon, als die Partnerschaft mit einer anderen Gemeinde angeknüpft wurde.

4.4.2.2. Zahl der Begegnungen

Im Mittelpunkt der Veranstaltungen, die im Rahmen von Städtepartnerschaften abgehalten werden, stehen die Austauschprogramme, d. h. die Begegnungen von Bürgern der französischen und deutschen Gemeinde. Eine quantifizierte Klassifizierung solcher Veranstaltungen war nicht möglich. Aus diesem Grunde fallen unter die Begegnungen sowohl Fahrten von Privatvereinen als auch Reisen offizieller Gemindedelegationen in die Partnerstadt.

In 208 Gemeinden, die der Untersuchung zu Grunde liegen, werden im Jahr insgesamt durchschnittlich etwa 1050 Veranstaltungen durchgeführt.

Die Veranstaltungen, an denen nur Jugendliche beteiligt waren, wurden dabei nicht getrennt aufgeführt. Eine Statistik des Deutsch-Französischen Jugendwerkes aus dem Jahr 1968 gibt einen Hinweis auf den Anteil, den dabei Jugendbegegnungen haben:

Jugendbegegnungen im Rahmen von Städtepartnerschaften

in Frankreich:	in Deutschland:	zusammen:	
273	280	553	1967
225	279	504	1966
168	232	400	1965
126	287	413	1964

Legt man zu Grunde, daß es im Jahr 1967 nach den Unterlagen der IBU 313 Städtepartnerschaften gab, hier aber die Antworten von 208 Gemeinden als Basis dienen, dann kann in etwa davon ausgegangen werden, daß ein Drittel der im Rahmen einer Partnerschaft veranstalteten Begegnungen reine Jugendbegegnungen sind.

4.4.2.3. Zahl der Teilnehmer

Die Zahl der Teilnehmer an den Austauschveranstaltungen läßt einen Schluß auf die Breitenstreuung der Partnerschaftsbemühungen zu. Insgesamt haben 170 Gemeinden Zahlenangaben zur durchschnittlichen jährlichen Teilnehmerzahl gemacht. Dabei wurde bei schwankenden Teilnehmerzahlen jeweils die niedrigste gezählt. Auf diese Weise kam eine jährliche Summe von ca. 32000 Personen zusammen. Da diese Gemeinden bedeutend weniger als die Hälfte der Gemeinden ausmacht, die eine Partnerschaft unterhalten, kann man auch unter Berücksichtigung dessen, daß nur die aktivsten Gemeinden den Fragebogen beantwortet haben, sagen, daß die jährliche Teilnehmerzahl an Begegnungen innerhalb der Partnerschaften 50000 übersteigt.[1)]

Wie viele Personen im ganzen seit dem 2. Weltkrieg an Partnerschaftsveranstaltungen teilgenommen haben, läßt sich aus diesen Zahlen nicht ermitteln. Dies liegt vor allem daran, daß in den meisten Städten bei den jährlich stattfindenden Veranstaltungen ein Kern von Teilnehmern dabei ist, der jedes Jahr wiederkommt. Zwar enthielt der Fragebogen eine Frage, die eine Quantifizie-

[1)] Nicht berücksichtigt ist die Angabe von Karlsruhe. Von dort erhielt ich die Antwort "Man schätzt, daß sich bis jetzt ca. 50 - 60000 Bürger beider Städte begegnet sind." Auch wenn man berücksichtigt, daß die Partnerstadt seit 1955 besteht, und im Jahr in Karlsruhe etwa 30 bis 40 Begegnungen stattfinden, scheint diese Zahl unrealistisch hoch gegriffen zu sein.

rung auch in dieser Hinsicht erlauben sollte. Den Antwortern standen aber darüber selbst keine Angaben zur Verfügung, so daß sich die meisten mit einem Hinweis darauf begnügten, daß ein bestimmter, mehr oder weniger großer Teil Personen jährlich wieder teilnimmt.

Über die soziale Zusammensetzung konnte ebenfalls nichts in Erfahrung gebracht werden. Die Antworten stellten meist Vermutungen der antwortenden Stellen dar, die wohl ziemlich unreflektiert sind. Häufig wurde die Antwort gegeben, die Teilnehmer würden in ihrer sozialen Zusammensetzung der der Bevölkerung entsprechen. Gerade diese Antwort dürfte aber angesichts der Bildungsbarrieren der sozial niedereren Volksschichten gerade nicht die Tatsachen wiedergeben. Es bleibt daher nur die Anknüpfung an die bereits oben erwähnte normale Zusammensetzung von Vereinen aller Art, in denen bestimmte Möglichkeiten angelegt sind, über den eigenen Rahmen hinaus zu gelangen. Unter den Schüleraustauschen dürften Jugendliche, die ein Gymnasium besuchen, weitaus in der Mehrzahl sein, da sie bereits durch den Französisch-Unterricht in der Schule eine Motivation zu einer Frankreichreise erfahren.

Der Anteil der jugendlichen Teilnehmer entspricht nicht dem Anteil, den Veranstaltungen im Rahmen von Jugendbegegnungen gegenüber anderen Veranstaltungen haben. Es ergab sich, daß in den 84 Gemeinden, die die Teilnehmerzahlen entsprechend aufschlüsselten, von insgesamt 15100 Teilnehmern an Austauschveranstaltungen der Anteil von Jugendlichen auf ca. 9000 geschätzt wurde. Das deutet darauf hin, daß die Jugendaustauschveranstaltungen im Durchschnitt von sehr viel mehr Teilnehmern besucht werden als Austauschveranstaltungen von Erwachsenen. Dies würde auch bestimmten Erfahrungswerten entsprechen, da die organisatorischen Probleme, die etwa mit der Unterbringung von Ju-

gendlichen zu bewältigen sind, bedeutend einfacher sind als bei der Unterbringung einer entsprechenden Anzahl von Erwachsenen. Immerhin bleibt auch hier ein Anteil von über 6000 Erwachsenen übrig.

Es wurde bereits mehrfach darauf hingewiesen, daß dem Jugendaustausch bei den Begegnungsveranstaltungen stets eine besondere Rolle zukam. Dies läßt sich sowohl theoretisch (höhere Aufnahmebereitschaft und Lernwilligkeit von Jugendlichen, Unbelastetheit durch Vergangenheit, Jugendliche müssen die Zukunft gestalten) als auch praktisch (Zuschüsse nur für Jugendliche) rechtfertigen. In den Organisationen IBU und RGE zeichnet sich auch immer deutlicher Hinwendung zur Betreuung von Jugendlichen ab, nachdem die Vermittlertätigkeit beim Zustandekommen von Partnerschaften nicht mehr so notwendig ist wie früher. Das führt dazu, daß sich IBU inzwischen mehr und mehr auf die Ausbildung von Jugendleitern konzentriert, die bei den einzelnen Austauschveranstaltungen pädagogische Hilfestellungen leisten können. Diese Mitarbeit der Städtepartnerschaften und der sie tragenden Organisationen wird auch vom Deutsch-Französischen Jugendwerk gewürdigt. Von da wird die Bedeutung darin gesehen, daß die Städtepartnerschaften "von vornherein organisatorisch und pädagogisch einen vorzüglichen Rahmen für die Begegnung gerade auch der nicht organisierten Jugendlichen boten".[1] Das deutsch-französische Jugendwerk hat aus diesem Grunde einen eigenen Fonds für die Austauschveranstaltungen gegründet, die im Rahmen von Städtepartnerschaften organisiert werden.

Auf der anderen Seite wird - zu Recht - von manchen Gemeinden darauf hingewiesen, daß die Erwachsenen einen erheblichen Anteil unter den Teilnehmern von Partnerschafts-

[1] Deutsch-französisches Jugendwerk (Hg.): Tätigkeitsbericht 1968, Bad Honnef 1968, S. 41.

veranstaltungen stellen (nach den obigen Ausführungen über 6000 jährlich). Angesichts der Funktionen, die die Erwachsenen schließlich in der heutigen Gesellschaft zu erfüllen haben, sollte nach den Vorstellungen dieser Gemeinden diese Tatsache in der Zuschußpolitik des Bundes nicht ganz übersehen werden.

4.4.2.4. Intensität der Begegnungen

Der persönliche Kontakt zwischen den Bürgern der beiden Partnerstädte kann entweder während des Verlaufs der offiziellen Veranstaltungen zustande kommen, oder nach Abschluß der offiziellen Teile im privaten Gespräch.

Wie intensiv der Kontakt bei offiziellen Veranstaltungen ist, kann generell nicht beantwortet werden. Dazu bedarf es einer eingehenden Einzelfallanalyse.

Einen Sonderfall dürften dabei solche Veranstaltungen darstellen, in denen nicht die Demonstration, sondern das Gespräch zwischen den Bürgern der beiden Städte im Vordergrund stehen. Dazu zählen die Treffen von Kommunalpolitikern aus den beiden Städten zum gemeinsamen Erfahrungsaustausch. Solche Veranstaltungen gestalten sich zunächst wegen der Sprachschwierigkeiten nicht ganz einfach; außerdem erschweren die unterschiedliche Organisationsstruktur, häufig auch die unterschiedliche wirtschaftliche Struktur (s.o.) der Partnergemeinden einen echten Austausch von Lösungsvorschlägen. Es wird aber schon als Mittel zu einem besseren Verständis des Partners angesehen, wenn man sich über seine Probleme orientiert.[1)]

[1)] Darauf, daß solche Erfahrungsaustausche auch einen gewissen informativen Charakter haben, wies zu Recht MAUCHER (Wozu Städtepartnerschaften? ... S. 155) hin: "Bei der zunehmenden Verflechtung werden auch die öffentlichen Verwaltungen zwangsläufig mit Fragen des ausländischen Rechtes konfrontiert. Jeweils 15 städtische Bedienstete nahmen deshalb die Gelegenheit wahr, sich bei Studienaufenthalten über den Aufbau und die Andersartigkeit der Verwaltung in der Partnerstadt zu informieren." (vgl. dazu auch DENGLER S. 53)

Dies mag der Grund sein, weswegen immerhin 98 Gemeinden, also nahezu die Hälfte,angeben, daß die Kommunalpolitiker während der Begegnungen auch einen kommunalpolitischen Erfahrungsaustausch einplanen.

Im Normalfall dürften jedoch die echten Kontakte zwischen der Bevölkerung der beiden Städte nach den offiziellen Veranstaltungen stattfinden. Ein wichtiges Indiz, wie intensiv dieser Kontakt ist, stellt die Art und Weise der Unterbringung in der gastgebenden Stadt dar.

Bei der Untersuchung konnte festgestellt werden, daß in 109 Gemeinden (60 % der Gemeinden, die diese Frage beantwortet haben) die Gäste ausschließlich und in 51 weiteren (28 %) auch privat untergebracht werden.[1] Auf diese Weise wird Gelegenheit geboten, sich Einblick in das häusliche Leben der Partner zu verschaffen. Die Gespräche können sich von den "offiziellen Problemen" der Stadt lösen und privaten Alltagsproblemen zuwenden.[2]

[1] Welchen Umfang die Unterbringung von Gästen annehmen kann, zeigt DENGLER (S. 26), der berichtet, daß anläßlich der Deutsch-Französischen Freundschaftswoche 1962 in Herrenberg jede zwölfte Familie einen ausländischen Gast beherbergte.

[2] Auf eine Komponente des persönlichen Kontakts machen Erkenntnisse der Linguistik aufmerksam: auf die Bedeutung des Gesprächs auf der Ebene der Alltagsprobleme, der "small talks". Solche Gespräche, bei denen das Sprechen an sich im Mittelpunkt steht, weniger der vermittelte Inhalt, können entscheidend zum Abbau von Mißtrauen und diese begründenden Kommunikationshemmungen beitragen. (Vgl. dazu etwa S.I.HAYAKAWA: Semantik - Sprache im Denken und Handeln. Deutsch Darmstadt 1967. S. 86 f.)

Gerade in der Schaffung solcher Kontakte sind aber die grundsätzlichen Möglichkeiten einer Städtepartnerschaft zu sehen.[1] Wurde die Begegnung der Bürger auf der "untersten Ebene" oben noch als eines der (abstrakten) Ziele angeführt, so ist hier erkennbar, daß dieses Ziel praktische Konsequenzen zeigt. Es ist offenbar, daß solche Kontakte nur auf der Ebene der Gemeinde eingeleitet werden können.[2] Nur auf dieser Ebene bestehen überhaupt Möglichkeiten, die Bürger direkt anzusprechen und die Unterbringung von Gästen aus der Partnerstadt auf privatem Weg zu regeln.

Der Erfolg schlägt sich nieder in den dauerhaften Kontakten, die aus solchen Begegnungen entstehen. Diese, nun nicht mehr offiziell in die Wege geleiteten "Familienaustausche" vertiefen das gegenseitige Verständnis und schaffen auch Möglichkeiten, weitere Kontakte herzustellen, etwa durch das Mitbringen von Kindern oder Bekannten. Die Existenz solcher Familienaustausche wurde in 134 Gemeinden (65 %) bestätigt.[3] In

[1] Von gemeindefremden Institutionen wird gerade darin, daß Städtepartnerschaften die Entstehung solcher Familienkontakte fördern, die eigentliche Bedeutung dieser Partnerschaften gesehen. Gerade sie trügen dazu bei, "Veränderungen in der Mentalität und in der Einstellung einer vielschichtig zusammengesetzten Bevölkerung hervorzurufen" (KONGRESS DFJW 68, S. 58).

[2] GRAUHAN weist darauf hin (S. 64), daß die Verknüpfung von privater und öffentlicher Sphäre vornehmlich in den kleineren Gemeinden zu beobachten ist. Je größer die Stadt wird, umso deutlicher lassen sich private und öffentliche Sphäre voneinander trennen (vgl. dazu auch HANS PAUL BAHRDT: Die moderne Großstadt. Hamburg 1961. S. 59 ff.) Dies habe zur Folge, daß die Vermittlung privater Kontakte mit zunehmender Größe der Stadt schwieriger wird. In der vorliegenden Untersuchung wurde jedoch festgestellt, daß auch in größeren Städten Privatquartiere zur Unterbringung verwendet werden und daß sich auch in Großstädten intensive Familienkontakte entwickelt haben.

[3] DENGLER (S. 43) berichtet, daß in Herrenberg und Tarare insgesamt bereits mindestens 150 Familien in gegenseitigem Kontakt stehen. Kontakt heißt dabei ständiger Briefwechsel ebenso wie persönliche Besuche.

Lahnstein finden fast ausschließlich nur noch Familienkontakte statt. In einem Fall wurde sogar schon von einer Hochzeit berichtet, die auf diese Weise zustande gekommen ist.

Aus all dem ergibt sich, daß es im Rahmen der Städtepartnerschaften gelungen ist, persönliche Kontakte zwischen Angehörigen der beiden Völker in reicher Anzahl zustande zu bringen; diese Kontakte haben sich teilweise schon verselbständigt, so daß sie der organisatorischen Stützte der Gemeinde nicht mehr bedürfen. Damit kann festgestellt werden, daß das Ziel, das sich die IBU in der Gründerphase steckte, zumindest in dem Umfang erreicht wurde, als Städtepartnerschaften existieren, die die notwendige Aktivität entwickelten.

4.4.3. Ausdehnung und Propagierung

Die Kontakte, die die Partnerschaft ermöglicht, müssen nach Möglichkeit auf die gesamte Bevölkerung ausgedehnt werden. Dies gelingt aber nur dann, wenn die Bevölkerung selbst die Partnerschaft unterstützt. Die Gemeinden wurden befragt, wie sie selbst die Unterstützung der Bevölkerung einschätzten. Über die Hälfte der Gemeinden antwortete (115), die Unterstützung der Bevölkerung sei noch gleich gut, sie sei nicht zu beanstanden u. ä. In 64 Gemeinden wurde seit der Begründung der Partnerschaft ein steigendes Interesse an der Partnerschaft und den ihrem Rahmen laufenden Veranstaltungen festgestellt. Nur von insgesamt 9 Gemeinden wurde angegeben, daß das Interesse nachgelassen habe (5), daß die Partnerschaft jetzt nüchterner betrachtet werde (1) bzw. daß das Verhältnis der Bevölkerung zu der Partnerschaft gleich schlecht sei (3).

Zumindest aus der Perspektive der Gemeindeämter heraus läßt sich damit auch heute noch kein entscheidendes Nachlassen des Interesses an Partnerschaftsveranstaltungen

feststellen. Dies muß in einer kritischen Beurteilung wohl insoweit eingeschränkt werden, als sich das Interesse der Bevölkerung auf ein bestimmtes Maß eingependelt hat, dieses Maß aber gehalten wird und nicht zurückgeht. Angesichts der Tatsache, daß sich das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich auf staatlicher Ebene zu einem durch technische Diskussionen bestimmten Normalverhältnis entwickelt hat, kommt diesem Ergebnis eine gewisse Bedeutung zu. Man kann daraus schließen, daß auch zwischen zwei Staaten, die nicht in einem so belasteten Verhältnis zueinander stehen wie Deutschland und Frankreich, Interesse an Beziehungen der Bevölkerung untereinander besteht, ja sogar, daß ein Bedürfnis nach Verständigung auf privater Ebene besteht.

In dieser Hinsicht müßten die Ergebnisse dieser Arbeit durch eine weitere Arbeit gestützt werden, die die Entwicklung von Gemeindepartnerschaften mit Ländern untersucht, bei denen die Aufgabe einer Aussöhnung nicht so sehr im Vordergrund stand.

Das Interesse an der Partnerschaft beschränkt sich nicht auf die Gemeinde allein, die die Partnerschaft unterhält. Eine gewisse Ausstrahlung läßt sich auch in die Nachbarorte feststellen. In 102 Gemeinden wurde festgestellt, daß auch Bürger von Nachbargemeinden an Partnerschaftsveranstaltungen teilnehmen.[1] An diesem "Schneeballeffekt"[2] hat die Presse, die ja meist auch in den umliegenden Ortschaften gelesen wird, einen erheblichen Anteil. Von nahezu allen Gemeinden wird die

[1] Aus Herrenberg wird allerdings berichtet, daß es recht schwierig ist, umliegende Ortschaften mit in die Partnerschaft einzubeziehen, zumal wenn es sich dort um ländliche Bevölkerung handelt. Die Bereitschaft zu einem Austausch ist dort merklich geringer; dies mag in erheblichem Umfang auf größere Sprachschwierigkeiten zurückzuführen sein (vgl. DENGLER S. 56)

[2] vgl. Deutsch-Französisches Jugendwerk (Hg.): Tätigkeitsbericht 1968. Bad Honnef 1968. S. 41

Berichterstattung und damit auch die Werbewirksamkeit der Presse als gut bis sehr gut bezeichnet. Lediglich in Orten, in denen die Lokalberichterstattung sowieso nicht sehr ausführlich ist (Berlin-Neukölln), wird den Partnerschaftsveranstaltungen nicht viel Raum gewidmet. Auf einen Aspekt weist allerdings Kiel hin, der an dieser Stelle erwähnt werden muß: "Oft werden nur Bilder von Empfängen gebracht, wobei der Eindruck entsteht, daß das Repräsentative im Vordergrund steht." Die Gefahr, daß auf diese Weise der Eindruck entsteht, es handele sich bei der Partnerschaft nur um ein Instrument, um den Repräsentationswert der Stadt zu erhöhen, wird auf diese Weise natürlich geschürt. Die in den meisten Fällen jedoch eher euphorische Berichterstattung läßt dieses Argument jedoch in den Hintergrund treten.

Zusammenfassend läßt sich zu diesem Punkt sagen, daß die Anstöße, die die Partnerschaft vermittelt, die Bevölkerung erreicht, daß sie über die Gemeinde, die Partnerschaft unterhält hinausreicht, und daß die Presse einen wesentlichen Anteil hat. Das Interesse an der Partnerschaft läßt kaum nach, es hält in den meisten Fällen einen gleichen Stand, auch noch nach der völligen Normalisierung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich.

4.5. Auswirkungen

4.5.1. Die Bereitschaft, die Sprache des Partners zu lernen

Bei den Diskussionen um die individuellen Voraussetzungen für einen Erfolg von Austauschveranstaltungen, oder allgemein von Begegnungen mit Menschen anderer Nationen, wird immer wieder die Bedeutung der Sprache her-

vorgehoben. So berichtete W.G.STONE beim Kongreß des Internationalen Gemeindesverbandes 1955 in Rom über "Local Authorities and Adult Education: "Foreign visits, valuable in themselves, can be of enhanced value, if preceded by study of the country visited."[1] Beim deutsch-französischen Jugendwerk herrscht die Ansicht vor, "daß die Kenntnis der Sprache des Nachbarlandes eine wesentliche Voraussetzung für das Entstehen guter Beziehungen zwischen den beiden Völkern bildet." Daraus wird die Folgerung gezogen: "Das Sprachenlernen muß den Zwecken und Notwendigkeiten der gegenseitigen Verständigung und der Ausbildung der im internationalen Bereich notwendigen Verhaltensweisen untergeordnet werden."[2]

Zwar wurde den Gemeinden häufiger berichtet, Sprachschwierigkeiten seien durch die Gastfreundschaft überwunden worden. Dennoch wurden oft Sprachschwierigkeiten als die eigentlichen Hindernisse bei der Abwicklung von Partnerschaften angesprochen.

Der Anstieg der Bereitschaft, die Sprache des anderen Volkes zu lernen, muß demnach in einem engen Zusammenhang mit der Entwicklung des allgemeinen Verhältnisses zu diesem Volk gesehen werden. Dabei kann diese Bereitschaft durch das Bestehen fester Verbindungen, etwa im Rahmen der Städtepartnerschaften, entscheidend gefördert werden. So gesehen, stellt der Anstieg der Lernwilligkeit eines der Indizien für eine wachsende Verständigungsbereitschaft dar.

[1] W.G.STONE: Local Authorities and Adult Education. Report prepared for the Rome congress of the International Union of Local Authorities. Den Haag 1955. S. 24 f.

[2] Kongreß 1968 DFJW. S. 37

Ein solcher Anstieg ist im Gefolge der gemeindlichen Partnerschaftsveranstaltungen zu verzeichnen. Dies wurde von 95 Gemeinden bestätigt. Zwar wurde öfters der direkte Zusammenhang von Partnerschaft und Anstieg der Zahl der Lernwilligen in Zweifel gezogen. Die eindeutige zeitliche Korrelation läßt jedoch zumindest den Schluß zu, daß indirekt die Lernwilligkeit der Bevölkerung durch Partnerschaften bestärkt wird.

Unproblematisch ist der Zusammenhang selbstverständlich dann, wenn die Französischkurse im Rahmen der Partnerschaft selbst abgehalten werden, wie z. B. in Braunfels, wo noch einmal gesondert auf die Teilnahme von Bewohnern umliegender Ortschaften hingewiesen wurde.

Außer durch die eigenständige Veranstaltung von Französischkursen können im Rahmen der Partnerschaft auch andere Anreize gegeben werden, sich mit dieser Fremdsprache zu beschäftigen. So verteilt die Gemeinde Heidenheim Preise für die besten Leistungen am Gymnasium im Französischunterricht, die jährlich bei der Jahresschlußfeier überreicht werden. Mit dem Preis ist das Recht verbunden, bei Austauschveranstaltungen im Rahmen der Partnerschaft als Dolmetscher teilzunehmen.[1)]

In dem Anstieg der Lernwilligkeit in der Bevölkerung ist damit ein Indiz dafür zu sehen, daß die Partnerschaftsveranstaltungen nicht eine oberflächliche Schau blieben, sondern daß sie in das Bewußtsein der Bevölkerung eingedrungen sind und dort Lernmotivationen hervorgerufen haben.

Die Verständnisbereitschaft wird nicht nur durch das Erlernen der Sprache, sondern auch durch anderweitige Beschäftigung mit den Eigenheiten des anderen Landes verstärkt. Einen Beitrag dazu leisten die Informationsver-

1) vgl. MAUCHER aaO

anstaltungen, die entweder im Rahmen der Partnerschaft oder parallel von anderen Organisationen, die mit der Partnerschaft in irgendeiner Weise verbunden sind (VHS, Deutsch-französische Gesellschaft) gehalten werden. Solche ergänzenden Veranstaltungen wurden in 79 der Gemeinden durchgeführt, die diese Frage beantworteten. An Stelle von Informationsveranstaltungen wurden öfters auch Ausstellungen ausgerichtet.

4.5.2. Der Abbau von Vorurteilen aus der Sicht der Beteiligten

Was sind darüber hinaus die Erfolge, die Städtepartnerschaften in Bezug auf die Verständigungsbereitschaft der einzelnen Bürger zu verzeichnen hatten?

Eine der Schlüsselfragen dazu ist, wieweit es mit Hilfe der Städtepartnerschaften gelungen ist, Voreingenommenheiten gegenüber der Bevölkerung der anderen Nation zu beseitigen.

Diese Frage wurde in dem Fragebogen den einzelnen Gemeinden vorgelegt. Die Antworten zeigen ein eindeutiges Bild: 167 Gemeinden bestätigten vorbehaltlos, daß die Vorurteile der Teilnehmer durch die Austauschveranstaltungen völlig entkräftet oder zumindest abgebaut worden seien, 14 weitere gaben (sehr optimistisch) an, es habe nie Vorurteile gegeben.

Folgende sehr typische Antwort zeigt die Art und Weise, wie der Abbau von Vorurteilen in den weitaus meisten Gemeinden gesehen wird: "(Vorurteile wurden) unbedingt entkräftet. Der Süd- und Südwestfranzose wird hier z. T. schlechter beurteilt (Sauberkeit, Arbeitsauffassung) als der Nordfranzose. Die Freundschaft mit Anglet, wobei die Anreise oft durch die Auvergne, das Limousin, oder auch Provence und Languedoc führt, hat hier vieles revidiert.

Die Ansbacher sind oft von der energischen Art der Basken aus Anglet überrascht."

Die Stimmen, die einen Abbau von Vorurteilen nicht so vorbehaltlos bejahten, nahmen Bezug auf Einzelfälle. So schreibt Kiel: "Bei Älteren, Unbelehrbaren, wird es wohl noch einige Zeit dauern, bis es keine Vorurteile mehr gibt."

Daß sich Vorurteile, die vorher bestanden hatten, im Laufe eines persönlichen Kontaktes häufig in das Zugeständnis anderer Denkart umwandeln können, zeigt die Organisationsfrage. Mangelnde Organisation von Begegnungen in Frankreich, die am Anfang der Partnerschaften noch eine gewisse Bedeutung hatten, wurde zwar immer noch in 32 Gemeinden festgestellt. Die Einstellung ist hier nicht mehr die des vorurteilsvollen Unverständnisses, sondern des Zugeständnisses wohlwollend beobachteter Eigenart: "Der Deutsche organisiert, der Franzose improvisiert" (Antwort von Asperg).

4.5.3. Wertung der Antworten

Aus den Antworten, die die Gemeinden selbst gaben, lassen sich bezüglich des objektiven Erfolges der Partnerschaften natürlich kaum Schlüsse ziehen. Die Antworten sind viel mehr geprägt von den subjektiven Einstellungen derjenigen, die sie gegeben haben.

Darauf kommt es jedoch hier nicht an. Alleine eine Änderung der subjektiven Einstellungen kann bereits als Erfolg gewertet werden. Daß ein ständiger, institutionalisierter Austausch als selbstverständlich empfunden wird, und daß er positive Eindrücke hinterläßt, die in ihrer Gesamtheit Einfluß auf zuvor vorhandene negative Haltungen haben, wird durch diese Antworten bestätigt.[1] Die "naiven

[1] vgl. dazu DIETER SENGHAAS: Abschreckung und Frieden. Frankfurt 1969. S. 264 ff.

und gutgemeinten Hypothesen des 'gesunden Menschenverstandes'", die KRIPPENDORFF[1] bereits falsifiziert sieht, haben hier doch eine gewisse Bestätigung gefunden.

Tatsächlich konnte in empirischen Untersuchungen nachgewiesen werden, daß eine bloße Begegnung von Personen verschiedener Nationen noch keine Gewähr für den Abbau von Vorurteilen gibt, daß ebenso auch Voreingenommenheiten durch flüchtigen Kontakt bestätigt und somit verstärkt werden können.[2]

Diese Untersuchungen wurden jedoch nur an Einzelfällen durchgeführt. Der Einfluß zwischenmenschlicher Kontakte auf die allgemeine Verständigungsbereitschaft, die von der Kumulation bestimmter positiver Erfahrungen genährt wird, kann dadurch alleine noch nicht als günstig oder ungünstig eingestuft werden.

Richtiger scheint vielmehr, wie GRAUHAN den Erfolg der Städtepartnerschaften beurteilt: "Sie haben die Begegnungen mit den Angehörigen des anderen Landes zu etwas Üblichem und den Umgang mit ihnen zu etwas Vertrautem gemacht. Sie haben alte Vorurteile und Ressentiments abgebaut, obwohl es auch vorgekommen ist, daß die neuen Begegnungen die alten Gefühle bestätigt haben, weil Unsicherheit oder Ungeschicklichkeiten der Gäste eine offene Verständigung nicht zuließen."[3] Auf die dabei angesprochenen Bevölkerungsschichten eingehend, fährt er fort: "Wenn jedoch vom Abbau von Vorurteilen die Rede ist, so ist an die große Menge jener Bürger zu denken, die niemals in nähere, persönliche Berührung mit Ange-

[1] EKKEHART KRIPPENDORFF: Friedensforschung. Einleitung S. 17.

[2] vgl. ITHIEL DE SOLA POOL: Effects of Cross-National Contact on National and International Images. In: International Behavior. S. 104-129; YVON BOURDET: Préjugés francais et préjuges allemands. Untersuchung durchgeführt im Auftrag des Deutsch-französischen Jugendwerkes.

[3] GRAUHAN aaO S. 88 f

hörigen des anderen Volkes gekommen waren. Eine Eigenart der Verschwisterungen ist es gerade, daß sie mit ihren Austauschen Bevölkerungsgruppen erreicht, die sonst niemals Gelegenheit hätten, Bürger des anderen Landes - überhaupt oder von so nahe - kennenzulernen. Das gilt sozial von den Angehörigen der unteren Schichten ebenso, wie territorial von den Bewohnern abgelegener oder ländlicher Gegenden ...".[1)]

4.5.4. Partnerschaft und internationale Verständigung

Der Erfolg einer Partnerschaft im Hinblick auf die internationale Verständigung läßt sich damit sehen als eine Einbeziehung des anderen in den eigenen, sich selbst zugeordneten Lebensbereich. GRAUHAN formuliert das folgendermaßen: "Hinsichtlich der Partnergemeinde (entsteht) eine Form von "Innenbewußtsein" ..., das den anderen nicht mehr nur als schlechtweg Außenstehenden, sondern bis zu einem gewissen - wechselnden - Grade als Zugehörigen begreift."[2)]

Die Städtepartnerschaften erweisen sich damit als ein ideales Instrument zur Schaffung einer verständigungsbereiten Gesinnung unter der Bevölkerung. Sie ist ein Weg, "auf dem sich zwei Bevölkerungsgemeinschaften verschiedener Nationen mit dem ehrlichen Willen entgegenkommen, einander kennen und verstehen zu lernen."[3)]

Dieser Weg wird häufig über die Schaffung privater Freundschaften zwischen einzelnen Gemeindeangehörigen laufen. Und "gerade darin, in der Freundschaft zu Men-

1) GRAUHAN aaO S . 89

2) GRAUHAN aaO

3) ANNEMIE BUCHLOH: Städtepartnerschaften. In: Der Städtetag 1960, S. 437

schen anderer Nationalität und anderer Staatsangehörigkeit liegt ein starkes Element zur Förderung des Friedenswillens des einzelnen und zur Sicherung des Friedens im ganzen begründet, wenn es nämlich gelingt, persönliche Freundschaften auszuweiten zu einer Freundschaft der Völker."[1)]

1) WILLI BRUNDERT: Die politische Bedeutung von Städtepartnerschaften. In: Der Städtetag 1970, S. 60

5. Die Stellung der Gemeinde im heutigen Kontext der Internationalen Verständigung

5.1. Internationale Verständigung als Gesinnungswandel

Jetzt läßt sich ein Resümee der Entwicklung ziehen, die die Idee der internationalen Verständigung inzwischen mitgemacht hat. Begann die Auseinandersetzung um die internationale Verständigung mit einer Gleichsetzung dieses Begriffes mit der Abwesenheit von Kampf oder Krieg zwischen den Völkern, mit einer Gleichsetzung von Verständigung und Frieden also, so lassen sich in der heutigen Diskussion die Begriffe gut trennen.

Ohne daß dem hier eigens nachgegangen werden braucht, kann festgestellt werden, daß der Begriff Frieden, zumindest soweit er im Zusammenhang mit den Beziehungen zwischen einzelnen Nationen gebraucht wird (also im Gegensatz zum "innerstaatlichen Frieden") immer noch den Gegensatz zu Krieg zwischen den Nationen bezeichnet.

Diesen eindeutigen Bezug zum Verhältnis zwischen Nationen hat der Begriff "internationale Verständigung" nicht mehr. Er charakterisiert vielmehr eine bestimmte Geisteshaltung, oder vielmehr den Vorgang der Entstehung einer bestimmten Geisteshaltung unter den Bürgern einer Nation.

"Entscheidend ist das Wachstum und die Macht eines neuen Geistes, einer gewandelten, vertieften Überzeugung, der Schwung einer Seelenhaltung und eines gläubigen Willens, wie er nur aus einer neuen großen Schau und zugleich aus dem Wissen um die Tragkraft der Einzelzellen des Persönlich-Menschlichen hervorbrechen kann. Dieses Persönliche, unmittelbar Menschliche, das die Umrisse nationaler Zugehörigkeit zurücktreten läßt und im Mit-Europäer als Wesentliches dessen menschliche, ethische und geistige

Werte sucht und sich ihm darin, über die Volksgruppe hinaus, verwandt fühlt, wird zu primären, zum leitenden Maßstab ..."[1]

Der Begriff der Verständigung ist aus dem staatstechnokratischen in den psychologischen Bereich verschoben worden.

Damit ist internationale Verständigung aber von Politikern nicht mehr beliebig durch Dekret oder völkerrechtlichen Vertrag machbar. Auch die bloße Propagierung ("Ab sofort haben wir Freundschaft mit Basutoland") reicht nicht hin. Internationale Verständigung kann vielmehr nur durch psychologische Beeinflussung von Völkern, durch Erziehung erreicht werden. Eine solche Erziehung müßte "die Entfaltung eines toleranten, weniger ego- und ethnozentrischen, verständnisvollen, einfühlungsfähigen, eines menschlicheren 'menschlichen Verhaltens' herbeiführen helfen, wir wir es als Grundlage nicht nur zur internationalen Verständigung, sondern eines freundlicheren Umgangs von Mensch zu Mensch auch in unserem eigenen Volk dringend benötigen." [2]

Der Grund für diesen Umschwung in der Auffassung der internationalen Verständigung ist in den Erfahrungen zu suchen, die seit Beginn der Diskussionen um diesen Begriff gemacht wurden. Weder die Bemühungen vor dem ersten, noch die zwischen erstem und zweitem Weltkrieg waren geeignet, einen echten Umschwung in der Beziehung der als Beispiel herangezogenen Nachbarstaaten Deutschland und Frankreich herbeizuführen. Aus den beiden Katastrophen der letzten Weltkriege wurde die Einsicht gewonnen, daß "alle organisatorische Arbeit ins Ungewisse hinausbaut, wenn sie sich nicht auf eine innere Umorganisation abstützen kann, die von möglichst vie-

1) HANS ZBINDEN: Die Zukunft Europas. Stuttgart 1968. S.35

2) FRIEDRICH MISSEN: Zu einer politischen Bildung in weltbürgerlicher Absicht. In: Gesellschaft - Staat -

len Menschen, unzweifelhaft aber von den Trägern des geistigen Lebens vollzogen werden muß".[1]

Ob Nationalismus in diesem Prozeß noch eine Rolle spielt, braucht nicht entschieden zu werden. Es stellt vielmehr nur eine Hypothese dar, wenn, etwa von dem Schweizer KARL SCHMID, Erziehung zur internationalen Verständigung, gesehen wird als die Erweiterung der Bezogenheit des einzelnen zu Familie, Gemeinde, Nation um einen weiteren Kreis, etwa Europa oder Völkergemeinschaft.[2] Die Entwicklung nach dem 2. Weltkrieg hat vielmehr gezeigt, daß die Bemühungen um eine Integration der verschiedenen Völker gegenüber dem Haften an der eigenen Nation weitaus überwiegen können.

5.2. Erziehung zur internationalen Verständigung

Es ist schwierig, den Begriff der internationalen Verständigung, so wie er sich heute darstellt, inhaltlich zu fassen. Es scheint, daß die Formel vom "Weltbürger" heute am besten die Geisteshaltung umschreibt, die mit internationaler Verständigung gemeint ist. So schreibt MINSSEN[3] in einem programmatischen Aufruf: "Erziehung zur internationalen Verständigung ist ein Teil politischer Erziehung und Bildung. Sie hat zu berücksichtigen, daß das, was bisher Außenpolitik genannt wurde, sich mehr und mehr im Sinne einer Weltinnenpolitik umzugestalten beginnt, daß der Begriff der 'civitas' als des politisch-gesellschaftlichen Wirkungsraumes des Einzelnen, der bisher ein überwiegend national bestimmter war, sich zum weltbürgerlichen erweitert und ergänzt, daß der 'Weltbürger' aus der Sphäre der Abstraktion in den Raum des

1) REUTIMANN S.8

2) KARL SCHMID: Europa zwischen Ideologie und Verwirklichung. Zürich/Stuttgart 1966. S. 158

3) FRIEDRICH MINSSEN: Zu einer politischen Bildung in weltbürgerlicher Absicht. In: Gesellschaft-Staat-Erziehung 11 (1966) S.1

Realen überzusiedeln beginnt, daß wir alle uns heute unentrinnbar durch die weltumspannende Verflechtung in umfassende, übernationale Zusammenhänge hineingestellt sehen."

Das wesentliche ist die Beteiligung, die direkte Einbeziehung des Individuums in die Aufgabe der Verständigung. Es wurde erkannt, daß ohne diese Beteiligung eine Integration und damit eine effektive Friedenssicherung nicht mehr möglich ist. Der Erfolg solcher zwischenstaatlichen Arbeit hängt davon ab, "daß der einzelne Staatsbürger unmittelbar beteiligt ist, d. h. selber Träger und Teil des Integrationsprozesses wird."[1] Dies wurde schon sehr deutlich in einer UNESCO-Erklärung im Jahr 1952 ausgesprochen, wo erklärt wird, daß "bevor nicht Schritte unternommen werden, die Menschheit zu einer Weltgemeinschaft zu erziehen, es unmöglich sein wird, jene internationale Gemeinschaft zu errichten, wie sie im Geist der Charta der Vereinten Nationen konzipiert ist."[2]

Problematisch ist, welche pädagogischen Möglichkeiten bestehen, eine so verstandene internationale Verständigung herbeizuführen. Die Antwort, die die Psychologen bieten können, scheint zunächst sehr formal: sei es, daß der Abbau von Aggressionspotential gefordert wird,[3]

[1] KURT FREY: Zur Mitwirkung der Länder der Bundesrepublik Deutschland in der internationalen kulturellen Zusammenarbeit. In: Auswärtige Kulturbeziehungen 2 (1965) S. 59.

[2] zit. nach DIETER DANCKWORTT: Internationale Beziehungen als Erziehungsaufgabe. In: Auswärtige Kulturbeziehungen 4 (1967) S. 72

[3] ALEXANDER MITSCHERLICH: Die Idee des Friedens und die menschliche Aggressivität. Frankfurt 1969. S. 126 ff.

sei es, daß - eine Stufe zuvor - im Abbau von Bedrohungsvorstellungen das eigentliche Problem gesehen wird.[1)]

Der Weg, der dabei diskutiert wird, deckt sich jedoch mit dem Weg, der in der Diskussion der Praktiker gesehen wird: Die Vermehrung von Kommunikation erscheint als einer der entscheidenden Faktoren, die dabei beteiligt sind. Dies wird aus tiefenpsychologischer Sicht ebenso bestätigt (MITSCHERLICH: "Es ist denkbar, daß die intensiveren Kontakte zwischen Weltbereichen ... tatsächlich Voraussetzungen für eine Weltinnenpolitik statt einer Weltaußenpolitik entstehen lassen.")[2)] wie aus der Arbeit im zwischenstaatlichen Kulturaustausch (FREY: "Ein typisches Mittel solcher Integration ist eine ins einzelne gehende, umfassende Kenntnis der Integrationspartner voneinander, das heißt also vor allem eine vorzügliche Dokumentationsarbeit.").[3)]

Zwei Gefahren sind dabei jedoch im Auge zu behalten: Positive Erfahrungen,die im Kontakt mit einem Angehörigen anderer Nationen gemacht werden, könnten als Abweichung von der Regel deklariert werden; zum anderen kann oberflächlicher Kontakt leicht zur Verfestigung vordem schon vorhandener Stereotype führen (eine Erfahrung, die im deutsch-französischen Jugendaustausch ja gemacht wurde, vgl. o.). Im Anschluß an SHERIF[4)] weisen GOLD/KOCH/KÜPPER/LOBNER[5)] auf die Bedeutung hin, die zur Umgehung

1) vgl. Band 1 des Jahrbuches für Friedens- und Konfliktforschung: Bedrohungsvorstellungen als Faktor der internationalen Politik

2) MITSCHERLICH aaO S. 134

3) FREY aaO S. 59

5) VOLKER GOLD/ROLAND KOCH/CHRISTEL KÜPPER/MATTHIAS R. LOBNER: Pädagogische und didaktische Überlegungen zur Überwindung von Bedrohungsvorstellungen in Erziehungsprozessen. In: Bedrohungsvorstellungen als Faktor der internationalen Politik. S. 257 - 274.

4) MUZAFAR und CAROLY SHERIF: Social Psychology. New York/Evanstone/London 1969. S. 282 ff.

dieser Gefahren gemeinsame Erfolgserlebnisse haben können. Diese Erfolgserlebnisse können aber eben erst dann überhaupt realisiert werden, wenn zuvor bereits ein Kontakt hergestellt ist. So verstärkt diese Erweiterung im Grunde die Bedeutung, die Kommunikation und Kontakt für die Verständigung haben.[1)]

Damit kann internationale Verständigung vorläufig umschrieben werden als eine Veränderung des Bewußtseins der Bürger im Hinblick auf die Bürger der betreffenden anderen Nation . Sie stellt einen Erziehungsprozeß dar, der im wesentlichen durch Kommunikation und Kontakt mit den Angehörigen der anderen Nation erreicht werden kann. Die Änderung der Geisteshaltung ist charakterisiert durch ein Nachlassen der aggressiven Neigungen gegenüber den Angehörigen der anderen Nation oder - eine Stufe zuvor - durch den Abbau von Bedrohungsvorstellungen.

5.3. Gemeinde als optimale Vermittlungsebene

Die abschließende Frage, die nun noch zu beantworten ist, ist die, welche Rolle die Gemeinde bei der Förderung internationaler Verständigung spielen kann.

Die Analyse der Arbeit der Städtepartnerschaften zeigte, daß die Gemeinden eine staatliche Organisationsebene darstellen, auf der der Kontakt zum Bürger noch direkt hergestellt werden kann. Die Verbindung zu Vereinen, also zu selbstorganisierten Gesellschaftsformationen, kann hier am leichtesten hergestellt werden, wenn nicht überhaupt nur hier alleine. Dieser Vorzug ist umso deutlicher zu bemerken, je kleiner die Gemeinde ist. Da andererseits zu einer

1) vgl. dazu auch HAYAKAWA aaO S. 88: "Mit jedem neuen Einverständnis, gleichgültig, wie abgedroschen oder wie selbstverständlich es auch ist, schwindet die Furcht und der Verdacht des Fremden, und die Möglichkeit einer Freundschaft erweitert sich."

effektiven Arbeit ein gewisses finanzielles und intellektuelles Potential notwendig ist, kann hier die Mittelstadt als besonders geeignete Ebene angesehen werden.

Zur Förderung der internationalen Verständigung ist ein Kristallisationskern notwendig, schon alleine um gewisser organisatorischer und materieller Hilfsmittel wegen, die zur Herstellung von Kommunikation und Kontakt notwendig sind.

Diese Funktion kann innerhalb des Staatsaufbaus überhaupt nur die Gemeinde erfüllen. Nur auf dieser Ebene können politische Zielsetzung und private Initiative und Intention so verbunden werden, daß der Bürger den Nachvollzug der Zielsetzung nicht als aufoktroyiert empfindet. Die "sorgfältige Verschmelzung der staatlichen Bemühungen und Intentionen mit denen des einzelnen Staatsbürgers",[1] die für Verständigung und Integration als grundlegend angesehen wird, kann hier am ehesten verwirklicht werden.[4]

Einen Rückschlag für diese Idee bedeutet es demnach, wenn PÜNDER[2] die Mitwirkung bei Veranstaltungen des Bundes im internationalen Kulturaustausch für die Internationale Verständigung als "besonders wichtig" einstuft. Er denkt dabei etwa an die Entsendung kommunaler Orchester und Theater ins Ausland oder an die Zusammenarbeit mit den örtlichen Kulturinstituten des Auslandes. Diese Beiträge mögen wichtig sein.[3] In ihnen kommt aber gerade das nicht zum Ausdruck, was für die eigentliche Be-

[1] FREY aaO S. 59

[2] aaO S. 5 f.

[3] vgl. WOLF DONNDORF: Die Mitarbeit der Länder in der Bundesrepublik Deutschland bei der Pflege internationaler Beziehungen auf dem Gebiet der Künste. In: Auswärtige Kulturbeziehungen 3 (1966) S. 121

[4] vgl. auch GRAUHAN aaO S. 90 ff.

deutung gemeindlicher Auslandsarbeit ausmacht. Denn hier wirkt die Gemeinde als Verwalter öffentlicher Einrichtungen, wie sie genauso vom Staat erfolgen könnte. Indem die Gemeinde ihre eigenen Einrichtungen zur Verfügung stellt, leistet sie eine im Rahmen eines nicht einheitlichen, aber eines konsistenten Staatsaufbaus nur eine Art "Amtshilfe".

Aber gerade auf das kommt es in der hier geschilderten Stellung der Gemeinde in der internationalen Arbeit nicht an. Hier ist die Funktion der Gemeinde wichtig, die einen "Durchgriff" in die private Sphäre des Bürgers erlaubt, wie er von anderen Ebenen im Staatsaufbau entweder nicht geleistet werden könnte oder nicht geleistet werden dürfte.

Daß diese - theoretischen - Erwägungen auch in der Realität bestätigt werden können, zeigt die Geschichte der Städtepartnerschaften. In diesem Zusammenhang ordnet sich die Forderung sehr klar ein, die dahin geht, daß Städtepartnerschaften nur dann Sinn haben, wenn sie zu einer echten Begegnung der Bürger untereinander führen; eine Forderung, die von der IBU von jeher erhoben wurde.

Es ist dabei nicht so ausschlaggebend, "daß dabei der Bereich der internationalen Beziehungen zu einer Art Ferienhobby wurde und seinen Ernstcharakter verlor."[1] Darin ist angesichts der Bedeutung, die schon der Kontakt auf der Ebene des small talk hat,[2] keine "Gefahr" (DANCKWORTT) zu sehen.

Damit ist die Rolle der Gemeinde in der internationalen Verständigung charakterisiert. Sie maßt sich damit keine außenpolitischen Befugnisse an, da auf der Ebene der Internationalen Verständigung der außenpolitische Bereich

[1] DANCKWORTT aaO S. 79

[2] vgl. HAYAKAWA aaO

der Nation erst über die Erziehung der einzelnen Bürger tangiert wird. Die Hilfestellung der Gemeinde bei Erziehungsaufgaben, die über die normale, technokratisch-wissensbezogene Ausbildung hinausgehen, wurde aber schon immer als zulässig und notwendig erachtet.

Mit einer Änderung der Einstellung der einzelnen Bürger ist allerdings alleine noch keine Garantie dafür geschaffen, daß zwischen den beiden Völkern keine bewaffnete Auseinandersetzung mehr stattfindet: "Bessere Kenntnis der Völker untereinander kann schrittweise zu größerer Integration auf dem Weg zu einer Gemeinschaft führen und dadurch die Chancen der Gewalt als Mittel zur Lösung von Konflikten verringern, aber sie kann Konflikte nicht beseitigen."[1] Mit allem Nachdruck weist LEVI darauf hin, daß die psychologische Einstellung der Bevölkerung lediglich eine Bedingung zur Kriegsführung darstellt, und u.U. nicht einmal die entscheidende. Andererseits kann aber durch ständige Beeinflussung der Regierenden von Seiten der Bevölkerung die Bereitschaft abnehmen, Krieg als ein brauchbares Mittel der Außenpolitik anzusehen.

Damit ist das Zusammenspiel zwischen Bewußtseinsstand der Bevölkerung und Außenpolitik des betreffenden Staates angesprochen. Um den Frieden tatsächlich zu sichern, müßte das Bewußtsein der Bevölkerung anders gerichteten Bestrebungen der Politik gegenüber dominant sein. Dies setzt aber voraus, daß die Bevölkerung neben einer neuen Einstellung den anderen Nationen gegenüber, sich auch eine kritische Distanz gegenüber der offiziellen Politik bewahrt. Ob diese kritische Distanz von "radikal-kritischen

[1] WERNER LEVI: Über die Ursachen des Krieges und die Voraussetzungen des Krieges. In: Friedensforschung. S.182 f.

Argumenten"[1] getragen sein muß, sei dahingestellt. Auf alle Fälle muß darauf hingearbeitet werden, daß "ein derart erzogenes politisches Bewußtsein für eine durch ihre Allgemeinheit bestechende realpolitische Argumentation nicht mehr anfällig ist".[2] Auch insoweit kann SENGHAAS gefolgt werden, daß eine kollektive Bewußtseinsänderung auf die Dauer wohl nur dann möglich ist, wenn die verständnisbereite und integrationswillige Bevölkerung durch eine öffentlich propagierte Friedenspolitik unterstützt wird.

[1] SENGHAAS aaO S. 264

[2] SENGHAAS aaO

Anhang

1. Text des Fragebogens

Der Fragebogen, der von der Internationalen Bürgermeister-Union an 408 Gemeinden geschickt wurde, die eine Partnerschaft mit einer französischen Stadt unterhalten, hatte folgenden Wortlaut:

"Wir bitten Sie ... um Beantwortung der nachstehenden Fragen:

1. Technisches
   a - Name der Gemeinde, Größe, Charakterisierung (Industrie, Landwirtschaft)
   b - Name der Partnergemeinde, Größe, Lage

2. Zur Partnerschaft allgemein
   a - Welche Ziele verbanden Sie mit der Gründung der Partnerschaft?
   b - Weist die Partnergemeinde eine ähnliche Struktur (wirtschaftlich, kulturell, politisch) auf wie Ihre Gemeinde?
   c - Sehen Sie darin einen besonderen Vorzug oder ein Hindernis?

3. Entstehung der Partnerschaft
   a - Wann wurde die Partnerschaft begonnen?
   b - Auf wessen Initiative, auf Grund welchen Anlasses (Bürgermeisterkongreß?) kam die Partnerschaft zustande? War ein Verband (z.B. IBU, RGE, kommunale oder private Organisationen) beteiligt?
   c - War zuvor schon einmal ein Versuch gescheitert, eine Partnerschaft aufzunehmen?
   Wenn ja, warum?

4. Aktivitäten
   a - Bestanden schon vor der offiziellen Partnerschaftsfeier Beziehungen, oder wurden diese erst danach aufgenommen? Wie lange?
   b - Werden diese in der Hauptsache von der Gemeinde oder aus privater Initiative heraus getragen?

c - Wieviele Veranstaltungen werden etwa im Jahr durchgeführt?

d - Wieviele Teilnehmer verzeichnen Sie etwa jährlich (wenn möglich aufgegliedert in Jugendliche, Männer, Frauen)? Können Sie über die soziale Zusammensetzung der Teilnehmer Angaben machen?

e - Kommen immer dieselben Teilnehmer oder ist ein regelmäßiger Wechsel festzustellen?

f - Bestehen private Verbindungen zwischen einzelnen Organisationen, Schulen, Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Sportvereinen u.ä.?

g - Tauschen einzelne Institutionen in Ihrer Gemeinde (Schulen?) mit anderen Gemeinden aus? Wenn ja, warum nicht mit der Partnergemeinde?

h - Wie wird bei Austauschen die Unterbringung geregelt?

i - Gibt es Familienaustausch?

j - Nehmen auch Bürger aus benachbarten Gemeinden an den Programmen teil?

k - Finden auf kommunalpolitischer Ebene Erfahrungsaustausche statt?

l - Leiden Ihrer Erfahrung nach deutsche Besuche in der französischen Partnergemeinde unter mangelnder Organisation oder nicht?

5. Auswirkungen

a - Steht die Bevölkerung heute mehr/weniger/noch genauso hinter der Partnerschaft?

b - Welches Echo finden die Veranstaltungen in der Lokalpresse?

c - Falls eine Volkshochschule vorhanden ist: Stellen Sie seit Beginn der Partnerschaft einen Anstieg der Teilnehmerzahlen an Französischkursen fest?

d - Werden Informationsveranstaltungen über Frankreich durchgeführt? Mit welchem Erfolg?

e - Haben Sie den Eindruck, daß die Austauschprogramme Vorurteile gegenüber der französischen Bevölkerung bestätigt oder entkräftet haben?

f - Sind Sie der Meinung, daß eine Partnerschaft nach dem Abschluß des Deutsch-Französischen Vertrages noch genauso notwendig ist wie vorher? Worin sehen Sie heute ihre Hauptfunktion?"

2. Liste der Städte, deren Antworten der Untersuchung zu Grunde liegen (nach dem Bindestrich die Partnerstadt)

Aachen - Reims
Altena - Péronne
Altenhausslau - St.Etienne-du-Bois
Altensteig - Bourg-St.Maurice
Amberg - Perigeux
Ansbach - Anglet
Asperg - Lure
Aßlar - Saint-Ambroix
Aßmannshausen - Julienas
Augsburg - Bourges
Aulendorf - Conches/Eure

Bacharach - Santenay les bains
Baden-Baden - Menton
Badenweiler - Vittel
Baiersbronn - Nogent le Rotrou
Bechtheim - St.Romain/Burgund
Bensberg - Joinville-le-Pont
Bensheim - Beaune
Berlin-Neukölln - Boulogne-Billancourt
Berlin-Reinickendorf - Antony
Berlin-Steglitz - Paris XII
Bermersbach - Andilly
Besigheim - Ay/Champagne
Beverungen - Mers les Bains
einschließlich Amelunxen - St.Quentin Lamotte
Dralhausen - Ault
Herstelle - St.Valéry sur Somme
Wehrden - Woignarue
Biedenkopf - La Charité-sur-Loire
Bietigheim - Sucy-en-Brie
Bigge-Olsberg - Fruges
Bönnigheim - Rouffach
Borken - Méru/Oise
Bottrop - Tourcoing
Braunfels - Bagnols
Braunschweig - Nimes
Breisach - Saint-Louis
Bremerhaven - Cherbourg
Bruchhausen - Fère-Champenoise
Bruchsal - Sainte-Ménehould

Celle - Meudon
Crailsheim - Pamiers/Ariège
Cuxhaven - Vannes/Morbihan

Darmstadt - Troyes
Detmold - St.Omer
Donaueschingen - Saverne
Dortmund - Amiens
Duderstadt - Combs-la-Ville
Dudweiler - St.Avold
Duisburg - Calais
Bad Dürkheim - Paray-le-Monial

Eberbach - Thonon-les-Bains
Einbeck - Thiais
Ellwangen - Langres
Eningen - Charlieu
Etzenrot - Esternay
Euskirchen - Charleville-Mézières

Fellbach - Tain-l'Hermitage
Frankeneck - Thuit-Anger
Frankenthal - Colombes/Seine
Frankfurt/Main - Lyon
Freienohl - Cousolre
Freudenstadt - Courbevoie
Friedberg - Villiers-sur-Marne
Fröndenberg - Bruay-en-Artois
Fulda - Arles
Fürstenhagen - Orgelet

Gerlingen - Vesoul
Gladbeck - Marcq-en-Baroeul
Greven - Montargis
Großau:heim - Conflans-Sainte Honorine
Groß-Gerau - Brignoles
Großrosseln - Petite-Rosselle
Groß-Umstadt - Sainte-Péray

Haan - Eu
Hagen - Montluçon
Hainstadt - Vernouillet
Hamburg - Marseille
Hanau - Neuilly sur Seine
Hannover - Perpignan
Haßloch - Viroflay
Hattenheim - Arzens
Heidenheim - Clichy-la-Garenne
Heidesheim - Auxonne
Hemmingen-Westerfeld - Yvetot
Herne - Henin-Liétard
Herrenberg - Tarare

Hirschau - Kingersheim
Hofheim - Chinon
Hohenlimburg - Liévin
Bad Homburg - Cabourg
Höxter - Corbie

Ihmert - Beuvry
Ingelheim - Autun
Ingolstadt - Grasse

Kaiserslautern - Saint Quentin
Karlsruhe - Nancy
Kassel - Mulhouse
Katzweiler - Romenay
Kiel - Brest
Kirchenbollenbach - Achicourt/Arras
Kirchheim/Teck - Rambouillet
Köln - Lille
Konstanz - Fontainebleau
Korbach - Avranches
Kornwestheim - Villeneuve-Sainte-Georges

Lahnstein - Vence
Lahr - Dole
Landau - Ribeauvillé
Landshut - Compiègne
Landstuhl - Pont-à-Mousson
Leichlingen - Marly-le-Roi
Linkenheim - Jarny
Lobberich - Caudebec-en-Caux
Lörrach - Sens
Lorsch - Le Coteau
Lövenich - Igny
Lübbecke - Bayeux
Ludwigsburg - Montbéliard
Ludwigshafen - Lorient

Mainz - Dijon
Mannheim - Toulon
Maximiliansau - Cany-Barville
Mayen - Joigny
Melsungen - Dreux
Menden - Aire-sur-la-Lys
Mendig - Ettringen
Mengen - Boulay
Meschede - le Puy

Mindelheim - Bourg-de-Péage
Mölschbach - Douzy
Monzingen - Entrains-sur-Nohain
Mosbach - Château Thierry
Mühlheim/Main - St.Priest
Mülheim/Ruhr - Tours
München - Bordeaux
Münster - Orleans
Bad Münstereifel - Fougères
Murrhardt - Château-Gontier

Nackenheim - Pommard
Neckarsteinach - Pargny-sur-Saulx
Neckarsulm - Carmaux
Neipperg - Marsan
Neuerburg in Waldbreitach - St.Honoré les Bains
Bad Neustadt/Saale - Falaise
Neu-Ulm - Bois-Colombes
Nieder-Eschbach - Deuil-la Barre
Niedermarsberg - Lillers
Niederwalluf - La Londe les Maures
Nievenheim - Saint André
Nördlingen - Riom
Northeim - Tourlaville

Obernkirchen - La Flèche
Oberursel - Epinay-sur-Seine
Offenbach - Puteaux
Öhringen - Beausoleil
Osnabrück - Angers

Paderborn - Le Mans
Pelkum - Neufchateua
Pirmasens - Poissy
Pullach - Pauillac

Ravensburg - Montélimar
Recklinghausen - Douai
Regensburg - Clermont-Ferrand
Rehau - Bourgoin-Jallieu
Rheinbrohl - Bourcefranc
Rheinfelden - Fecamp
Rotenburg - Argentan
Röthenbach - Les Clayes-sous-Bois
Rüdesheim - Meursault

Sankt Blasien - Fontenay-le-Fleury
Schleswig - Mantes-La-Jolie
Schongau - Colmar
Schorndorf - Tulle
Schramberg - Hirson
Schwäbisch-Hall - Epinal
Schwarzenbek - Aubenas
Schweinfurt - Châteaudun
Schwerte - Bethune
Sindelfingen - Corbeil-Essonnes
Singen - La Ciotat
Solingen - Chalon-sur-Saône
Speyer - Chartres
Staufen - Bonneville
Steinenbronn - Quinsac
Straelen-Niederrhein - Bayon

Tauberbischofsheim - Vitry-le-François
Thaleischweiler - Presles
Timmendorfer Strand - Hyères

Uttershausen - Lormaison

Velbert - Châtellerault
Viernheim - Franconville
Villingen - Pontarlier
Völklingen - Forbach

Waldshut - Blois
Waldstetten - Malzéville
Waiblingen - Mayenne
Warendorf - Barentin
Wassenberg - Pontorson
Wehr - Bandol
Weil am Rhein - Huningue
Weil der Stadt - Riquewihr
Weilburg - Privas/Ardèche
Wertheim - Salon-de-Provence
Wetzlar - Avignon
Bad Wiessee - Dourdan
Winnenden - Albertville
Winterberg - Le Touquet
Wolfenbüttel - Sèvres
Würzburg - Caen

Zeltingen-Rachtig - Saint-Florentin
Zweibrücken - Boulogne-sur-Mer

Bibliographie

Bibliographie

Deutsch-französisches Institut (Hg.): Deutschland-Frankreich. Bibliographie 1945 - 1962. Stuttgart 1966.

Quellen

Deutsch-französisches Jugendwerk: Tätigkeitsbericht 1963 - 1968 (hg. vom Generalsekretariat). November 1968.

Deutsch-französisches Jugendwerk: Bericht über den Kongreß "Fünf Jahre deutsch-französischer Jugendaustausch. Bilanz und Perspektiven." vom 21.-23.11.1968 in Paris (hg. vom Generalsekretariat). Zit.: Kongreß DFJW 1968.

Deutsch-französische Verständigungskonferenz: Stenographisches Protokoll (hg. vom Organisationskommitee). Bern 1913.

Europarat: Drucksache Nr. AS/Loc (20) 25. Resolutionen der 7. Sitzung der Europäischen Gemeindekonferenz vom 28.-31.10.1968.

Europarat: Drucksache Nr. 12 882. Les activités du Conseil de l'Europe dans le domaine des affaires communales et régionales. Document d'information établi par le Secrétariat. 30. janvier 1969.

Internationale Bürgermeister-Union: Chronik und Archiv.

Internationale Bürgermeister-Union: 10 Jahre Internationale Bürgermeister-Union. Protokoll des IX. Internationalen Bürgermeisterkongresses vom 12.-13.5.1968 in Freudenstadt.

Monographien

ADORNO, THEODOR W.: Erziehung nach Auschwitz. In: Sonnenberg 45 (1968) S. I - VII; und in: Zum Bildungsbegriff der Gegenwart. Beiträge von THEODOR W. ADORNO. Frankfurt/ München 1967.

BAHRDT, HANS PAUL: Die moderne Großstadt. Hamburg 1961. - Die Gemeinde in der Industriegesellschaft, Köln 1962.

BAUSINGER, H.: Ortspartnerschaft. Organisierte kommunale Kontakte und ihre Auswirkungen auf das Volksleben. In: Probleme und Methoden volkskundlicher Gegenwartsforschung. Berlin 1969. S. 75 - 92.

BARETH, JEAN: Les Jumelages. Pourquoi, Comment? In: Communes d'Europe. Numéro spécial: Les Jumelages. Août-septembre 1964.

BEALES, A.C.F.: The History of Peace. London 1931.

BERGSTRAESSER, ARNOLD: Sinn und Grenzen der Verständigung zwischen Nationen. München/Leipzig 1930.

BOCKELMANN, WERNER: Internationale kommunale Spitzenverbände. In: Der Städtetag 1966, S. 350 ff.

BOURDET, YVON: Préjugés français et préjugés allemands. Untersuchung im Auftrag des Deutsch-französischen Jugendwerkes.

BRUGMANS, HENRI: Die Gemeinden und Gemeindeverbände als Hort des europäischen Geistes. In: Selbstverwaltung in Europa 1 (1964), S. 3 - 14.

BRUNDERT, WILLI: Die politische Bedeutung von Städtepartnerschaften. In: Der Städtetag 1970, S. 60 - 61.

BRUNNER, EMIL: Gerechtigkeit - eine Lehre von den Grundgesetzen der Gesellschaftsordnung. Zürich 1943.

BUCHLOH, ANNEMIE: Städtepartnerschaften. In: Der Städtetag 1960, S. 437 - 439.

COUDENHOVE-KALERGI, RICHARD: Pan-Europa. Wien 1923.

- Vom ewigen Krieg zum großen Frieden. Göttingen 1956.

- Paneuropa. 1922 bis 1966. Wien/München 1966.

CRAVATTE, HENRI: La conférence européenne des pouvoirs locaux. Sonderdruck aus: L'annuaire européenne X (1962), S. 43 - 68.

DANCKWORTT, DIETER: Erziehung zur internationalen Verständigung. München 1965.

- Internationale Beziehungen als Erziehungsaufgabe. In: Auswärtige Kulturbeziehungen 4 (1967), S. 71 - 81.

DEHOUSSE, FERNAND: L'Europe et le Monde. Paris 1960.

DENGLER, GERHARD: Tarare - Herrenberg. Beispiel einer französischen Partnerschaft. Manuskript. Verfaßt im Rahmen eines Forschungsprogramms des Ludwig-Uhland-Instituts der Universität Tübingen. o.J.

DISTELBARTH, PAUL: Franzosen und Deutsche. Bauern und Krieger. Stuttgart/Hamburg 1946.

DONNDORF, WOLF: Die Mitarbeit der Länder in der Bundesrepublik Deutschland bei der Pflege internationaler Beziehungen auf dem Gebiet der Künste. In: Auswärtige Kulturbeziehungen 3 (1966), S. 119 - 126.

EMRICH, WILLI: Französisch-deutsche Freundschaftswoche vom 8.-16.10.1960 in Frankfurt/Main. Frankfurt 1961.

EMGE, CARL AUGUST: Die geistige Bewältigung der sogenannten Europa-Idee. Ein sozialpsychologischer Versuch. (Akademie der Wissenschaften und Literatur in Mainz: Abhandlungen der geistes- und sozialwissenschaftlichen Klasse 1965, Nr. 1).

ENGELHARDT, HEINZ: Die Internationale Bürgermeister-Union. In: Kulturarbeit 1963, S. 121.

FOERSTER, FRIEDRICH WILHELM: Mein Kampf gegen das militaristische und nationalistische Deutschland. Gesichtspunkte zur deutschen Selbsterkenntnis und zum Aufbau eines neuen Deutschland. Stuttgart 1920.

- Europa und die deutsche Frage. Eine Deutung und ein Ausblick. Luzern 1927.

FREY, KURT: Zur Mitwirkung der Länder der BRD in der internationalen kulturellen Zusammenarbeit. In: Auswärtige Kulturbeziehungen 2 (1965), S. 57 - 65.

FRIEDRICH, CARL J.: The Grassroots Base of the Univication of Europe. In: Public Policy XII (1963), S. 23 - 40.

GASSER, ADOLF: Gemeindefreiheit als Rettung Europas. Grundlinien einer ethischen Geschichtsauffassung. 2. Auflage. Basel 1947.

- Von den Grundlagen des Staates. Stuttgart 1950.

GOLD, VOLKER/ROLAND KOCH/CHRISTEL KÜPPER/MATTHIAS R. LOBNER: Pädagogische und didaktische Überlegungen zur Überwindung von Bedrohungsvorstellungen in Erziehungsprozessen. In: Bedrohungsvorstellungen als Faktor der internationalen Politik. Gütersloh 1971. S. 257 - 274.

GRAUHAN, ROLF-RICHARD: Die Verschwisterung deutscher und französischer Gemeinden. In: Politische Dimensionen der europäischen Gemeinschaftsbildung. S. 35 - 104.

HAPPE, BERNHARD: Der internationale Jugendaustausch in den Gemeinden. Unter besonderer Berücksichtigung des Jugendaustausches zwischen Frankreich und Deutschland. In: Der Städtetag 1963, S. 593 ff.

HAYAKAWA, SAMUEL ICHIYE: Semantik - Sprache in Denken und Handeln. 3. Auflage. Darmstadt. o.J.

HUBER, HANS: Recht, Staat und Gesellschaft. Bern 1954.

KAEGI, WERNER: Persönliche Freiheit, Demokratie und Föderalismus. In: Die Freiheit des Bürgers im schweizerischen Recht.

KLÜBER, HANS: Die Stärkung der Bürgerverantwortung. In: Bürgerverantwortung in der Gemeinde 14 (1952), S. 53 ff.

- Städtepartnerschaften. in: Der Städtebund 1968, S. 110.

KRIPPENDORFF, EKKEHART: Friedensforschung. Einleitung zu: Friedensforschung. S. 13 - 23.

LEBEDOUR, GEORG: Wirtschaftseinigung Europas. In: Klassenkampf 1923.

LEVI, WERNER: Über die Ursachen des Krieges und die Voraussetzungen des Krieges. In: Friedensforschung. S. 181 - 192.

LICHTEN, H. E.: Collaboration - Phantom und Wirklichkeit. Offenbach 1948.

LYONS, FRANCIS S.L.: Internationalism in Europe 1815 - 1914. Leyden 1963.

MAUCHER, KARL-EUGEN: Wozu eine Städtepartnerschaft? In: Die lebendige Gemeinde 8 (1968), S. 154 - 157.

MENTZ, ULRICH: Les pouvoirs locaux et la Fédération Européenne. Mémoire. Strasbourg 1962.

MINSSEN, FRIEDRICH: Zu einer politischen Bildung in weltbürgerlicher Absicht. In: Gesellschaft - Staat - Erziehung. 11 (1966), S. 1 - 4.

MITSCHERLICH, ALEXANDER: Die Idee des Friedens und die menschliche Aggressivität. Frankfurt 1969.

MULERT, OSKAR: Die Gemeinde als Unterbau des Staates. In: Der Städtetag 1948, S. 6 - 10.

NÄF, WERNER: Die Schweiz im europäischen Umbruch. In: Neue Schweizer Rundschau (1941).

PILOTY, ROBERT: Formen internationaler Verständigung. Stuttgart 1913.

POHER, ALAIN: Die politischen Ziele und Aufgaben der Gemeindeverbrüderungen. In: Frankreich - Renaissance einer großen Nation. Sondernummer der Zeitschrift Europa (Juni 1964).

POOL, ITHIEL DE SOLA: Effects of Cross-National Contact on National and International Images. In: International Behav ior, S. 104 - 129.

PÜNDER, TILMAN: Kommunale Auslandsarbeit. In: Der deutsche Städtetag. Sonderdruck aus Heft 6 (1968).

REHN: Internationale Städtebeziehungen. In: Kommunalwirtschaft 1968, S. 392 - 395.

REUTIMANN, HANS: Schweizerische Stimmen zur europäischen Integration. In: Sonnenberg 41 (1967), S. 1 - 9.

REVERS, H.J.D.: IULA 1913 - 1963. The Story of Fifty Years of International Municipal Co-Operation. Den Haag 1963.

ROTH, KARL-FRIEDRICH: Erziehung zur Völkerverständigung und zum Friedensdenken. Donauwörth 1967.

SANTERO, M.: Participation of Local Authorities in the Establishment and Acitivties of European Institutions. Drucksache der Beratenden Versammlung des Europarates v. 11.4.1958 Nr. As/Loc (9) 36.

SCHENK, FRITZ: Zwanzig Jahre deutsch-französisches Institut Ludwigsburg. Rechenschaftsbericht. Ludwigsburg o.J. (1968

SCHMID, KARL: Europa zwischen Ideologie und Verwirklichung. Psychologische Aspekte der Integration. Zürich/Stuttgart 1966.

SENGHAAS, DIETER: Abschreckung und Frieden. Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit. Frankfurt 1969.

STONE, W.G.: Local Authorities and Adult Education. Report prepared for the Rome Congress of the International Union of Local Authorities. Den Haag 1955.

TOCQUEVILLE ALEXIS DE: Über die Demokratie in Amerika. Erster Teil (hg. von I.P.MAYER mit THEODOR ESCHENBURG und HANS ZBINDEN). Stuttgart 1959.

ULLMANN, EMMANUEL VON: Völkerrecht. Tübingen 1908.

UTZINGER, ERNST: Die freie politische Gemeinde in der Schweiz und im Ausland. Zürich 1946.

WYLER, EUGEN: Aufruf und Mahnung (hg. von der Internationalen Bürgermeisterunion). Frankfurt o. J.

ZBINDEN, HANS: Um Deutschlands Zukunft. Heidelberg 1947.

- Im Strom der Zeit. Gedanken und Betrachtungen. Bern/München 1964.

- Die Zukunft Europas. Mitwirkung der Gemeinden zur Förderung europäischen Geistes. Stuttgart 1968.

ZIEBILL, OTTO: Die staatspolitische Bedeutung der kommunalen Selbstverwaltung. In: Der Städtetag 1951, S. 245 ff.

- Bürgerschaftliche Verwaltung. Stuttgart 1954.

- Die Gemeinden und die europäischen Institutionen. In: Der Städtetag 1958, S. 399 ff.

- Bürger - Städte - Staat. Stuttgart/Köln 1963.

o. Verf.: Goldenes Buch der deutsch-französischen Städtepartnerschaften (hg. von der Internationalen Bürgermeisterunion). Stuttgart o. J.

Sammelwerke

Bedrohungsvorstellungen als Faktor der internationalen Politik. Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung. Band 1 (hg. im Auftrag des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung). Gütersloh 1971.

Zum Bildungsbegriff der Gegenwart. Beiträge von THEODOR W. ADORNO (u.a.). Frankfurt/München 1967.

Friedensforschung (hg. von EKKEHART KRIPPENDORFF). Köln/Berlin 1968.

International Behavior (hg. v. HERBERT KELMAN). New York 1965.

Kommunalwissenschaftliche Forschung (hg. von WOLFGANG HAUS). Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1966.

Politische Dimensionen der europäischen Gemeinschaftsbildung (hg. von CARL J. FRIEDRICH).Köln/Opladen 1968.

Probleme und Methoden volkskundlicher Gegenwartsforschung. (Vorträge und Diskussionen einer internationalen Arbeitstagung in Bad Saarow 1967 (hg. v. WOLFGANG JACOBEIT und PAUL NEDO). Berlin 1969.

Stützung und Stärkung der Gemeinden als Grundpfeiler des Staates (hg. vom Rat der Gemeinden Europas). Mühlheim/Main o.J.

Zeitschriften

L'annuaire européenne. Den Haag. Seit 1953

Auswärtige Kulturbeziehungen (hg. von BERTHOLD MARTIN). Seit 1964.

Communes d'Europe (hg. vom Rat der Gemeinden Europas, frz. Sektion).

Deutschland - Frankreich. Beiträge zur europäischen Einigung (hg. von der InternationalenBürgermeister-Union). Seit 1958.

Der europäische Gemeindetag (hg. vom RGE). Seit 1958.

Gesellschaft - Staat- Erziehung. Blätter für politische Bildung und Erziehung. (hg. von FELIX MESSERSCHMITT und FRIEDRICH MINSSEN). Seit 1956.

Selbstverwaltung in Europa. Sammlung kommunaler Schriften (hg. von HANS MUNTZKE). Seit 1964.

Sonnenberg. Briefe zur Völkerverständigung (hg. von WALTER SCHULZE im Rahmen des Internationalen Arbeitskreises Sonnenberg).

Der Städtetag. Seit 1948.

Zeitschrift für Kulturaustausch (hg. vom Institut für Auslandsbeziehungen).

L e b e n s l a u f

11.5.1947	Geboren in Bischofsheim/Rhön. Mein Vater Georg Garstka ist kaufmännischer Angestellter, meine Mutter Annemarie Garstka Hausfrau.
1.9.1953	Volksschule Bischofsheim/Rhön
3.11.1953	Kath. Volksschule Bad Neustadt/Saale
1.9.1957	Neusprachliches Gymnasium Bad Neustadt
19.7.1966	Reifeprüfung am Gymnasium Bad Neustadt Aufnahme in die Stiftung Maximilianeum
1.11.1966	Studium der Politischen Wissenschaft und der Rechtswissenschaft an der Universität München
23.4.1970	Eheschließung mit der Studentin Ruth Bohlen aus Frauenaurach
9.10.1970	Studium der Politischen Wissenschaft und der Philosophie an der Universität Oxford
21.12.1970	1. juristische Staatsprüfung in München
1.1.1971	Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Regensburg
1.4.1971	Rechtsreferendar